

# ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

## Die Konter-Konterrevolution

In Venezuela - viertgrößter Erdölexporteur der Welt (täglich geht allein eine Million Barrel in die Vereinigten Staaten) - hat sich eine Revolution nicht von der Konterrevolution aus dem Felde schlagen lassen. Und dabei war der CIA-gelenkte Putsch gegen den bei zwei aufeinanderfolgenden Wahlen mit absoluter Mehrheit bestätigten Präsidenten Hugo Chávez durchaus nach Drehbuch gelaufen. Der Unternehmerverband und seine zum Generalstreik aufrufende gelbe „Gewerkschafts“-Zentrale CTV, auf der Escuela de las Americas - der Pentagonschule für lateinamerikanische Militärs - abgerichtete und eingekaufte Generäle, die polizeilichen Schlägergarden des rechtsgerichteten Bürgermeisters der Hauptstadt Caracas hatten uns das Chile-Szenarium von 1976 noch einmal vor Augen geführt.

Offenbar war von der USA-Botschaft das Signal zum konterrevolutionären Aufruhr nach jener Rede gegeben worden, die der frühere Fallschirmjägeroberstleutnant und Führer der bolivarianischen Revolution (genannt nach dem Befreier vom spanischen Joch, Simon Bolivar) am 8. März 2002 vor 400 begeisterten Delegierten des 11. Parteitags der KP Venezuelas gehalten hatte. Freundschaft mit Fidel Castros Kuba, das als Gegenleistung für den Aufbau eines Volksgesundheitswesens aus Venezuela

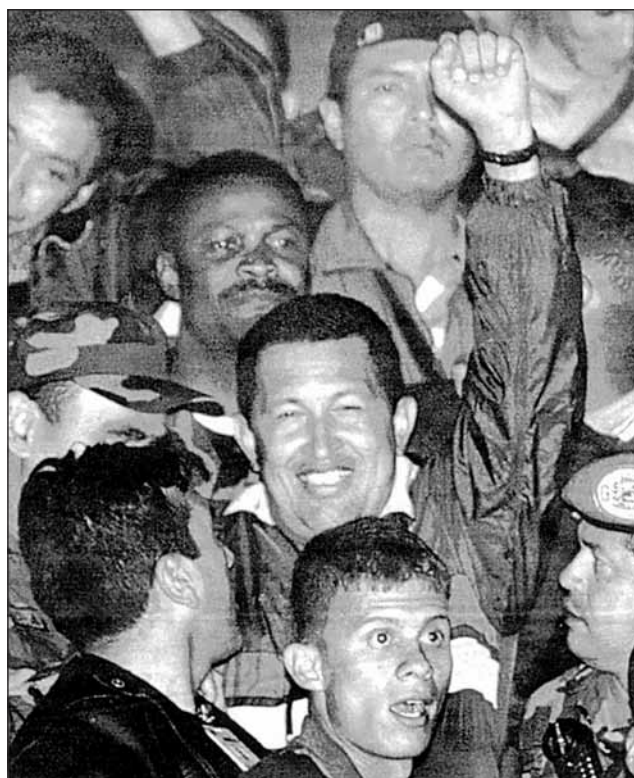
sehsender und alle Tageszeitungen schlugen sie los, setzten Chávez ab und fest, riefen den Boß des Unternehmerverbandes als dessen Nachfolger aus, lösten das gewählte Parlament und den Obersten Gerichtshof auf, setzten 48 in Verteidigung der nationalen Souveränität und des staatlichen Sektors der Wirtschaft erlassene Dekrete außer Kraft. Doch der weiße Spuk brach nach wenigen Stunden zusammen. Mehr als eine Million Venezolaner der armen Klassen und Schichten, mobilisiert durch die fast überall bestehenden Bolivarianischen Zirkel, eilte dem Präsidenten zu Hilfe, der sich nicht nur auf seine Fallschirmjäger, sondern auch auf andere loyale Truppenteile stützen konnte.

So geht die bolivarianische Revolution weiter. Sie ist nicht kampfflos gefallen, wie manche schon jubelten. Ganz Lateinamerika blickt jetzt auf Caracas. Doch Illusionen sind fehl am Platze. Das wird kein leichter, sicherer Weg. Erbitterte Klassenkämpfe stehen bevor. Neue Versuche, Chávez zu stürzen, werden mit Gewißheit folgen. Dennoch: Imperialismus und Reaktion haben durch die „Konter-Konterrevolution“, wie sie der Präsident nannte, eine schwere Niederlage erlitten. Sie ist von kontinentaler Bedeutung und ermutigt die Revolutionäre in der ganzen Welt. **Klaus Steiniger**



### INHALT

Frankreich: Kein neuer Petain	S. 2
Wahlausgang in Sachsen-Anhalt	S. 2
Scheitern einer Inszenierung	S. 3
Denkmal für eine Mörderin	S. 4
Klassenkämpfe in Deutschland	S. 5
Unvergessener Klaus Croissant	S. 5
Undankbare Ossi	S. 5
Staat von neuem Typus	S. 6
Ein bisher einmaliger Vorgang	S. 7
Wie Strauß Kanzler werden wollte	S. 7
Parität von Euro und DDR-Mark?	S. 8
Afrikakorps	S. 8
Kommandowechsel in Kabul	S. 8
Aus meiner Sicht	S. 9
Die demokratische Bodenreform	S. 10
Widerstand tut not!	S. 11
Die Erben der Neubauern	S. 11
„Berliner Unwille“ ausgerufen	S. 11
Mit ATTAC im Gespräch	S. 12
Klarsicht in trüber Zeit	S. 13
„Erste Grundlagen“ auf schwachem Fundament	S. 14
Lebensprotokoll eines Chirurgen	S. 15
Ein neuer „RotFuchs“-Kessel	S. 15
Als Eichmann nach Palästina reiste	S. 16
Israel ahmt Nazis nach	S. 17
Ishai Kalmanovich zu Gast	S. 17
Ruhm der Intifada	S. 17
Chinas internationale Strategie	S. 18
Rußland: Putins Ausverkauf	S. 19
Aus Tichauers Zitatenkiste	S. 20
McCarthyismus in der BRD	S. 20
Italiens PRC: Zwiespältiges Bild	S. 21
Abfuhr für Robert Hue	S. 22
Für Einheitsfront in Indien	S. 22
Das Debakel der Carla del Ponte	S. 23
Maradona: Kuba ist ein Beispiel	S. 23
¡Presente!	S. 24
Leserbriefe	S. 25
Termine & Anzeigen	S. 28



Rohöl zu Sonderbedingungen erhält, Solidarität mit den antiimperialistischen Kämpfern der FARC Kolumbiens bei gleichzeitigem Überflugverbot für USA-Militärmaschinen, eine Schul- und Hochschulreform, erste beherzte Maßnahmen zur Änderung der Eigentumsstrukturen besonders auf dem Lande, die Gründung neuer staatlicher Banken für Mittelständler und kleine Leute, ein kühnes Frauenprogramm und jetzt auch noch die Eröffnungsansprache des Staatschefs auf dem Kongreß der venezolanischen Kommunisten - das war zuviel für die in den beiden großbürgerlichen Parteien COPEI und AD organisierte einheimische Reaktion und deren ausländische Hintermänner. Gestützt auf vier der fünf Fern-

## Frankreich schlägt die faschistische Drohung zurück

# Kein neuer Petain

Millionen Französinnen und Franzosen haben am 5. Mai in beispielloser Geschlossenheit ihre Republik gegen den Ansturm der faschistischen Horden Le Pens verteidigt. Der politische Erbe jenes ruchlosen Marschalls Petain, der während der nazideutschen Okkupation Frankreichs als Chef der Vichy-Regierung Hitlers Statthalter im „unbesetzten“ Landesteil war und 1945 als Kollaborateur Nr. 1 zum Tode verurteilt wurde, ist bei dem Versuch, Staatspräsident zu werden, nicht durchgekommen. Eine in „normalen Zeiten“ unvorstellbare Politisierung, die einen plötzlichen

Bewußtseinsschub hervorzubringen vermag, hatte Bürger fast aller Klassen und Schichten, Angehörige verschiedener Parteien – an ihrer Spitze die Linkskräfte -, Gewerkschafter, Studenten, Schüler, ATTAC-Anhänger und eine enorme Zahl politisch Ungebundener zu gemeinsamen Aktionen von unerhörter Kraft befähigt. Selbst Teile der Bourgeoisie konnten sich dem Sog und der Dynamik dieser an die Tage der Volksfront der 30er Jahre erinnernden breiten Massenbewegung nicht entziehen, zumal es um Jacques Chirac, den ursprünglichen Anwärter der gaullistischen

RPR ging, der jetzt auf einmal zum Kandidaten aller Le Pen-Gegner geworden war.

Der antifaschistische Sieg in Frankreich ist von gesamteuropäischer Bedeutung und wird als ein großes Datum in die Geschichte eingehen. Und das, obwohl hier nicht ein linker gegen einen rechten Bewerber, sondern ein großbürgerlich-konservativer Politiker gegen einen Faschisten antrat. Unter diesen Umständen ist die Entscheidung der Franzosen, von denen viele eine Kröte schlucken mußten, ein Beweis hoher politischer Reife. **R. F.**

## Sachsen-Anhalts tolerierende PDS im Strudel der SPD-Niederlage

# Wer nur auf Posten spekuliert . . .

In Sachsen-Anhalt wurde im April ein neuer Landtag gewählt und es kam, wie es kommen mußte ... Die jahrelang von der PDS tolerierte SPD-Regierung ist an der zunehmenden Unzufriedenheit im Lande gescheitert. Eine Protestwahl hat CDU und FDP unverdient auf die Sessel der Macht gehoben. Besonders die der SPD immer zu Diensten stehenden demokratischen Sozialisten müssen sich jetzt fragen lassen, wofür und für wen ihr Wohlverhalten von Nutzen war. Noch immer ist fast ein Viertel der arbeitsfähigen und zur Arbeit bereiten Menschen in der Region ohne Job. Die Wirtschaft ist nicht vorangekommen. 200 000 Bürger haben das Land in westlicher Richtung verlassen. Die Schulden Sachsen-Anhalts sind auf 14,2 Milliarden Euro angewachsen, es gibt kaum Licht am Horizont.

Statt sich damit als linke Opposition politisch auseinanderzusetzen, ließ die PDS die Öffentlichkeit nur pausenlos wissen, man sei „ganz wild aufs Regieren“. Macher und Strippenzieher, wie es selbst im ND hieß, ergingen sich in Personaldebatten um erhoffte Kabinettsposten. Zuletzt ließ man das erstaunte Wahlvolk vollmundig wissen, daß der Erfinder der schon immer suspekten und nun zu Fall gekommenen Tolerierung höchst persönlich bereit sei, einer neuen Landesregierung mit der SPD als Juniorpartner vorzustehen. Das Denkmal des „unbekannten Tolerierers“ sollte einen Namen erhalten. Doch darauf wird Roland Claus, der auf der Wahlkundgebung in Halle schlichtweg vergaß, über die von ihm würdevoll begrüßten „Damen und Herren“ auch die Mitglieder seiner eigenen Partei als Genossen willkommen zu heißen, jetzt verzichten müssen. Hochgestochene Träume gebären Freudsche Fehlleistungen.

Machttaumel statt linker Widerstand, unwürdige Kraftmeierei, gepaart mit einer aufs Andienen ausgerichteten Duldsamkeit gegenüber der im Dämmerzustand befindlichen SPD-Regierungspolitik durch die PDS haben es mit zugelassen, daß die CDU in den Jahren ihrer Opposition gegenüber einem von Schwäche und Opportunismus getragenen Zweckbündnis Punkte sammeln konnte. Schleppenträgerei gegenüber der Bourgeoisie, Abrücken von linken Positionen und Traditionen, von geschichtlicher Realität und Wahrheit, vom Fühlen und Denken der Menschen haben jetzt eine Quittung erhalten. Die Orientierung der PDS aufs „Ankommen-Wollen“ um jeden Preis hat dazu beigetragen. Wenn trotzdem ein Fünftel der Wähler der PDS seine Stimme gab, dann hängt das

wohl damit zusammen, daß an der Basis Parteitreu und Prinzipienfestigkeit ernster genommen werden als weiter oben, und daß bei vielen Anhängern diese Partei immer noch als letzte Hoffnung auf antikapitalistische Resistenz gilt. Ob das auch in nächster Zukunft so sein wird, bleibt abzuwarten. Denn viel Vertrauen in die parlamentarische Demokratie offenbarte diese Landtagswahl, bei der nur 53 % der 2,13 Millionen Stimmberechtigten an die Urnen traten, jedenfalls nicht.

Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und ihr jeweiliger Ausgang waren schon immer von kurioser Dramatik begleitet. Auch diesmal schien die Masse der Wähler einfach vergessen zu haben, daß es die Krisenpolitiker von CDU und FDP in den ersten Landesregierungen nach der „Wende“ waren, die das Land mit Wahlschwindel, Finanzmanipulationen und Treuhandskandalen in Verruf brachten. Als Antwort darauf nahm die Wählererwartung damals zunächst eine von feiger Nachsicht der Sozialisten geschützte Regierungskoalition aus SPD und Grünen und später die PDS-tolerierte SPD-Minderheitsregierung in die Pflicht. Acht Jahre später ist die Quittung präsentiert und den Sozialdemokraten die bisher empfindlichste Wahlschlappe der letzten 50 Jahre beigebracht worden. Und was wurde aus den opportunistischen Tolerierern? Fast 60 000 von der PDS verlorene Wähler könnten ein Menetekel sein. Der Abstieg der Grünen scheint sich ein zweites Mal zu vollziehen. Fragen, die linke Wähler und Sympathisanten nach peinlich selbstgefälligen, politisch oft gegensätzlichen und auch recht systemflexiblen Äußerungen von PDS-Politikern zu Beginn des Wahlkampfjahres stellen, bleiben unbeantwortet. Was sollte denn z. B. der breite Schriftzug DIE LINKE KRAFT PDS über dem Foto der Reichstagskuppel im Bühnenbild des Rostocker Parteitagess aussagen? Demut vor dem Hohen Haus, Regierungswilligkeit und Oppositionsverzicht im Dreierpack? Es ist schon verwirrend, wenn nach dem „Wo hin des Weges?“ Parteivize Dehm noch vor Rostock antwortete, die Partei habe sich im Vollbesitz ihrer geistigen Kräfte „gegen eine Regierungsbeteiligung im Bund ausgesprochen“, aber schon tags darauf PDS-Vorständler Holter erklärte: Opposition, Unsinn! Die Partei dürfe sich nicht verweigern, auch nicht beim Thema Krieg – Frieden. Da fragen sich doch selbst die treuesten Wähler mit Tucholsky: „Wie denn nun, Genossen, ja oder ja?“ Und wenn dann der Fraktionschef der PDS im Bundestag noch einen draufsetzt und er-

klärt, auch für den Frieden gebe es kein „Stillgestanden“, möchte man mit Hans Modrow fragen: Werden Politik jetzt zum Teppichhandel und Parteitagsbeschlüsse zur Auslegung? Oder ist es Verrat an jenen, die in Partei und Parlament dagegen auftraten, daß deutsche Soldaten in Afghanistan und anderswo für amerikanische Kriege und Großmachtinteressen ihre Köpfe hinhalten müssen? Plakative Bekenntnisse, DIE LINKE KRAFT sein zu wollen, laufen dann Gefahr, zu reiner Augenauswischerei zu verkommen. Noch dazu, wenn die inzwischen zu Wohlstand gelangten wortreichen Werber nun vor der Bundestagswahl weiter ehrgeizig und sichtbar für alle um Posten im Herrschaftsapparat dieser Gesellschaft buhlen. Ein Bundestagsspitzenkandidat der PDS Sachsen-Anhalts hat dazu beinahe klassisch erklärt, Prinzipientreu dürfe keineswegs dazu führen, sich nicht selbst zu verändern!

Unterdessen spitzen sich für Millionen Menschen die sozialen Kontraste weiter zu. Einer linken Partei, die das nicht zu erkennen vermag oder sich in ihrer Opposition dagegen allein mit parlamentarischem „Widerstand“ begnügt, droht bald, den einmal erworbenen Bonus sozialer Kompetenz bei ihren Wählern zu verlieren. Da wirkt es wie blanker Hohn, wenn der PDS-Spitzenkandidat in Mecklenburg-Vorpommern, Dietmar Bartsch, beim Rostocker Parteitag auf die Reporterfrage, was er denn über die Arbeitslosigkeit denke, antwortete: „Wir wollen sie ja nicht abschaffen, wir wollen sie senken.“

Im September wird zugleich mit dem Bundestag in Schwerin ein neuer Landtag gewählt. Es ist zu hoffen, daß nach Sachsen-Anhalt nicht auch noch die dortige SPD/PDS-Koalition von Schwarz und Gelb oder einer Hamburger Rechtsstaatlichen Offensive überrannt wird. Zwei Jahre später will die PDS, wie sie erklärte, in Sachsen selbst regieren. Auf einer Klausurberatung wurden dazu laut ND bereits inhaltliche und personelle Vorbereitungen getroffen. Der Chef der PDS-Fraktion im Dresdner Landtag, Peter Porsch, sagte forsch: „Wir machen uns fit für die Übernahme von Verantwortung.“ Was dabei – die Erfahrungen von Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt vor Augen – herauskommen soll, steht kaum noch in den Sternen.

**Dr. Hans-Dieter Krüger**

Unser Autor war zu DDR-Zeiten Chefredakteur der Tageszeitung „Freiheit“, Halle

## Eine Lanze für die Wahrheit über das MfS

## Scheitern einer Inszenierung

„Die Sicherheit“. Das ist der Titel eines umfangreichen Sachbuchs „zur Abwehrarbeit des MfS“, geschrieben von 20 Generalen und Offizieren aus der Leitung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, also von Leuten, die Bescheid wissen. Es handle sich um „eine der ganz seltenen Situationen, daß ein Geheimdienst vor der Öffentlichkeit Rechenschaft legt“, sagte **Dr. Klaus Steiniger** zu Beginn einer Veranstaltung, zu der die Berliner Regionalgruppe des „RotFuchs“-Fördervereins eingeladen hatte und an der sich fast alle Autoren sowie (laut Berliner Zeitung vom 24. April) etwa 200 Genossen, Freunde, Gäste und Beobachter beteiligten. Irgendwie hatte sich die Zusammenkunft als „Geheimtip“ auch unter Journalisten herumgesprochen, so daß es bei den Medienvertretern ein regelrechtes Gedränge gab. Berichterstatter von ZDF, MDR, Süddeutscher Zeitung, Tagesspiegel und Berliner Zeitung hatten sich vorsorglich angemeldet, außerdem sah man Vertreter der „jungen Welt“, des Rundfunks und der Nachrichtenagentur DPA. Kamerteams waren mit gutem Grund nicht zugelassen worden.

Da dem Veranstalter bekannt geworden war, daß „ein Sender, der täglich mitteilt, auf dem ersten Auge schlechter zu sehen“, eine „Inszenierungsberatung“ durchgeführt und den Auftritt sogenannter Opfer des Stalinismus vorbereitet hatte, mahnte K. Steiniger als souveräner Versammlungsleiter fairen Umgang miteinander, sachlichen Ton und Begrenzung der Diskussionsthematik auf das Buch an. Aber genau das war den von der antikommunistischen Regie herbeizitierten „Zeitzeugen“ offenbar unangenehm. Als ein gewisser H. Pfaff von angeblich erlittenen Mißhandlungen während seiner Haft erzählte, löste er Unmut und Zwischenrufe aus. Der Redner beschimpfte daraufhin einen der Anwesenden als „Achtgroschenjungen“. Dies war der Anlaß, ihn des Saales zu verweisen. Bereits zuvor hatte eine S. Paul, in der „Gedenkstätte für die Opfer des Stalinismus“ tätig, versucht, sich mit Schilderungen von ihrer Haftverbüßung 1963/64 in Hohenschönhausen hervorzutun. **Oberst a. D. Siegfried Rataizik**, für diesen Bereich im MfS verantwortlich, zitierte daraufhin aus einem Artikel der Berliner Zeitung von 1993, Frau Paul sei mehrfach gezwungen worden, blutbefleckte Wände einer „Folterzelle“ zu reinigen. „Das ist eine unverschämte Lüge. Niemals und nirgendwo ist ein Gefangener in einer Haftanstalt des MfS mißhandelt worden.“ Sie kenne diesen Artikel nicht, meinte die Informantin. „Aber Ihr Bild ist doch dabei veröffentlicht!“, entgegnete Rataizik, worauf die offenbar schon seit Jahren als Dauerzeugin eingesetzte Dame ihren Auftritt abbrechen mußte.

Einleitend hatte **Generalleutnant a. D. Dr. Wolfgang Schwanitz**, Leiter des von der Modrow-Regierung abgewickelten MfS-Nachfolgers „Amt für Nationale Sicherheit“, das Anliegen des Buches erläutert. „Außer Kannibalismus gibt es wohl kein Verbrechen, das dem MfS nicht angelastet wurde und wird. Alle unsere Bemühungen, dagegen öffentlichkeitswirksam aufzutreten, sind bisher weitgehend fehlgeschlagen.“ Die Flut der seit 1990 erlebten Darstellungen sei vor allem durch Bosheit gekennzeichnet und häu-

fig ungetrübt von jeder Sachkunde. Obwohl die vielen tausend Ermittlungsverfahren in aller Regel nicht einmal zur Anklageerhebung, geschweige denn zu Verurteilungen geführt hätten, seien die persönlichen Konsequenzen für die Angehörigen und die inoffiziellen Mitarbeiter des MfS jedoch einschneidend. „Mit unserem Buch wollen wir zur Versachlichung der Auseinandersetzung beitragen. Wir möchten den Lesern Antwort geben, wie das Ministerium wirklich gearbeitet hat, welche Ergebnisse erzielt wurden und welche Fehler und Versäumnisse dabei unterlaufen sind. Wir haben weder Anlaß zur Reue noch dazu, uns dem Deutungsmonopol des Gegners zu unterwerfen.“

In einem weiteren Einleitungsreferat hatte **Oberst a. D. Dr. Reinhard Grimmer**, ehemals zuständig für Grundsatzfragen, den historischen und politischen Rahmen dargestellt, in dem die Abwehr wirksam wurde. Für die Niederlage des Sozialismus in der DDR habe es innere und äußere Ursachen – „ich lege Wert auf die Reihenfolge“ – gegeben. Zum Komplex der Gründe gehörten jedoch auch die Politik und die Maßnahmen der Westseite gegen die DDR. „Die Auslöschung der DDR war Staatsdoktrin der BRD. Dieses erklärte Ziel wurde über 40 Jahre ohne Gnade verfolgt.“ Bei der Bundesbeauftragten für die Staatssicherheitsunterlagen gebe es dazu ganze Aktenberge. Kaum in einem anderen Land sei die Existenz des Staates so unmittelbar mit seiner Sicherheit verknüpft gewesen wie in der DDR. Man dürfe jedoch nicht die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung mit Stagnation sowie mit dem Widerspruch zwischen verkündeten Zielen und Realitäten übersehen. „Auch der wirksamste Geheimdienst wäre niemals imstande, das auszugleichen.“ Unter Bezug auf Friedrich Engels schloß der Redner: „Wir haben viel getan, was wir besser unterlassen hätten – und wir haben viel unterlassen, was wir besser getan hätten.“

In der Diskussion meldeten sich 14 Teilnehmer zu Wort. Als erster sprach **Dr. Ernst Heinz**, Vorsitzender der Berliner Regionalgruppe des Fördervereins. Es gebe in der heutigen BRD wohl nichts Anrüchigeres als die ehemalige Zugehörigkeit zum MfS. „Das könnte noch als normal gelten. Aber ist es auch normal, daß die Führungsmannschaft der PDS in dieses Horn tutet?“ **Walter Florath** schilderte ein Erlebnis aus seiner Zeit als Parteisekretär im Berliner EAW, wo ein Ausschuß verursachender Ingenieur unter Sabotageverdacht festgenommen worden war. Die mehrheitlich parteilosen Ingenieure hätten ihn daraufhin bestürmt, sich für die Überprüfung der Angelegenheit und die Freilassung ihres Kollegen einzusetzen. Nachdem diese erfolgt war, hätten die Ingenieure jedoch dessen Entlassung aus dem Betrieb gefordert, da sich bei der Überprüfung durch das MfS herausgestellt hatte, daß sein Ingenieurdiplom gefälscht gewesen war. **Generaloberst a. D. Werner Grossmann**, ehemals Chef der Hauptverwaltung Aufklärung, also des Auslandsnachrichtendienstes des MfS, brachte seine Hochachtung vor der Leistung der 20 Autoren und der Abwehr überhaupt zum Ausdruck, bemängelte jedoch die zu oberflächliche Einschätzung der Rolle von Verrätern in den eigenen Reihen, für deren unheilvolles

Wirken er Beispiele nannte. **Prof. Dr. Günter Wendel** sprach über die Gründergenerationen des MfS und der westdeutschen Geheimdienste. Die einen seien aus dem Antifaschismus gekommen, die anderen mit der Gestapo und anderen Nazi-Organisationen identifizierbar gewesen. **Prof. Dr. Siegfried Mechler**, Vorsitzender der Gesellschaft für Rechtliche und Humanitäre Hilfe, mahnte u. a. an, den Rückstand in der Arbeitsproduktivität als eine der objektiven Ursachen für den Untergang der DDR darzustellen. „Daraus resultierte vielleicht auch ein manchmal übersteigertes Geheimhaltungsbedürfnis.“ **Prof. Dr. Abé Eid** schloß an den Gedanken des Vorredners an. Er habe 1990 erlebt, wie die Bewohner eines in der DDR zum Altersheim umfunktionierten Schlosses südlich von Berlin zum Verlassen des Hauses gezwungen worden seien, weil dieses seiner „früheren Bestimmung“ wieder zugeführt werden sollte. „Zur Produktivität eines Landes gehört auch sein Umgang mit den Schwachen und Alten. In dieser Beziehung ist die reiche fette Bundesrepublik das unproduktivste Land, das ich kenne.“ **Jürgen Thiele** sprach zur Öffentlichkeitsarbeit des MfS, die wesentliche Mängel gehabt habe. Man hätte auf diesem Gebiet viel stärker zur Offensive übergehen müssen. **Generalmajor a. D. Prof. Dr. Willi Opitz**, ehemals Rektor der Juristischen Hochschule des MfS, ging auf spezielle Aspekte der Tätigkeit der Gauck-Birthler-Behörde ein. Mit ihren 3 000 Mitarbeitern habe sie – dem eigenen Geschäftsbericht zufolge – nach 3 Jahren immerhin die „Vermessung“ der MfS-Akten zustande gebracht. Dabei sei sie auf 180 km gekommen. Das habe man unter der Hand zu „Opfer-Akten“ erklärt. Tatsächlich handle es sich jedoch um die gesamten Unterlagen des MfS – darunter befänden sich die Personalakten aller jemals Beschäftigten, sämtliche Notizen des Medizinischen Dienstes, der Küche usw., aber auch das Material über fremde Geheimdienste. Allein die Dokumente über Nazi- und Kriegsverbrecher nähmen 12 km in Anspruch. „Mit unserer Darstellung führen wir die Gauck-These ad absurdum, es habe über jeden DDR-Bürger eine Stasi-Akte gegeben.“

Was bleibt dem Berichterstatter als Fazit? 1. Die Veranstaltung unterstrich die herzliche Solidarität der Anwesenden mit der Tätigkeit und den Angehörigen des MfS, was der lebhafteste Beifall, der immer wieder aufkam, bekundete. 2. Ich hätte mir die Teilnahme namhafter Vertreter der Führungen der Nationalen Volksarmee und der Volkspolizei an dieser Veranstaltung gewünscht. Das gilt übrigens auch für etliche ehemalige Mitglieder des ZK der SED. Die Abwesenheit von PDS-Funktionären erklärt sich aus deren Haltung. Warum aber war auch die Leitung der Berliner DKP nicht vertreten? 3. Die geplante Inszenierung fiel ins Wasser. Notorsche Feinde der DDR, die offenbar geglaubt hatten, leichtes Spiel zu haben, kamen nicht durch. 4. Das Buch der 20 Genossen, das an dem Abend leider nicht zur Verfügung stand, leitet – hoffentlich – eine Offensive der Wahrheit gegen die Flut von Schmutz und Verleumdung ein, mit denen die Sicherheitsorgane der DDR seit Ende 1989 überschwemmt werden. Der „RotFuchs“ war gut beraten, sich in diese Offensive einzureihen. **Frank Mühlefeldt**

Wer sind die „Helden“ des „neuen“ Ungarn?

## Denkmal für eine Mörderin

Bei der Einweihung des Denkmals für Ilona Tóth Anfang November 2001 im Tor-Gebäude der Budapester Medizinischen Semmelweis-Universität hielten Ibolya Dávid, Justizministerin und Vorsitzende des Ungarischen Demokratischen Forums, und Zoltán Pokorni, Vorsitzender der Jungen Demokraten, die Reden. Sie zeichneten das Bild einer heldenhaften, flammenden, zu Unrecht verurteilten Revolutionärin. In einer Radioerklärung brachte uns die Ministerin auch zur Kenntnis, daß das Werk des Bildhauers Béla Domonkos seit einem Jahr fertig gewesen sei, bis jetzt aber im Garten eines Privathauses gestanden habe. Sie selbst sei gezwungen gewesen, seitdem für die öffentliche Ehrung von I. T. zu kämpfen – selbst im Justizministerium (und das will etwas heißen!).

Wer war Ilona Tóth wirklich?

Im Oktober 1956 bildete Budapest wahrlich keine Insel des Friedens. Die Formierung der Kádár-Regierung und deren anfängliche Tätigkeit zeichneten sich bereits ab, zur gleichen Zeit aber gab es auch jene – ich möchte ihre Zahl weder über- noch unterbewerten –, welche voller Haß auf alles mit dem Sozialismus Verbundene waren. Die Masse der durch die Konterrevolution aus dem Gefängnis Herausgeholt befand sich noch auf freiem Fuß, und ein Teil von ihnen – mit oder ohne Waffe – gefiel sich in der Rolle von Freiheitshelden. Verschiedene kleinere Gruppen traten Bestrebungen, die sozialistische Ordnung wiederherzustellen, und den in diesem Sinne handelnden Personen entgegen. In den Köpfen herrschte außerordentliche Verwirrung. Zahlreich waren solche unter den Unzufriedenen, welche zwar den arbeitenden Klassen angehörten, aber unter der Wirkung intensiver konterrevolutionärer Propaganda nicht verstanden, daß der Kampf keineswegs um die Korrektur früher begangener Fehler geführt wurde, sondern darum, wem künftig der Boden, die Fabriken und die Macht gehören sollten. (Genau so verhielt es sich – wenn auch ohne Waffeneinsatz – im Jahre 1989.)

Eine solche Gruppe war in der Notaufnahme des Krankenhauses in der Sándor-Péterfi-Straße tätig. Sie stand unter der geistigen

und praktischen Leitung der Medizinstudentin Ilona Tóth. Ihre Mitglieder liefen auf der Straße bewaffnet Streife, nahmen Ausweiskontrollen vor, verhörten Leute, verteilten Flugblätter, vertrieben Publikationen konterrevolutionären Inhalts und klebten ebensolche Plakate. Oberster „Revolutionschef“ im Hospital war eine als Krankenschwester arbeitende geflohene Strafgefängene namens Erzsébet Csontos, welche eine Legitimation besaß, die sie als Mitglied der operativen Gruppe des „Revolutionskomitees“ auswies. Auf einem ihrer Streifengänge nahmen zwei Gefährten Ilona Tóth – Gyöngyösi und Gönczi – den 26jährigen Verladearbeiter István Kollár fest, den sie für einen Mitarbeiter der Staatssicherheit hielten. Sie brachten ihn in den Stützpunkt und vereinbarten mit Ilona Tóth, ihn im Namen der „revolutionären Jugend“ hinzurichten. Man beschloß, den Gefangenen durch eine Injektion zu töten. Ilona Tóth zog 100 cm<sup>3</sup> Benzin mit der Spritze auf. Inzwischen begann Gyöngyösi das Opfer zu narkotisieren. I. T. stach dreimal in die Halsvene, was ihr wegen Ungeübtheit mißlang. Danach wollte sie Luft in Kollárs Herz drücken; mehrmals stach sie in die Herzgegend. Später verließ sie das Zimmer. Gyöngyösi und Gönczi nahmen die Wertsachen des Opfers an sich, wobei sie bemerkten, daß es noch lebte. Darauf trat Gönczi an den auf den Boden gestoßen Kollár heran und stellte sich mit beiden Füßen auf seinen Hals. Die zurückgekehrte Ilona Tóth konstatierte das Eintreten des Todes. Zu dritt trugen sie Kollár aus dem Zimmer heraus, der unerwarteterweise noch ein Lebenszeichen von sich gab. Daraufhin stach Gyöngyösi mit seinem Messer zu. Schließlich nahm ihm Ilona Tóth das Mordwerkzeug aus der Hand und stieß es in Kollárs Herz. Übrigens hatte Gyöngyösi seit November 1946 wegen verschiedener Straftaten fast ohne Unterbrechung im Gefängnis gesessen. Zuletzt wurde er Anfang 1952 zu sechseinhalb Jahren Freiheitsentzug verurteilt, aus dem ihn der „Revolutionsrat“ am 27. Oktober 1956 entließ. Der ebenfalls zur Gruppe gehörende Ferenc Kovács – auch ein geflüchteter Strafgefängener – gab die Anweisung zur Hinrichtung des für einen Verräter gehaltenen László Jagicza. Der Schuß des Täters verfehlte das Ziel. Jagicza wurde „nur“ lebensgefährlich verletzt. Seine Flucht und sein Überleben grenzen an ein Wunder.

Die vom Hauptstädtischen Gericht verhandelte Strafsache gegen Ilona Tóth und ihre 11 Mitangeklagten erregte ziemlich großes Aufsehen. Am 18. Februar 1957 begann der 18 Tage dauernde Prozeß. An den ersten Verhandlungstagen war der Große Saal des Gerichtsgebäudes in der Markó-Straße überfüllt. Hunderte mußten draußen bleiben. Ilona Tóth, Studentin der Medizin im letzten Studienjahr, die vom Staat monatlich 350 Forint Stipendium erhielt, stand wegen Mordes, Anstiftung zum Aufruhr und Diebstahls vor Gericht. Auf die Frage des Vorsitzenden bekannte sie sich des Mordes schuldig. „Dies war nicht die Revolution, für die ich kämpfte ... Als mir bewußt wurde, was ich tat, war es schon zu spät“, erklärte sie. „Die Flut von Schrec-

kensnachrichten versetzte mich in einen solchen psychischen Zustand, daß ich mich zur Tötung Kollárs gezwungen sah.“ Das Gericht hörte außer den übrigen Angeklagten 25 Zeugen und zahlreiche Sachverständige. Es gab eine erschütternde Szene, als der Gerichtsmediziner Dr. Kelemen das durchstochene Herz István Kollárs als Beweismittel präsentierte.

Am 18. April 1957 verkündete das Gericht die Urteile: Todesstrafe für Ilona Tóth, Miklos Gyöngyösi und Ferenc Gönczi, Gefängnisstrafen für die übrigen Teilnehmer der Gruppe. Nachdem Rechtsmittel eingelegt worden waren, traf Ungarns Oberster Gerichtshof am 4. Juli 1957 eine rechtskräftige Entscheidung. Die Todesstrafen wurden bestätigt und auf Ferenc Kovács ausgedehnt, einige Freiheitsstrafen erhöht. Es erfolgte die Vollstreckung der Urteile.

Nach dem Wechsel der Gesellschaftsordnung wurde in Ungarn nicht allein aus Ilona Tóth eine Freiheitsheldin. Ibolya Dávid, Ministerin für Justiz, mußte wissen, wer sie war und was sie tat. Es dürfte wohl kaum ein Zufall sein, daß sie auch innerhalb ihres eigenen Ministeriums ein Jahr lang für die öffentliche „Ehrung“ Ilona Tóths kämpfen mußte. Immerhin machte sie so aus einer gewöhnlichen Mörderin eine Märtyrerin. Das allein spricht Bände. **Sándor Gáti**

**Eberhard Kornagel** übersetzte den der ungarischen Wochenzeitung „Szabadság“ – Organ der Arbeiterpartei – entnommenen Beitrag.

### Fakten über die ungarische Konterrevolution von 1956

Während des konterrevolutionären Umsturzversuchs wurden in der Zeit zwischen dem 25. 10. und dem 4. 11. 1956 insgesamt 9962 gewöhnliche Kriminelle und 3324 aus politischen Gründen Verurteilte auf freien Fuß gesetzt. Zwischen dem 5. November und dem 31. Dezember 1956 nahmen die Sicherheitsorgane im westlichen Abschnitt Ungarns 29000 Grenzverletzer fest. Im März erfolgten nur noch 27 Festnahmen und 14 nicht gehandete Grenzverletzungen.

Zwischen dem 4. November 1956 und dem 21. Juli 1957 wurden insgesamt 28601 Personen – davon 6321 zu Gefängnisstrafen – verurteilt. Nur 2332 überstiegen ein Jahr. Drei Viertel der Verurteilten wurden mit Erziehungsarbeit, Geldbußen oder Bewährungsstrafen belegt. Die Gerichte verhängten 70 Todesurteile.

Zwischen dem 23. Oktober und dem 31. Dezember 1956 wurden im Zusammenhang mit den konterrevolutionären Ereignissen 2502 Todesfälle standesamtlich registriert, allein in Budapest 1945. Bei den Kampfhandlungen gab es fast 20 000 Verletzte, die der staatliche Gesundheitsdienst behandelte. Über die Zahl der zu Schaden gekommenen Angehörigen der Sowjetarmee liegen keine Angaben vor. 224 Angehörige der ungarischen Sicherheitsorgane fanden den Tod.

Soeben erschienen:

KURT GOSSWEILER

### Die Taubenfuß-Chronik oder die Chruschtschowiade

1953–1964, Bd. I 1953–1957

412 Seiten, 20 Euro  
ISBN 3-00-008773-7

Verlag zur Förderung der  
wissenschaftlichen Weltanschauung  
Tulbeckstraße 4, 80339 München

# Klassenkämpfe in Deutschland

Mit dem Metallarbeiterstreik in Baden-Württemberg und Berlin-Brandenburg – der bedeutendsten gewerkschaftlichen Kampffraktion seit Jahren – sind gleich drei von den Reformisten verbreitete Illusionen geplatzt: die Vorstellung, daß es in Deutschland mit seiner aus „Töpfen“ der Dritten Welt sozial korrumpierten und ruhiggestellten Bevölkerungsmehrheit keine großen Klassenkämpfe mehr geben könne, was Bernsteinianer wie Gregor Gysi & Co bekanntlich dazu veranlaßte, dieses schroffe Wort aus ihrem geglätteten Sprachschatz zu entfernen; der Glaube, daß Arbeiter unter einer sozialdemokratischen Regierung mit Masseneinfluß in den Gewerkschaften grundsätzlich nicht streiken würden, da diese besonders geschont werden müßte; die auch von den Opportunisten ge-

spielte Unternehmerplatte, in Zeiten „schwacher Konjunktur“ gefährde ein Ausstand Arbeitsplätze und Löhne, da man die beim Profitmachen ohnehin gestörten Kapitalisten noch zusätzlich belaste. Diesen Ammenmärchen ist durch den Lohnkampf der Metaller ein Ende gesetzt worden. Auch wenn für die große Mehrzahl der Arbeiter rein ökonomische Erwägungen im Vordergrund stehen – in Streikzeiten tritt oft lange verschüttetes Klassenbewußtsein wieder klarer zutage. Der sonst meist anonyme Klassenfeind wird plötzlich sichtbar. Und auch die Trillerpfeifen der Gewerkschafter, die den Ausbeutern und ihrem Klüngel schrill in den Ohren gellen, sind zu Instrumenten des Klassenkampfes geworden.



Viel Klagen hör' ich oft erheben,  
vom Hochmuth, den der Große übt.  
Der Großen Hochmuth wird sich geben,  
wenn unsere Kriecherei sich giebt.  
Gottfried August Bürger (1747-1794)

S. R.

## Mutiger Strafverteidiger politischer Gefangener

# Unvergessener Klaus Croissant

Es gibt viele, die um den nach langer schwerer Krankheit verstorbenen Berliner Strafverteidiger Klaus Croissant trauern. Als dem Nachkommen einer bürgerlichen Hugenotten-Familie war es ihm nicht in die Wiege gelegt, antiimperialistischer Kämpfer zu werden. Dieser mutige und wortgewandte Anwalt hielt der reaktionären Offensive Mitte der 70er Jahre nicht nur stand, sondern wurde in der BRD und vor allem auf internationaler Ebene Propagandist und Organisator der Solidarität mit den politischen Gefangenen. Er trug maßgeblich zur Entlarvung der Praktiken des bundesdeutschen Imperialismus bei. Seine Rolle bei der Schaffung eines Informationssystems für die der Isolationsfolter unterworfenen Gefangenen aus der RAF war unverzichtbar. Über die Anwaltspost konnten sie kostbare Verbindungen zur Außenwelt aufrecht erhalten. Doch das Leben von

Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan Raspe und Ingrid Schubert vermochte croi, wie er damals genannt wurde, nicht zu retten. Im Herbst 1977 war er schon selbst Verfolgter und nach einem Bombenanschlag auf seine Kanzlei nach Frankreich geflohen. Vor der drohenden Auslieferung „freiwillig“ in die BRD zurückgekehrt, wurde er eingesperrt und mit Berufsverbot belegt. In der Haft dachte Klaus Croissant konsequent zu Ende, was die realer und positiver gewordenen Einschätzungen der RAF-Gefangenen zur DDR und zum Sozialismus schon politisch vorgezeichnet hatten. Die Initiativen der DDR zum Austausch von Gefangenen sowie von F. K. Kaul zur Untersuchung der Stammheimer „Selbstmorde“ trugen sicher dazu bei: Der Internationalist stellte sein Wissen und seine Fähigkeiten nun der DDR zur Verfügung, überzeugt, daß die Vertei-

digung des Sozialismus das entscheidende Kriterium des antiimperialistischen Kampfes sei. So hat ihn die Konterrevolution 1989 nicht nur politisch schwer getroffen, sondern der Bundesanwaltschaft auch die Möglichkeit gegeben, erneut mit diesem unbeugsamen Mann abzurechnen.

Im September 1992 wurde croi festgenommen, saß viele Monate in U-Haft und wurde schließlich wegen Tätigkeit für das MfS zu zweieinhalb Jahren Freiheitsentzug verurteilt. In einem Interview, das er im Gefängnis gab, verteidigte Klaus Croissant entschieden die DDR und wandte sich gegen die willkürliche Verfolgung von Bürgern des untergegangenen sozialistischen deutschen Staates. „Ich kenne diese Prozesse und muß sagen, mir bleibt als Jurist die Spucke weg. Man kann nicht Angehörige eines Staates, der diplomatisch weltweit anerkannt war, Sitz und Stimme in der UNO hatte, mit Verfahren überziehen ... Was jetzt da abläuft, ist für mich Völkerrechtsbruch.“

So war es ganz natürlich, daß er nach seiner Haftentlassung 1996 die Verteidigung des angeklagten Chefs der DDR-Grenztruppen, Generaloberst a. D. Klaus-Dieter Baumgarten, übernahm. Schon nach wenigen Prozeßtagen erlitt Klaus Croissant einen schweren Schlaganfall, der seine Gesundheit und Arbeitsfähigkeit dauerhaft zerstörte. Er wurde 71 Jahre alt. Die ihn kannten, werden ihn stets in Erinnerung behalten und nicht aufhören, für jene Sache zu kämpfen, der auch er sich verschwo- ren hatte.

Werner Hoppe,

auch im Namen der Regionalgruppe  
Hamburg des RF-Fördervereins

## Westlöhne schon 2009!

# Undankbare Osis

Da hat sich die Gewerkschaft Chemie-Bergbau mächtig ins Zeug gelegt und den „Arbeitgebern“ der ostdeutschen Chemieproleten phantastische Zugeständnisse abgetrotzt. Doch statt froh und dankbar zu sein, daß die Löhne im Anschlußgebiet der BRD jetzt schon 2009 – nur 19 Jahre nach der Annexion der DDR – voll angeglichen werden, machen noch immer rote Rabauken Radau. Als ob das Ganze etwas mit Extraprofiten zu tun hätte! Jeder Realist

weiß doch, daß die von der Konjunkturabflachung hart getroffenen bundesdeutschen Unternehmer pure Sachzwänge daran hindern, die von ihnen heiß ersehnte Anpassung noch früher vorzunehmen.

Freiheitlich-demokratisches Kolonialgebiet? Quatsch! Gerechte Behandlung von faulen und unproduktiven Osis! Sie haben's verdient – und wir verdienen an ihnen.

E. R. J.

## Diskurs über wissenschaftlichen Sozialismus (43)

# Staat von neuem Typus

In Frankreich hatte sich das bürgerliche Parlament Mitte des 19. Jahrhunderts selbst zugrunde gerichtet, indem es aus Furcht vor der sich formierenden Arbeiterklasse, namentlich nach dem Juni-Aufstand 1848, immer mehr Rechte und Vollmachten an die Exekutive delegierte. In dem Maße, wie diese erstarkte und sich gegenüber dem Parlament verselbständigte, verlor es an Einfluß, erwies es sich gegenüber der Regierung als ohnmächtig. Das zweite Kaiserreich war das Ergebnis. Marx zog aus diesem Sachverhalt die staats-theoretisch bedeutsame Schlußfolgerung, daß die Arbeiterklasse nicht die Aufgabe habe, den Parlamentarismus, „wieder von den Toten zu erwecken“. (MEW 17/543) „Was den Parlamentarismus betrifft, so war er durch seinen eigenen Triumph und durch das Kaisertum umgebracht worden. Alles, was die Arbeiterklasse zu tun hatte, war, ihn nicht wieder ins Leben zu rufen“. (Ebd., S. 595) Daran hat sich die KPR (B) 1917/18 gehalten, als sie die Sowjetmacht errichtete, und die SED mit der Bildung der Volkskammer. Es ist falsch, wenn Hans Wunderlich in seinem historisch unhaltbaren „Vergleich“ zwischen Sozialismus und Faschismus behauptet, beide hätten die bürgerliche Demokratie abgeschafft! Nachdem der Hitlerfaschismus die bürgerliche Demokratie zerstört hatte, blieb der SED nichts weiter zu tun, als im Marxschen Sinne auf ihre Wiederherstellung zu verzichten. Die Selbstentmachtung der bürgerlichen Parlamente ist im imperialistischen System offenbar eine politische Gesetzmäßigkeit. Machtverschiebungen innerhalb der politischen Organisationen in den Hochburgen des Monopolkapitals zugunsten der Exekutive, der Ausbau der Machtvollkommenheit der Regierungen gegenüber den Parlamenten wird heute selbst von bürgerlichen Politologen nicht mehr geleugnet. Schon in den 80er Jahren verwiesen in den USA William West und Joseph Cooper darauf, daß der Kongreß eine bedeutende Machtfülle des Präsidenten und ein umfassendes bürokratisches Verwaltungssystem geschaffen und dabei einen beträchtlichen Teil seiner rechtlichen Machtbefugnisse an diese ab-



getreten habe. Das BRD-Grundgesetz hat in den letzten Jahren über 50 „Abänderungen“ erfahren, wodurch die demokratischen Rechte und Freiheiten immer mehr zugunsten der Exekutive eingeschränkt wurden. Hier sei nur auf die Notstands-gesetzgebung und Schilys „Sicherheitspaket“ verwiesen.

Die Marxsche These, den bürgerlichen Parlamentarismus nicht wieder ins Leben zu rufen, gilt für die Arbeiterklasse nach der Eroberung der politischen Macht. Im Kampf um die Macht nutzt sie die Möglichkeiten der verbliebenen Reste der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie aus. Heute sind es die kommunistischen Kräfte in der BRD, die am nachdrücklichsten das Grundgesetz verteidigen und gegen dessen weitere Aushöhlung kämpfen. Illusionen jedoch, allein auf diesem Wege die politische Macht erobern zu können, oder über die bürgerlich-parlamentarische Demokratie zum Sozialismus, mit „Gewaltenteilung“ und „Opposition“, zu gelangen, sind dem Emanzipationskampf der Arbeiterklasse und anderer lohnabhängiger Schichten nicht förderlich.

Anhand praktischer Erfahrungen der Pariser Commune entwickelte Marx seine Auffassungen über die neue Qualität der sozialistischen Demokratie gegenüber dem bürgerlichen Parlamentarismus. Im Gegensatz zum bürgerlichen Parlament war der Rat der Commune eine arbeitende, vollziehende und gesetzgebende Versammlung zugleich; damit wurde praktisch die Theorie von der „Gewaltenteilung“ und vom Dualismus Legislative – Exekutive aufgehoben.

Erstmalig wurde mit der Commune das allgemeine Wahlrecht seiner wirklichen Bestimmung zugeführt. Im bürgerlichen Parlament war der Abgeordnete, einmal gewählt, seinen Wählern gegenüber nicht rechenschaftspflichtig, an keinerlei Aufgabe von ihnen gebunden. Sie hatten keine Kontrolle über seine Tätigkeit, konnten ihn auch nicht wieder abberufen. Dies gilt für Deputierte bürgerlicher Parlamente bis auf den heutigen Tag. Der bürgerliche Abgeordnete bewegt sich in dem unlösbaren Widerspruch, daß er einerseits gewählt wird, um die Sonderinteressen einer bestimmten Gruppe von Eigentümern zu vertreten, während er im Parlament andererseits „allgemeines Staatsinteresse“ wahrnehmen soll. Bürgerlicher Parlamentarismus, als politischer Ausdruck der Konkurrenz einer auf kapitalistischem Privateigentum beruhenden Gesellschaft, läßt nichts anderes zu. An diesem Sachverhalt ändern auch Mitglieder revolutionärer Arbeiterparteien, soweit sie im Parlament vertreten sind, nichts.

In der Commune wählten erstmals in der Weltgeschichte die Bürger ihre eigenen Vertreter für Verwaltung und Gesetzgebung, repräsentierte sich der Bürger selbst

in seinem Abgeordneten, wie dieser seinen Mandanten repräsentierte. Der Abgeordnete war seinen Wählern gegenüber verantwortlich und jederzeit absetzbar, unterstand deren Kontrolle, war an „die bestimmte Instruktion“ seiner Wähler gebunden. (MEW 17/340, 544, 596)

Damit waren Grundzüge sozialistischer Demokratie in der Praxis der Commune durchgeführt worden. Marx nahm darauf theoretisch Bezug. Mit der neuen Wahlordnung und dem qualitativ neuen Verhältnis von Abgeordneten und Wählern war zugleich auch der Dualismus zwischen dem Volk als gesetzgebender Gewalt und der Volksvertretung als gesetzgebender Institution aufgehoben.

Bedeutenden Erkenntniszuwachs gewann Marx aus dem Studium der Tätigkeit der Commune hinsichtlich der Dialektik zwischen Absterben des Staates und voller Ausprägung des proletarischen Staates nach der Eroberung der politischen Macht. Es ist auffallend, daß er das Absterben des Staates in „Bürgerkrieg in Frankreich“ kaum erwähnte, dagegen die Frage nach der politischen Tätigkeit der Arbeiterklasse und des proletarischen Staates sehr eingehend untersuchte. Die Commune bezeichnete Marx als „die Rücknahme der Staatsgewalt durch die Gesellschaft“ (MEW 17/541) – eine Formulierung, die er schon 1843 in seiner Schrift „Zur Judenfrage“ gebrauchte. Aber die gleiche Formulierung hatte 1871 einen anderen Inhalt. Rücknahme der Staatsgewalt durch das Volk selbst bedeutete – wie in der Judenfrage – die Aufhebung des feindlichen Gegensatzes zwischen Staat und Gesellschaft, aber als langfristiger Prozeß. Das Proletariat muß die eroberte Staatsmacht gebrauchen für seine soziale Befreiung, für notwendige ökonomische und politische Umgestaltungen als das „progressive Werk der Zeit“. Wobei die Arbeiterklasse einkalkulieren muß, daß „dieses Erneuerungswerk immer wieder aufgehoben und behindert werden wird“ durch Altes und Reaktionäres, daß „nur im Verlauf eines langen Entwicklungsprozesses“ neue Bedingungen entstehen können. (Ebd., S. 546) Die Arbeiterklasse habe „lange Kämpfe, eine ganze Reihe geschichtlicher Prozesse durchzumachen ..., durch welche die Menschen wie die Umstände gänzlich umgewandelt werden“. (Ebd., S. 343) Marx gab keine zeitlichen Fristen an für die Dauer dieser „geschichtlichen Prozesse“. Solange Klassen existierten, seien Staat und Politik notwendig. Die Problematik des „Absterbens“ des Staates beschäftigte und beschäftigt die Theoretiker der revolutionären Arbeiterbewegung bis in die Gegenwart. Wir werden darauf zurückkommen.

Die Pariser Commune war die Keimzelle der späteren Sowjetmacht, der volksdemokratischen Ordnungen in Ost- und Mitteleuropa sowie in Asien und auf Kuba. Darin lag ihre welthistorische Bedeutung, trotz ihrer kurzen Dauer von nur 71 Tagen.

Ulrich Huar

LESEEMPFEHLUNG:

Karl Marx: *Erster Entwurf zum „Bürgerkrieg in Frankreich“*. Der Charakter der Kommune. In: MEW 17/538–549

Generalleutnant a. D. **Dr. Wolfgang Schwantz** und weitere Generale des MfS der DDR stellen ihr neues Buch

## Die Sicherheit Zur Abwehrarbeit des MfS in Schwerin vor.

Die Regionalgruppe des „RotFuchs“-Fördervereins e. V. lädt für **Sonnabend, den 22. Juni 2002, 10.00 Uhr** in den Saal des Schweriner Restaurants „Lindengarten“, Lübecker Straße 270, herzlich ein.

**Wie die sozialistische Verfassung der DDR zustande kam**

# Ein bisher einmaliger Vorgang

Der 9. April 1968 war in der Chronik der Deutschen Demokratischen Republik ein bedeutender Tag. Der Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht (SED) unterschrieb die in einem Volksentscheid beschlossene sozialistische deutsche Verfassung und setzte sie damit in Kraft. Das war ein bisher einmaliger Vorgang in der deutschen Geschichte.

Zuvor hatte der Vorsitzende der zentralen Abstimmungskommission, Dr. Heinrich Hohmann (NDPD), das genaue Ergebnis festgestellt: Von 12 208 986 Abstimmungsberechtigten entschieden sich 11 536 803 für „Ja“. 408 733 Bürger gaben Nein-Stimmen ab.

Das Gesetz zur Durchführung des Volksentscheids – es war am 26. März 1968 beschlossen worden – verlangte in Übereinstimmung mit Artikel 83 der Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949 ausdrücklich die Zustimmung der Mehrheit aller wahlberechtigten Bürger, also nicht nur die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Die Zustimmung von 94,49 % aller Abstimmungsberechtigten bestätigte diese Majorität auf eindrucksvolle Weise. Das Votum erfolgte in geheimer Entscheidung. Tatsächlich hatte das ganze Volk seine Verfassung selbst mit ausgearbeitet.

Hier einige Stationen: Auf dem VII. Parteitag der SED im April 1967 erklärte Walter

Ulbricht vor 2 200 Delegierten, die gültige Verfassung der DDR entspreche nicht mehr den Verhältnissen der unterdessen erreichten sozialistischen Ordnung und der historischen Entwicklung des Landes. Die erste Verfassung der DDR war in der Zeit der antifaschistisch-demokratischen Ordnung entstanden und inzwischen erfüllt worden. Auch das muß als ein bisher einmaliger Vorgang in der deutschen Geschichte betrachtet werden. Das Volk mußte sich eine neue Verfassung geben, weil es die Ziele der bis dahin gültigen bereits eingelöst hatte; bis auf einen Punkt allerdings – noch immer war Deutschland durch die Politik des westdeutschen Großkapitals und seiner Willensvollstrecker in den ihm dienenden politischen Parteien gespalten.

Am 1. Dezember 1967 beschloß die Volkskammer die Bildung einer von Walter Ulbricht geleiteten Kommission für die Ausarbeitung einer sozialistischen Verfassung der DDR. Sie bestand aus 40 Mitgliedern und 22 Sachverständigen. Vertreter aller Parteien und Massenorganisationen, Arbeiter, Leiter volkseigener Betriebe, Genossenschaftsbauern, Staatsrechtler, Kommunalpolitiker, Pädagogen und Künstler gehörten ihr an.

Am 31. Januar 1968 legte Walter Ulbricht namens der Kommission der Volkskammer den Entwurf der neuen Verfassung vor.

Nach gründlicher Aussprache im Plenum beschloß diese, den Entwurf dem Volk der DDR zur umfassenden Diskussion zu unterbreiten. Der Text wurde über Presse, Funk und Fernsehen publik gemacht. 7 Millionen Haushalte erhielten ihn kostenlos zugestellt. In mehr als 750 000 Veranstaltungen prüften 11 Millionen Bürger den Entwurf. 12 454 Vorschläge und Anregungen führten zu 118 Änderungen.

Am 26. März 1968 beschloß die Volkskammer, daß alle wahlberechtigten Bürger in einem Volksentscheid über ihre neue Verfassung befinden sollten. Der Präsident des Nationalrats der Nationalen Front, Prof. Dr. Dr. Erich Correns (parteilos), hatte zuvor die Bilanz der umfassenden Volksaussprache gezogen.

So kam die sozialistische Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik als Ausdruck wahrer Volkssouveränität und echter Demokratie zustande. Ihre Entstehung führt Geschichtsfälscher jeglicher Färbung ad absurdum, die sich dem Dauerthema angeblicher „Demokratiedefizite“ im sozialistischen deutschen Staat verschrieben haben. Der Sieg der Konterrevolution in der DDR hat den weiteren Ausbau der sozialistischen Demokratie und deren Stärkung verhindert, worin ja auch eines ihrer Hauptziele bestanden hat.

**Prof. Dr. Lothar Berthold**

**Wie CSU-Strauß im Ruhrpott Wahlkampf machte**

# Bürgerkriegsübung

So grün war noch kein Frühlingsanfang in Dorsten. Etwa zweitausend junge grüne Kampfanzüge marschierten ein, bezogen Stellung mit Hunden, Schutzschilden, Waffen und gepanzerten Fahrzeugen. Polizeiboote mit Kampfschwimmern okkupierten den Lippe-Seiten-Kanal. Berittene grüne Krieger wieherten mit ihren Pferden um die Wette. Polizeihubschrauber überwachten das kraftstrotzende Heerlager von oben. Bildungs- und Freizeitstätten für den Bürger (Volkshochschule, Hallenbad, Gaststätten u. a.) im „gefährdeten“ Aufmarschgebiet wurden vorzeitig geschlossen. Der Feldherr (und Bundeskanzlerkandidat der CDU/CSU) Franz Josef Strauß wurde in die Festung eingeflogen. Seine Hurra-Schreier durften sich mit Passierscheinen (per Post verschickten Einladungen) einzeln durch den Kordon seiner zivilen Hilfstruppe (Krippo?) quetschen.

Aus der Innenstadt näherten sich Hunderte Demokraten dieser „Wahlkampfveranstaltung“. Mit Transparenten „bewaffnet“, wollten sie ihre politische Willenserklärung gegen FJS abgeben.

Die Bürgerkriegsübung klappte perfekt. Minutiös und schlagartig wurden beide Brücken (Lippe und Kanal) der Hauptdurchfahrtsstraße durch gepanzerte Fahr-

zeuge, Spanische Reiter und Stahlgitter abgesperrt. Die durchtrainierten Männer der Sondereinsatzkommandos funktionierten perfekt und hervorragend.

Unbeteiligte Spaziergänger und Arbeiter nach verfahrenere Schicht, die am gegenüberliegenden Ufer wohnten, konnten einen Umweg von 15 km antreten oder hielten frierend mit ihren Kindern und den bereits abgewiesenen Demonstranten stundenlang bis zum Abbruch des teuren Spektakels aus. Die Kameras der verfassungsschutzschützenden „Kriegsberichterstatler“ surrten derweil unentwegt, bis sie auch die letzte rote Nase auf ihre Filme gebannt hatten. Die stählerne Demarkationslinie zum eingezäunten CSU-Freizeitpark öffnete sich einen Spaltbreit. Taschenkontrolle, Abtasten des Wahlvolks, Beschlagnahme von Transparenten. Ein Leintuch mit der „provokierenden“ Aufschrift „Werkkreis Literatur der Arbeitswelt – Werkstatt Recklinghausen“ wurde von einem Herkules, der sich wie ein Bulle benahm, erbeutet. Der befehlende Offizier (er weigerte sich, seinen Namen preiszugeben) warf sich in die Brust: „Das Dreckszeug wird alles auf den Müll gekippt!“

Der protestierende Arbeiterschriftsteller sagte laut zu den Umstehenden: „Strauß betitelt Literaten als Ratten und Schmeißfliegen. Typen wie dieser Polizeioffizier, die sich jetzt schon als ‚Ratten‘-Fänger erweisen, verbrennen unter einem Kanzler

Strauß auch Bücher. Die Kollegen der Gewerkschaft der Polizei haben noch eine gewaltige Aufklärungsarbeit zu leisten.“

Die Befehlsempfänger der bürgerlichen Presse schrieben: „Die Veranstaltung verlief harmonisch.“

Volkskorrespondenten wollen keine Kriegsberichterstatler werden und schreiben: STOPPT STRAUSS!

**Hans-Dieter Hesse, Recklinghausen,** verfaßte diese Reportage im Frühjahr 1980 für die UZ.



**Am 21. Mai demonstrieren wir gegen den Terrorismus. Alle heraus gegen Bush!**

**STOIBER SCHLAGEN!**  
heißt im September die Devise.  
Und dabei wissen:  
**Schröder ist keine Alternative.**

## *Euro-Einkommen: Auf gleicher Augenhöhe mit Mark der DDR?*

# Wenn Jürgen Kuczynski noch lebte . . .

Mit der Euro-Währung ist der Preismaßstab des Geldes in den EU-Ländern vereinheitlicht worden. Hätten wir es noch mit der Goldwährung zu tun, könnten wir jetzt sagen, ein geschichtlicher Makel des Geldes – von gleichem Wert, aber verschiedenen (nationalen) Preismaßstab zu sein – sei überwunden. Doch die Preise sind nicht vereinheitlicht worden. Dieselben Waren kosten in den verschiedenen EU-Ländern immer noch eine unterschiedliche Geldmenge. Ein europäisch-international gültiger Wert hat sich noch nicht herausgebildet – der Euro kommt „zu früh“. Die Angleichung der Preise, d. h. die Herausbildung eines gleichen Preisniveaus für die unterschiedlichen nationalen Wertniveaus der Waren, wird zähflüssig erfolgen, wenn überhaupt. Dazu wäre ja eine intensive Wanderungsbewegung der Waren erforderlich. Nicht mal im Rahmen eines Landes ist ein gleicher oder annähernd gleicher Preis für dieselbe Ware garantiert. In gewissen Grenzen werden auch die Inflationsraten trotz einheitlicher Währung noch unterschiedlich ausfallen können, wie sich bereits zeigt.

Andererseits entfällt für die Austragung der nationalen Kapital-Konkurrenz der Wechselkursmechanismus, also die Bestimmung eines besonderen Außenwertes des Geldes im Gegensatz zu seiner Binnenkaufkraft. Einen Außenwert des Euro gibt es nur noch gegenüber Dollar, Pfund, Yen, Rubel usw., aber der Binnenwert des Euro ist darum noch lange nicht derselbe. Auch die Wechselkurspolitik hallt noch europaweit für eine Weile nach. Es müssen sich die jeweiligen EU-Länder etwas anderes einfallen lassen, um Warenexporte oder Geldimporte untereinander herauszulocken; das sind also Preispolitik, Lohnpolitik, Steuerpolitik oder andere Strukturen und Konjunktur beeinflussende Maßnahmen, über die Waren und Kapital bevorzugt zur internationalen Wanderung angeregt werden sollen. Die beiden Hauptmächte Deutschland und Frankreich machen Druck, solchen „unlauteren Wettbewerb“ zu verhindern. Erst dadurch kommt ja deren höhere Produktivkraft voll zur Geltung. In der Tendenz soll jede Form von Politik für den Kapitalverkehr angeglichen werden, so daß den schwächeren EU-Ländern ein einziger Weg für die Kapitalkonkur-

renz übrigbleibt: die nationale Lohnpolitik. Sind Löhne niedrig und versprechen sie, sich auf diesem Niveau zu halten, dann ist das für den eigenen Warenexport und zugleich den Kapitalimport förderlich. So hat das Geld (sprich Kapital) in großen Teilen Europas nur noch eine Form an-

## Da muß noch roter Pfeffer ran

Agitprop- und Singegruppen aus

**Bremen  
Dresden  
Frankfurt/M  
München**

singen zu Ehren von **Ernst Busch**  
am 8. Juni 2002 um 19.30 Uhr  
im Konferenzsaal des ehemaligen  
ND-Gebäudes in

**10243 Berlin  
Franz-Mehring-Platz 1**

genommen, die ökonomische Zweiteilung des Kontinents aber ist geblieben und dürfte sich weiter verstärken. Die nationalen Löhne werden für den Wegfall der Wechselkurspolitik büßen. Wahrscheinlich haben sie in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts ihren geschichtlichen Höhepunkt erreicht. Es wird keine höheren Durchschnittslöhne (reale Kaufkraft) in Europa mehr geben. Das allgemeine Lohnniveau hat seine kapitalistische Endform und -phase erreicht. Ein Wort zur DDR: Die jetzigen Einkommen in Euro in den ostdeutschen BRD-Ländern entsprechen in großer Zahl nominell wieder dem DDR-Lohnniveau in Mark (das Durchschnittseinkommen in der DDR wurde 1988 auf 1 233 M veranschlagt). Nun kann explizit am Preisniveau – Ware für Ware, Leistung für Leistung – verglichen werden, wie unterschiedlich das Lebensniveau unter BRD-Bedingungen zu dem der DDR geworden ist. Solange beide Faktoren, Löhne und Preise, die Nominalität wechselten, ist das dem Laien viel schlechter möglich gewesen. Schade, daß Jürgen Kuczynski nicht mehr lebt. Er hätte uns vorgezeichnet, um wieviel Prozent Netto-Löhne in Euro höher sein müßten als Netto-Löhne in Mark der DDR, um das heute höhere Preisniveau zu kompensieren. So mancher würde staunen, wie gering der Bevölkerungsteil ist, der einen wirklichen Gewinn geltend machen kann. **Hermann Jacobs**

## *Wüstenfüchse diesmal zu Wasser*

# Afrikakorps

Hurra – wir haben die Wache am Horn von Afrika übernommen! Endlich ein ganz großer Auftrag in Sachen Friedenssicherung. Die Menschenrechtler können aufatmen. Mit weißer Weste schützen wir den Schwarzen Kontinent vor sich selbst. Was einst die „Helden“ von Deutsch-Südwest, des Kaisers General von Lettow-Vorbeck und Hitlers Wüstenfuchs Erwin Rommel nicht zu vollenden vermochten – Scharpings wackere Blaujacken werden's richten.

Vertrauen kann Berge versetzen! Die Amerikaner haben der deutschen Kriegsmarine eines sozialdemokratischen Kanzlers und eines sozialdemokratischen Verteidigungsministers den ruhmreichen Oberbefehl an Afrikas heißester Ecke übertragen. Wenn das kein Kredit für einen Lorbeerkrantz ist! Oder ist es der Schwarze Peter? Auf alle Fälle sind wir dem neuen Afrikakorps einen Schritt näher gekommen. El Alamein läßt grüßen. **C. A.**

## *Folterstaat Türkei wacht über Menschenrechte*

# Kommandowechsel in Kabul

„Routinemäßig“ hat in Kabul das Militär des für permanente Menschenrechtsverletzungen, politische Morde am laufenden Band, grausame Folterungen inhaftierter Antimperialisten und brutale Kurdenunterdrückung bekannten türkischen NATO-Regimes den Oberbefehl über jene „internationale Schutztruppe“ übernommen, die für die „Herstellung einer stabilen Demokratie“ in Afghanistan sorgen soll. Zuvor waren die NATO-Briten bei diesem „Befriedigungsjob“ von der Tete zurückgetreten. Scharpings Recken aus dem deutschen NATO-Stall aber hatten sich im minenreichsten Land der Welt nicht erpicht gezeigt, den wenig Ruhm verheißenden Komman-

doposten zu übernehmen, geht es doch lediglich um das Absichern der auf dem Bonner Petersberg zusammengelesenen Karsai-„Regierung“. Offizielle Aufgabe der für die USA als Stellvertreter fungierenden Drittländer-Kontingente ist – wie könnte es anders sein – natürlich die „Förderung des Friedensprozesses“ in dem durch Bushs „Antiterrorkrieg“ zusammengebombten Revier. Vor allem aber geht es – wie überall, wo der Imperialismus seinen Stiefel hinsetzt – um die „Sicherung der Menschenrechte“. Die Kameraden der Folterknechte aus Ankaras Freiheitsparadies sind da die geradezu ideale Wahl. **R. F.**



## Der Weg eines Arbeiters in der DDR (2)

# Aus meiner Sicht

Meine Entlassung aus der Armee Ende November 1962 verlief nicht wie bei „Millionen“. Während die anderen Entlassungskandidaten auf dem Exerzierplatz zum letzten Mal antraten, befand ich mich in Zivil auf Dienstreise nach Halle zur Division, um mein Parteibuch abzuholen. Als ich zurückkam, waren die Genossen schon weg. Ganz allein schritt ich mit meinem Koffer durchs Kasernentor. Eine nicht ganz unwichtige Episode meines Lebens - ich war die letzten anderthalb Jahre Unteroffizier gewesen - ging zu Ende.

Zurück im Betrieb. Dort hatte sich in der Zeit meiner Abwesenheit kaum etwas verändert: Dieselben alten Maschinen und ... keine Leute, keine Leute in der Produktion. Ein Grund für den permanenten Mangel an Arbeitskräften in der Chemiebude war das technologisch bedingte Arbeitszeitregime: Früh-, Mittel- und Nachtschicht. Da ich noch unbewehrt und kinderlos war, durfte ich an vielen Wochenenden und Feiertagen arbeiten. Das aber war für mich fast immer selbstverständlich.

Mitte/Ende der 60er Jahre zeichnete sich eine vielversprechende Perspektive für unser Produkt ab. Die Nachfrage nach Zellwolle in Europa und Übersee stieg. Der Betrieb wurde nach und nach mit neuer Technik ausgerüstet. In der Forschungsabteilung bastelten wir an der Entwicklung sogenannter hochnaßfester Zellwolle, d. h. an der Erhöhung der Reißfestigkeit. Internationaler Durchschnitt waren damals 23 Reiß-Kilometer - ein 23 km langer aufgehängter Faden reißt durch sein eigenes Gewicht. Die Japaner hatten es damals schon auf 29 km gebracht. Einmal gelang uns ein Wert von 33 Reiß-Kilometern. Die Meß- und Kontrollinstrumente unserer Abteilung waren aber so unzuverlässig, daß wir nicht genau herausfinden konnten, wann das gelegen hatte. Deshalb wurde dem Betrieb eine ganz moderne Pilotanlage in Aussicht gestellt.

Zwei Jahre zuvor hatte ich in „weiser“ Voraussicht auf kommende Entwicklungen die Mittlere Reife in den naturwissenschaftlichen Fächern an der Volkshochschule erworben. Gleich anschließend wurde ich von meinem Betrieb zu einem Meisterfernstudium delegiert. Nach dessen erfolgreichem Abschluß war die Forschung in Folge Kombinatbildung in den Stammbetrieb Schwarza verlegt worden. Die Abteilung gab es nicht mehr. Das bestimmte meine Perspektive: wie bisher im Schichtrhythmus in der Produktion zu arbeiten. Jetzt aber als „Chef“ von zwei Dutzend Kolleginnen und Kollegen.

Das wäre möglicherweise bis zur Abwicklung des Betriebes nach den „revolutionären“ Ereignissen 1989/90 so weitergegangen, wenn sich nicht ein glücklicher Umstand für mich ergeben hätte: Die Redakteurin der Betriebszeitung wurde zu einem neunmonatigen Weiterbildungsstudium geschickt. Man fragte mich, ob ich sie vertreten wollte. Da mich die Sache reizte - ehrlich gesagt, auch wegen der Arbeitszeit - willigte ich ein.

Die Tätigkeit lag mir. Sie entsprach meiner Neugier auf Wissen über gesellschaftliche Zusammenhänge, meiner Neigung, das Leben in meinem Land aktiv mitzugestalten und darauf Einfluß zu nehmen.

In meiner Jugendzeit hatte ich schon einmal versucht, mich auf ähnliche Weise einzubringen. Die Laienschauspielerei verleitete mich, Schauspieler werden zu wollen. Von den 600 Bewerbern in jenem Jahr konnte ich zur Eignungsprüfung 540 verdrängen. Bei der anschließenden Aufnahmeprüfung an der Theaterhochschule Leipzig belegte ich einen Platz zwischen 31 und 60. Es wurden aber nur 30 künftige Mimen benötigt. Vielleicht war das auch ganz gut so für mich. Denn trotz meines nibelungen-trächtigen Vornamens hätte ich mit meiner Größe von 1,60 m als die Gattin erdrosselnder Othello oder als Drachentöter sicher nicht überzeugen können.

Andere von der Richtigkeit und Notwendigkeit des in der DDR eingeschlagenen Weges zu überzeugen, versuchte ich nun mit Engagement als Betriebszeitungsredakteur. Der Erfolg solchen Strebens ist schwer, wenn überhaupt zu messen. Aber die Erkundigungen nach dem nächsten Erscheinungstermin und die eingehenden Berichte über kulturelle und sportliche Aktivitäten im Betrieb oder Leistungen der Kollektive zeugten von Akzeptanz und vom Mitteilungsbedürfnis der Belegschaft. So dürfte unser kleines Blatt seiner Bestimmung als „kollektiver Agitator“ gerecht geworden sein.

Als viel wichtiger aber erwies sich eine Kampagne zur Überwindung von enormen Schwierigkeiten in der Produktion, die der horrenden Verteuerung von Rohstoffen auf dem Weltmarkt geschuldet waren. Deshalb mußte auf einheimische Zellstoffe und Material aus Ländern, die auch mit industriellen Erzeugnissen, nicht mit knapper Valuta, bezahlt werden konnten, zurückgegriffen werden. Das aber verschlechterte den Produktionsdurchlauf und die Qualität der Faser. Was in dieser Zeit von den Produktionsarbeitern an Anstrengungen unternommen wurde, hat auch durch deren anschauliche Vermittlung in der Betriebszeitung zu Sondereinsätzen anderer Abteilungen und Bereiche geführt. Durch diese „sozialistische Hilfe“ konnte der Betriebsablauf in relativ kurzer Zeit stabilisiert werden. Unsere Zeitung wurde auf diese Weise zum „kollektiven Organisator“.

Nach dem Ende meiner dreivierteljährigen Aushilfe als Betriebszeitungsredakteur wechselte ich in die Lokalredaktion Plauen der „Freien Presse“ - damals Organ der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt - über. Ich stand damit vor einer völlig neuen Herausforderung. War mein Tätigkeitsfeld im Betrieb auf einige hundert Menschen beschränkt, erweiterte es sich jetzt auf eine Fülle von kommunalpolitischen Lebens- und Erlebnisbereichen sowie auf eine vieltausendköpfige Leserschaft. Diese Episode war die interessanteste und reizvollste in meinem Leben. In einem Kollektiv mit vier Redakteuren gab es keine „Spezialisten“, jeder mußte alles beackern: Industrie, Landwirtschaft, Kultur, Jugend und Sport, Handel und Versorgung, Bildung und Erziehung, Gesundheitswesen, Vereinsleben. Ich wurde ein „Wald- und Wiesen“-Redakteur.

**An unsere Leser** Diese Ausgabe umfaßt erstmalig 28 Seiten. Das ist vorläufig eine Ausnahme. Die Vielzahl eingegangener Beiträge und Zuschriften, aber auch die Fülle aktueller Ereignisse, die dringend der Kommentierung bedurften, haben uns dazu veranlaßt, über unsere derzeitigen Möglichkeiten hinauszugehen und den Leserinnen und Lesern einen „RotFuchs“ der Zukunft vorzustellen. Wir wünschen Spaß und Interesse bei der Lektüre.

**Siegfried Joch**

**Die Redaktion**

Damals war ich schon zwei Jahre verheiratet und in Erwartung eines Nachzüglers. Es wurde ein Mädchen. Zu dritt bewohnten wir dann eine zuvor von unserem Betrieb vollständig renovierte Wohnung mit anderthalb Zimmern, Küche, Bad, Balkon. Ofenheizung. Es war sehr beengt. Nach viereinhalb Jahren konnten wir umziehen. Jetzt besaßen wir vier Räume. Fernheizung. 70 m<sup>2</sup>. Plattenbau. Das kostete uns im Monat rund 80 Mark. Wasser inbegriffen. Und ein Jahr danach brachten wir unsere Tochter im Kindergarten unter. Für 28 Mark monatlich, inklusive Mittagessen und Vesper.

In meinem 37jährigen Arbeitsleben in der DDR habe ich solo oder mit Familie 18 Urlaubsreisen unternommen. Sieben davon führten mich nach Thüringen, Sachsen und in das Vogtland, fünf an die Ostsee. Je zweimal war ich in der CSSR - Hohe Tatra und Prag - und an der Adria in Bulgarien. Auch die Sowjetunion habe ich mit Schiff und Flugzeug besucht. Von diesen Urlaubsreisen erhielt ich acht über die Gewerkschaft, sechs von Betrieben, zwei buchte ich beim Reisebüro. Ich kannte und kenne Leute aus meinem Umfeld, die viel öfter im sozialistischen Ausland unterwegs waren. Sie hatten ganz sicher das nötige Kleingeld dafür. Bei besonders attraktiven Zielen mußten sie wie andere auch Zeit und Geduld aufbringen. Aus Mangel an Devisen waren solche Reisen streng kontingentiert. Es gab manchen Ärger.

Andere Leute hatten andere Sorgen. Das zu Beginn der 70er Jahre in Angriff genommene umfangreiche Wohnungsbauprogramm hat spürbare Lücken in der Versorgung mit Möbeln aufkommen lassen. Schließlich wollte sich jeder, der eine Neubauwohnung bekommen hatte, auch neu einrichten. Das hat die Möbelindustrie überfordert. Ich selbst mußte ein Vierteljahr auf die mir zusagende Schrankwand warten. Aber schließlich ist doch „jeder“ nach „erträglicher“ Wartezeit zu seiner Wohnungsausstattung gekommen.

Mit Beginn der 70er Jahre hat Plauen einen sichtbaren Aufschwung erfahren. Es entstanden zwei Wohngebiete im innerstädtischen Bereich und eines an der Peripherie - zusammen für rund 20 000 Menschen. Dazu kamen alle infrastrukturellen Einrichtungen: Polytechnische Oberschulen, Kindergärten und Krippen, Einkaufszentren, altersgerechte Wohnblöcke, Polikliniken, Gaststätten, Pflegeheime. An anderer Stelle wurden Altbauwohnungen modernisiert, medizinische- und Handelseinrichtungen neu gestaltet und ausgestattet.

Es hat mir Freude bereitet, das Bauge-schehen durch meine Tätigkeit als Lokalredakteur unmittelbar mitverfolgen und dokumentieren zu können, Menschen zu begegnen, die besonders an der Gestaltung der Stadt und des Lebens in ihr Anteil hatten, ihre Motive zu ergründen und mitzuteilen, um andere zu gleicher Lebenshaltung und -einstellung zu animieren.

## Wie die Agrarfrage im Osten Deutschlands gelöst wurde

# Die demokratische Bodenreform

Die Deutsche Demokratische Republik ist von der Weltkarte getilgt worden, aber der Kalte Krieg gegen sie geht unvermindert weiter. Daher darf die Aufarbeitung der DDR-Geschichte nicht nur den alten und neuen „Spezialisten“ aus dem bürgerlichen Lager überlassen werden, geht es doch hier nicht nur um diesen Staat, sondern um die Auseinandersetzung mit der Idee des Sozialismus überhaupt. Die Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) gehört zu den bedeutenden Errungenschaften im Osten Deutschlands. Sie trug entscheidend zur Stärkung des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft bei.

Betrachtet man die Geschichte, so wird deutlich, daß sich Großgrundbesitz auf deutschem Gebiet seit dem frühen Mittelalter im Zusammenhang mit den feudalen Herrschaftsstrukturen herausgebildet hat. War die Landwirtschaft vor der Industrialisierung weitgehend feudalistisch, dann entwickelte sie nach der Abschaffung der Leibeigenschaft im Zeichen des entstehenden Kapitalismus andere Formen der Ausbeutung: An die Stelle der Leibeigenen traten nun Pächter und Landarbeiter auf dem Boden der Junker. Infolge des Ersten Weltkrieges verschärfte sich die Lage der Landbevölkerung weiter, und die Krise des junkerlich-bürgerlichen Imperialismus war unübersehbar. Deutschland befand sich am Vorabend einer Revolution, in deren Verlauf die in den östlichen Gebieten entstandenen modernen Großbetriebe ohne ökonomische Probleme in sozialistische Genossenschaften hätten umgewandelt werden können. Die Großgrundbesitzer waren zu Agrarkapitalisten und damit zu einem untrennbaren Bestandteil der imperialistischen Großbourgeoisie geworden. Sie hatten Betriebe der agrarverarbeitenden Industrie erworben und waren dadurch selbst mit dem Industriekapital verbunden. Um ihre ökonomische Macht weiter auszudehnen, beteiligten sie sich an Banken – so waren sie auch noch mit dem Finanzkapital verschmolzen.

Die folgende Aufstellung zeigt an wenigen Beispielen den Umfang des Landbesitzes einiger adliger Großagrarien bis 1945: Malte von Putbus: 18 850 ha; von Schwerin: 16 682 ha; von Arnim: 15 800 ha; von Maltzan 11 849 ha; Fürst von Schönburg-Waldenburg: 10 588 ha; von Heiden-Linden: 10 321 ha; von Brühl zu Pforten: rund 21 940 ha; Fürst zu Stollberg-Wernigerode: rund 22 000 ha.

Um die Ungleichheit auf dem Lande zu verdeutlichen, folgt als Vergleich eine knappe Gegenüberstellung der Besitzverhältnisse von Junkern und Kleinbauern: Im Land Brandenburg verfügten 498 Großgrundbesitzer über 804 576 ha Land, während 64 227 Kleinbauern nur 104 447 ha hatten; in der Provinz Sachsen besaßen 386 Adlige 288 426 ha Land und 101 395 kleinbäuerliche Betriebe nur 125 362 ha; in Mecklenburg hatten 334 Großgrundbesitzer 377 300 ha Land, 20 545 Zwergbauern aber zusammen nur 25 574 ha; in Anhalt besaßen 36 adlige Großgrundbesitzer 34 645 ha, aber 10 865 Kleinbauern nur 12 901 ha; in Thüringen schließlich hatten 149 Junker

45 055 ha Land, 46 634 Kleinbetriebe dagegen zusammen nur 63 204 ha. In ganz Deutschland waren 3 610 614 ha Land im Besitz von 3 164 Adligen. Diese Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Eine ganz kleine Minderheit der Bevölkerung kontrollierte über Jahrhunderte hinweg den größten Teil der Äcker und Wälder. Auf dem Gebiet der späteren DDR verfügten 1939 rund 1,4 % aller landwirtschaftlichen Betriebe über 41,9 % der Gesamtbodenfläche.

Damit die Großgrundbesitzer und Junker ihre Interessen sowohl politisch als auch ökonomisch besser durchsetzen konnten, hatten sie ihren Einfluß auf den Staatsapparat und die Verwaltung ausgedehnt. Sie bekleideten hohe Posten in der Justiz sowie bei Polizei und Reichswehr. Nach einer Statistik vom 1. 5. 1932 waren in der Reichswehr 52 % der Generäle und 29 % der Obersten Adlige. Das reaktionäre Wesen dieser Gesellschaftsgruppe ist auch daran zu erkennen, daß sie im November 1918 und danach an der Zerschlagung der revolutionären Kräfte beteiligt war. Bei der Belebung von Faschismus und Militarismus in der Weimarer Republik spielten die Junker gemeinsam mit Bankiers und Industriellen eine entscheidende Rolle als Steigbügelhalter Hitlers.

Der Klassencharakter des Faschismus zeigt sich deutlich im Agrarprogramm der NSDAP. In der Anfangsphase des „Dritten Reiches“ bestanden seine Hauptziele darin, die Macht des Finanzkapitals über die gesamte Landwirtschaft sowie deren kapitalistischen Sektor zu stärken, Klein- und Zwergbauern sowie einen Teil der Mittelbauern zu verdrängen und einer möglichst breiten, politisch zuverlässigen Schicht privilegierter Großbauern den Weg zu bereiten. Deren Erbhöfe stellten die soziale Stütze der faschistischen Diktatur auf dem flachen Lande dar. Die abhängige Dorfbevölkerung litt unter einem äußerst niedrigen Lohnniveau. Ein Landarbeiter erhielt in den letzten Jahren des Faschismus einen Stundenlohn von 43 Pfennig, wovon ihm nur 5 bis 10 Pfennig bar ausgezahlt wurden. Junge Mädchen mußten für ein geringes Entgelt ein „Pflichtjahr“ auf Gütern und Großbauernhöfen absolvieren; „freiwillige“ Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene schufteten in diesen Betrieben.

Nach der Niederlage des deutschen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg waren sich alle Demokraten einig, den Faschismus mit den Wurzeln auszurotten. Die Durchführung einer demokratischen Bodenreform erwies sich sowohl aus politischen als auch aus ökonomischen Gründen als zwingend erforderlich, wollte man den Bauern eine sichere Existenz auf eigenem Boden ermöglichen. Das war nur durch Enteignung und Entmachtung der bisher herrschenden Klasse möglich, die zu den tragenden Säulen von Militarismus und Faschismus gehört hatte.

Als die Außenminister der vier Siegermächte der Antihitlerkoalition am 12. 4. 1947 den Plan einer Bodenreform für ganz Deutschland billigten, war diese Maßnahme in der SBZ bereits weitgehend abgeschlossen. Während nach einem zögerlichen Beginn die Bodenreform in den Westzonen

bald wieder eingestellt wurde, hatte sie im Osten gleich nach der Befreiung begonnen. Die erste Etappe, auf die ab 1952 die im Frühjahr 1960 abgeschlossene sozialistische Umgestaltung in der Landwirtschaft folgte, war 1949 beendet worden.

In seinem Aufruf vom 8. September 1945 begründete das ZK der KPD die Bodenreform als politische Notwendigkeit zur Beseitigung der Wurzeln des Militarismus. Die erste große revolutionäre Maßnahme, um die ökonomische Macht des Imperialismus in Ostdeutschland zu brechen, war ihre Durchführung. Die Aufteilung des Bodens an landlose und landarme Bauern erwies sich als Notwendigkeit, um die Ernährung der gesamten Bevölkerung zu sichern. Sie diente zugleich der Schaffung des Klassenbündnisses Werktätiger aus Stadt und Land und sollte dadurch die Bedingungen zur Zerschlagung der Reaktionen verbessern. Die KPD sprach sich für die entschädigungslose Enteignung des Bodens aller Kriegsverbrecher, Nazi-Aktivisten und Großgrundbesitzer mit mehr als 100 ha Land aus.

Am 15. 9. 1945 bekannte sich der Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien ausdrücklich zur Bodenreform. In seiner Erklärung hieß es: „Die Entmachtung des feudalen Großgrundbesitzes ist eine wesentliche Voraussetzung für die friedliche demokratische Entwicklung in Deutschland ... Diese Reform ist um so dringender, als infolge der verbrecherischen Kriegspolitik und Kriegführung Hitlers Hunderttausende deutsche Bauern Hof und Boden, Vieh und Fahrnis verloren haben ... Die Bodenreform soll eine gerechte Bodenverteilung und eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion herbeiführen. Sie bedeutet gleichzeitig einen entscheidenden Schritt zur friedlich-demokratischen Erneuerung unseres sozialen Lebens.“ In den Bodenreformkommissionen arbeiteten 11 873 Mitglieder der KPD, 7 587 Mitglieder der SPD, 800 Mitglieder von CDU und LDP sowie 30 972 Parteilose mit. Durchschnittlich 5 bis höchstens 10 Hektar gingen in den privaten Besitz der Neubauern ein. Bei Abschluß der Bodenreform waren insgesamt 3 298 082 ha in den zentralen Bodenfonds geflossen, aus dem die Landverteilung erfolgte; davon wurde ein knappes Drittel staatlicher Besitz. Bereits am 10. November 1945 waren 1 338 100 ha an 269 698 Personen verteilt und 199 100 Besitzkunden an Landarbeiter, Kleinbauern und Umsiedler ausgegeben worden. Die Enteignung hatte 7 735 Betriebe betroffen.

Die Bodenreform entsprach den Forderungen der bürgerlich-demokratischen Revolution. Sie besaß eine breite Massenbasis, konnte aber nur in härtestem Klassenkampf durchgesetzt werden, wobei den Umgestalter die Tatsache zugute kam, daß sich die Feudalherren und ihr Anhang überwiegend vor der Roten Armee in den Westen geflüchtet hatten. Deren Anwesenheit in der SBZ war von entscheidender Bedeutung.

**Dr. Matin Baraki**

*Unser Autor ist Lehrbeauftragter für internationale Politik an den Universitäten Marburg, Münster und Kassel.*

**Verein gegen die Abwicklung der Bodenreform in Sachsen-Anhalt:**

# Widerstand tut not!

1945 erhielten meine Eltern eine Neubauerstelle zugeteilt. In den ersten Jahren habe ich selbst in der Landwirtschaft mitgeholfen, bevor ich Industriearbeiter wurde. Heute bin ich Vorsitzender des Vereins gegen die Abwicklung der Bodenreform in Sachsen-Anhalt.

Ein paar Worte zu meiner Entwicklung. Seit 1960 war ich Mitglied der SED. Im selben Jahr begann ich mit der Ausbildung an der Baumaschinenschule in Strausberg bei Berlin. Ab 1962 habe ich auf verschiedenen Großbaustellen gearbeitet. Wir haben Wohnungen gebaut. Zunächst im Rahmen des AWG-Programms, dann für Chemiewerke in Halle-Neustadt. Auch Industriebauten wurden von uns errichtet. 1970 ging ich als Werkzeugschlosser in die IFA-Karosseriewerke. 20 Jahre später kam das Aus. Man schickte mich zwangsweise in den Vorruhestand - ich war also arbeitslos. Als 1992 die Abwicklung der Bodenreform einsetzte, bei der allein bei uns in Sachsen-Anhalt über 17 000 Erben von Bodenreform-

siedlungen enteignet wurden, wußten wir zuerst nicht, was wir tun sollten. Doch ab 1994 regte sich der Widerstand. Wir begannen uns zu organisieren, um die Kraft der Schwachen zu sammeln und zu bündeln. 1996 gründeten wir den Verein.

Worum dreht sich unser Kampf? Nachdem die Erben von Bodenreformgrundstücken bis 1992 ohne Unterschied über das Land hatten verfügen können - sie durften es also verkaufen, verpachten, verpfänden oder verschenken - brachte man 1993 im Bundestag das Ergänzungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB) ein, dessen faktischer Enteignungsparagraph 233 in den Absätzen 11 bis 16 besagt, daß nur selbst in der Land-, Nahrungsgüter- oder Forstwirtschaft tätige Erben zuteilungsbe-rechtigt sind. Vermutlich geht es darum, möglichst viele Anspruchsberechtigte auszuschalten, um die Grundstücke den aus dem Westen anrückenden Alteigentümern zu günstigen Konditionen in die Hände zu spielen. Tausende Erben, die in der er-

sten Zeit ihr Land verkauften, müssen jetzt - was sie häufig finanziell gar nicht können - das Geld an den Staat zurückzahlen. Wir betrachten solche Forderungen als Raub und antworten darauf mit unserem geharnischten Protest. Übrigens gibt es solche Vereine wie unseren inzwischen auch in anderen Bundesländern.

Noch ein Wort zum „RotFuchs“. Ich bin jetzt dem Förderverein beigetreten. Eure Tribüne schätze ich sehr. Sie ist z. Z. die einzige mir bekannte Zeitung, welche so konsequent gegen die Verdrehungen der Wahrheit und die gefährlichen Lügen der kapitalistischen Politiker auftritt. Die Beiträge im RF sind deshalb wertvoll, weil sie den wirklich ehrlich und progressiv denkenden Menschen wieder Mut machen. Mut, den wir und viele, viele andere in der heutigen Zeit der scharfen Ausbeutung dringend brauchen.

Werner Döring, Aschersleben

**Auch im Norden wehren sich die Betroffenen**

## Die Erben der Neubauern

Am 14. April 2002 trafen sich in der Nähe eines historischen Dorfes in Mecklenburg-Vorpommern die Mitglieder des Vereins zum Schutz und zur Verteidigung der Bodenreform. Historisch deshalb, weil unter der Arbeiter-und-Bauern-Macht das heruntergekommene Katendorf der Gutsbesitzer in eine hocheffektive landwirtschaftliche Großproduktionsstätte mit modernen Häusern, Kultur- und Sportstätten verwandelt worden war.

64 Mitglieder aus den nördlichen Kreisen Mecklenburgs sowie Gäste aus Sachsen-Anhalt und Thüringen nahmen an dieser Veranstaltung teil. Sie verlangten von der Bundesregierung, daß das Eigentum der Erben von Bodenreformland nicht länger angetastet wird. Weg mit dem Paragraphen 232, 11-16 des EGBGB! hieß das Motto. Protest erhob sich im Saal, als bekannt wurde, daß vom Bund und von den Ländern durch die „Enteignungsbevollmächtigten“ der Treuhand-Liegenschaftsgesellschaft in Brandenburg 14 000, in Sachsen-Anhalt 17 000 und in Mecklenburg-Vorpommern 40 000 rechtmäßige Erben von Bodenreformland auf kaltem Wege ausgeschaltet worden sind. Das geschah in M/V zum Teil

auch unter den Augen der SPD/PDS-geführten Landesregierung. Solche Methoden wurden von Rednern der Veranstaltung als moderne Piraterie bezeichnet. Versuche, sich auf dem Beschwerdeweg dagegen zur Wehr zu setzen, blieben bisher erfolglos.

Gerhard Griese, Rostock



**Schloßplatzkommission empfahl Abriß des Palastes der Republik**

## „Berliner Unwille“ ausgerufen

Am 17. April 2002 empfahl eine mehrheitlich aus handverlesenen Schloßbefürwortern bestehende „Expertenkommission“ zur Neugestaltung der „historischen Mitte Berlins“, den Schloßplatz (bis zur Konterrevolution Marx-Engels-Platz) mit einer Kopie des nach dem Krieg abgetragenen preußischen Prunkstalls zu bestücken und den Palast der Republik bei Inangriffnahme des Neubaus zu „entsorgen“. Unterdessen ist allerdings von einer „Zwischennutzung“ die Rede. „Die Politik“ in Gestalt des Wowerit-Gysi-Senats muß das Bubenstück noch abnicken.

Anläßlich dieser empörenden Verbeugung vor dem „Geschmack“ der die DDR delegitimierenden und die Gefühle ihrer früheren Bürger mißachtenden Bilderstürmer hat die Initiative zur Verteidigung des Palastes der Republik am 17. April 2002 symbolisch den „Berliner Unwillen“ ausgerufen. Mit ihm soll an die Besetzung der Baustelle der ersten Hohen-

zollern-Residenz im Jahre 1448 erinnert werden. Damals wurde der Rohbau durch Öffnen der Schleusentore des Spreekanals unter Wasser gesetzt, nachdem man zuvor die Bauleute vertrieben und das Areal mit einem Blockzaun umgeben hatte. 300 Arbeiter büßten dafür mit dem Verlust ihrer Freiheit, einige auch ihres Kopfes. R. D.



Am 28. Mai 2002 begeht unser Vereinsmitglied **Genosse Dr. Heinz Müller** aus Freiberg seinen 75. Geburtstag. **Genossin Ingeborg Böttcher** aus Altlandsberg vollendet am 30. Mai 2002 ihr 70. Lebensjahr. **Genosse Bodo Troschke** aus Berlin folgt ihr am 16. Juni 2002. Am 7. Juni wird **Genosse Rudolf Lojewski** aus Tann 60 Jahre alt. Ihnen allen herzliche Glückwünsche vom „RotFuchs“-Förderverein. Ein besonders lieber Gruß geht an unseren Leser **Genossen Dr. Herbert Crüger**, der am 17. Juni 2002 in das 92. Lebensjahr eintritt. ♦

## ATTAC Schwedt – jung, antiimperialistisch, energiegelad

# Leute mit Engagement

In jüngster Zeit gibt es viele Diskussionen und offensichtlichen Informationsbedarf über ATTAC. Deshalb sprach „RotFuchs“ mit zwei jungen Aktivisten aus dieser neuen antiimperialistischen Bewegung über deren Vorstellungen und Ziele. **Marie MEIHSNER (18) und Sebastian MEMCZAK (19)** aus Schwedt gaben uns bereitwillig Auskunft.

**Welche Motive waren für Euch maßgebend, zu ATTAC zu stoßen?**

**MARIE:** Anlaß war im vergangenen Jahr die Antiglobalisierungsdemonstration in Genua, wo von der Polizei ein Teilnehmer erschossen wurde. Nachdem wir, das sind ein paar Mitschüler und Freunde, erfahren hatten, daß die Kundgebungen weitgehend auf Initiative von ATTAC zustande gekommen waren, beschäftigten wir uns gründlicher damit. Die meisten Informationen holten wir uns aus dem Internet. Dann war schnell klar, daß dies genau unsere Sache ist. So wurden wir Mitglied. **SEBASTIAN:** Im Oktober gab es einen Kongreß, das ist so etwas wie die höchste Autorität von ATTAC, mit etwa 2 000 Teilnehmern in Berlin. Dort bekamen wir die Anregung, eine eigene Gruppe in Schwedt zu bilden. Unsere Gründungsveranstaltung war im Dezember.

**Wie steht es nun um diese Gruppe?**

**MARIE:** Wir sind jetzt etwa 15 Mitglieder, davon die Hälfte Jugendliche. Bisher haben wir drei Info-Veranstaltungen durchgeführt, die bestbesuchte mit rund 80 Teilnehmern. Eine andere widmete sich Problemen des Gesundheitswesens, wo es gelang, auch Fachleute zu interessieren und wo wir streckenweise eine konträre Diskussion hatten. So etwas macht natürlich Spaß. Dann haben wir eine eigene Home Page eingerichtet, wo man viel rüberbringen kann. Jetzt bemühen wir uns um Kontakte zu anderen Gruppen mit verwandten Zielsetzungen in Schwedt, die ganz gut laufen, z. T. aber auch nicht besonders viel Gegenliebe finden, z. B. bei den Gewerkschaften.

**Welche Ziele verfolgt ATTAC?**

**SEBASTIAN:** Wir sind eine Organisation von Globalisierungskritikern und versuchen, die schädlichen Wirkungen der Politik der Welthandelsorganisation WTO, des Internationalen Währungsfonds IWF, der Weltbank und ähnlicher Organe zu begrenzen. ATTAC entstand aus der Protestbewegung französischer Bauern gegen die Folgen von Freihandelsabkommen, welche zur Überfremdung des Lebensmittelmarktes mit ausländischen Agrarprodukten zu führen drohten. Als wichtiges Instrument dagegen sehen wir die Einführung der nach ihrem Erfinder benannten Tobin-Steuer an, mit der vor allem Spekulationsgewinne auf den internationalen Kapitalmärkten zur Finanzierung von Entwicklungsprogrammen herangezogen werden könnten. Ein weiteres wichtiges Ziel ist die Entschuldung der Länder der Dritten Welt, die ihre ursprünglichen Kredite durch Zinsleistungen inzwischen schon mehrfach zurückgezahlt haben. Schließlich setzen wir uns für die Erhaltung und Ausweitung der sozialen Sicherungssysteme ein und wenden uns

z. B. gegen die Privatisierung des Gesundheitswesens.

**Wie ist ATTAC organisiert?**

**SEBASTIAN:** Wir sind nahezu hierarchiefrei aufgebaut; für die deutschen Mitglieder gibt es seit 1999 einen Koordinierungskreis, der die z. Z. etwa 90 regionalen Gruppen unterstützt, berät und mit ihnen gemeinsame Aktionen vorbereitet. Im übrigen sind die Regionalgruppen weitgehend autonom und angehalten, im jeweiligen Umkreis Aufklärungsarbeit vor allem über die Verflechtung örtlicher Sorgen mit den Prozessen auf dem internationalen Kapitalmarkt zu leisten. ATTAC insgesamt zählt etwa 65 000 Mitglieder, in Deutschland gibt es reichlich 5000. Mitglieder kann jede Person werden, die sich – soweit es ihre Tätigkeit bei ATTAC betrifft – an die Grundsätze der Gewalt- und der Ideologiefreiheit hält. Wir sind keine Partei und beteiligen uns nicht an Wahlen, sondern bleiben außerparlamentarische Opposition. Wir wollen nicht den Weg der Grünen gehen, die so hoffnungsvoll begonnen hatten und inzwischen völlig in den Fallstricken des Parlamentarismus verfangen sind.

**Was habt Ihr Euch speziell in Schwedt vorgenommen?**

**MARIE:** Zunächst wollen wir natürlich weitere Mitglieder gewinnen. Wir sind offen für alle, die die ATTAC-Ziele befürworten, außer Leuten aus der rechten Ecke. Inhaltlich werden wir in diesem Jahr die Gesundheitspolitik in den Mittelpunkt stellen. Denn auch hier ist die bisher städtische Klinik von Privatisierung bedroht. Sie soll verkauft werden. Die Leute ahnen ja nicht, was da auf sie zukommt. Der verschärfte Konkurrenzkampf durch private Anbieter gefährdet schon jetzt die Finanzierbarkeit des öffentlichen Gesundheitswesens. Während private Krankenversicherungen um junge, gesunde und zahlungskräftige Mitglieder buhlen, verbleiben Menschen mit niedrigem Einkommen und hohen Gesundheitsrisiken in einem System, dem immer weniger Mittel zufließen. Durch das unter WTO-Hoheit vorgesehene GATS-Abkommen soll dieser Prozeß aus der Kompetenz der nationalen Regierungen herausgebrochen werden. Über unsere Gesundheit entscheiden dann nur noch die großen Pharmakonzerne – und das persönliche Bankkonto.

**Und das wollt Ihr den Schwedtern erklären?**

**MARIE:** Genau das ist das Problem. In den Medien sucht man vergeblich danach. Und die Einwohner hier sind ziemlich passiv, ganz schwer auf-

zuwecken. In bezug auf Politik ist Schwedt ein richtig verschlafenes Nest, da braucht es schon viel persönlichen Einsatz. Wir haben hohe Arbeitslosenraten, z. Z. etwa 22 %, und beträchtlichen Einwohnerschwund; von 52 000 Schwedtern 1990 sind noch 38 000 übrig und es werden immer weniger, jeden Tag drei. Vor allem junge Leute ziehen weg.

**Wie sieht es da mit Euren Berufschancen aus?**

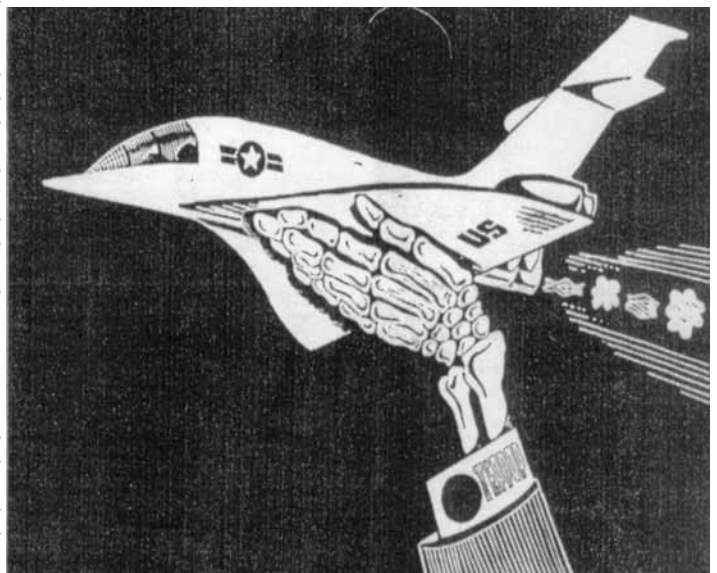
**SEBASTIAN:** Ich möchte nach dem Zivildienst im Bereich der Biotechnologie studieren und dann arbeiten. Das läßt sich in Schwedt wohl kaum realisieren.

**MARIE:** Ich möchte eine Disziplin der Politischen Wissenschaften studieren und werde dafür in Schwedt mit Sicherheit kein Betätigungsfeld finden. Den anderen in meiner Klasse geht es genauso. Da ist es kein Wunder, daß das Durchschnittsalter der Schwedter rasant anwächst; in einer Stadt, die früher stolz darauf war, zu den jüngsten Städten der DDR zu zählen.

**Zum Schluß noch eine Frage ganz anderer Art. Was haltet Ihr vom Krieg in Afghanistan?**

**MARIE:** Ich war ganz schön geschockt, als am 7. Oktober die ersten amerikanischen Bomben auf Afghanistan fielen. Für mich ist der Krieg dort kein Krieg gegen den Terror, sondern wirtschaftlich motiviert, also wegen Öl. Diese ganze Terrorshow ist doch nur ein Vorwand, um sich dort die wichtigsten Pipelines zu sichern. **SEBASTIAN:** ATTAC-Mitglieder sind Pazifisten, weil Krieg an sich schon Terror ist. **MARIE:** Die Terrorismus-Hysterie dient doch nur als Alibi für den Abbau demokratischer Rechte und für den Überwachungsstaat. **SEBASTIAN:** Der amerikanische Weltherrschaftsanspruch guckt auf allen Knopflöchern. **MARIE:** In den letzten 10 Jahren ist Krieg wieder „legitimes“ Mittel der Politik geworden. Es gibt keine Region der Welt, wo nicht Krieg geführt wurde bzw. wird. Schlimme Aussichten! Auch deshalb werden wir uns weiter bei ATTAC engagieren.

Die Fragen stellte: **Frank Mühlefeldt**



„Sowjetskaja Rossija“: „Krieg gegen den Terrorismus“

Zum Briefwechsel zwischen Peter Hacks und André Müller

# Klarsicht

1989, als der kommende Sieg der Gestrigen und die Niederlage der Zukunftskünder bereits ihre Schatten vorauswarfen, und im darauffolgenden Jahr 1 des großen Desasters haben sich zwei mit dem Wort bewaffnete Freunde – der stets aufmüpfige und daher aufrechte DDR-Literat Peter Hacks und sein gleichgesinnter Kölner Kampfgefährte, der kommunistische Autor André Müller – aufschlußreiche Briefe geschrieben. Es handelt sich – über das rein Persönliche hinausgehend – um Bekenntnisse zweier wacher Geister, die – im Goetheschen Sinne – „ein bischen klärer“ waren als die meisten ihrer damals in Illusionen, Frustrationen und Kapitulationsbereitschaft befangenen Zeitgenossen hierzulande. Die im Eulenspiegel Verlag erschienene Korrespondenz der beiden Poeten ist ein Ruhmesblatt für jene kleine Schar deutscher Intellektueller, die in einer Zeit der politischen Sonnenverfinsterung, als andere sich feige und fahnenflüchtig davonstahlen, Durch- und Überblick behielten.

Die Freunde kommen direkt zur Sache. Wohl das von ideologischer Verkommenheit der östlichen Streitpartner zeugende Dialogpapier SED-SPD im Hinterkopf, schreibt Hacks am 29. 7. 1989: „Der Apparat führt den Kapitalismus ein. Die Konterrevolution von oben ... Wenn alle Länder sozialdemokratisch werden, kriegt der Imperialismus keinen Sozialismus, aber der Sozialismus kriegt einen Imperialismus. Für den Imperialismus ist alles gewonnen und für den Sozialismus alles verloren.“ Und aus Juntersdorf, wo Müller ein Landhaus besitzt, berichtet dieser vom anhebenden Triumphgebrüll im Westen. „Hier übertrifft man sich in Voraussagen über den Tod des Sozialismus, auch sprachlich, ‚töter als tot‘ (Blüm).“ Am 25. 9. 1989 stellt Müller fest: „Der Generalangriff auf die DDR läuft also. Was bei der ganzen Annäherungspolitik, Honeckers Westreise, den Teestunden mit der SPD herausgekommen ist, wird offenbar ...“ Scharf geißelt er „die vollständige Einstellung der ideologischen Auseinandersetzung ... Sagten wir nicht immer, Ulbrichts Sturz sei die wirkliche Wende gewesen?“

In einem anderen Brief wird der „nette Herr Vellay“ – unser unlängst verstorbener Genosse Rolf Vellay – eingeführt, der zu einer Zeit, als so manche noch mit diesem Mann Emporen teilten und bei Empfängen Champagner tranken, in einem Essay zu der Oberen Verdruß festgestellt hatte: „Michail Gorbatschow als Generalsekretär, das ist die Konterrevolution an der Spitze der KPdSU.“ Am 16. 11. 1989, als Reiner Oschmann im ND von „unserer friedlichen Revolution“ zu schwärmen begann, signalisierte Hacks: „Meine Regierung tut etwas Sonderbares: als Antwort auf die Konterrevolution des Otto von Habsburg gründet sie selbst eine.“ Und zum DDR-feindlichen Straßenumzug vom 4. November bemerkt der Berliner Autor: „Es gab keine Opposition ...“, es gibt immer noch keine. Woher sie nehmen, durch wen sie institutionalisieren? Eine Institution des Schwachsinns gottlob war von langer Hand vorbereitet: die der Künstler.“ An anderer Stelle spricht Hacks von „Stimmungs-Gegenrevolutio-

nen“: „Unser Aufstand der Umzügler ist zu peinlich, um als komisch oder bedrohlich oder historisch empfunden zu werden ... Die Kaffeehäuser haben sich in die Straße ergossen. Wenn die Regierung sich von diesen grünen Schwärmen beeindruckt läßt, wie seinerzeit die tschechische, fressen sie sofort jeden Acker leer.“

Müller, ein Mitglied der DKP, das die Entwicklungen in seiner Partei, deren Vorstand gegen die Niederschlagung der Konterrevolution in China protestiert hatte, mit großer Sorge betrachtet, bringt wohl die Ansicht der beiden Freunde zum Ausdruck, wenn er schreibt: „Im übrigen sind mir Katastrophen und Niederlagen nichts Neues. Und meine Meinungen oder gar Haltungen zu ändern, sehe ich keinerlei Grund.“ Am 3. 12. 1989 fügt er mit größter Eindeutigkeit hinzu: „Es ist klar: die Konterrevolution läßt jetzt die sozialistische Maske fallen. Es wird gefährlich, lebensgefährlich.“ Tage später ergänzt der Kölner: „Die Konterrevolution hat die Arbeit für die BRD

gleich mitbesorgt: nach der ideologischen Zerschlagung der DKP durch das Neue Denken folgte nun die ökonomische.“ Anlässlich des als Außerordentlicher Parteitag deklarierten Gysischen Parteiputsches in der Berliner Dynamohalle, aus dem die PDS hervorging, urteilt Hacks am 13. 12. 1989: „Die SED konstituiert sich als euro-revisionistische Partei.“ Bereits im Februar 1990 fällt er, der sich selbst einen Leninisten nennt, sein vernichtendes Urteil über den PDS-Vorsitzenden. „Über Gysi ist kein Wort zu verlieren, das Lenin nicht über Kautsky schon gesagt hätte.“

Monate darauf, im August, bezeichnet Müller die in der Noch-DDR herrschenden Zustände als „Okkupation“. Die DDR sei schon jetzt „ein erobertes Land“. Und er spricht voller Verachtung von den „Quislingen“, die sich den neuen Herren andienen. Seinen UZ-Artikel vom 28. September 1990 überschreibt er mit dem heutigen DKP-Führer zu mehr Bekennermut in ihrem programmatischen und historischen

Verständnis anregenden Satz: „Die DDR ist unsterblich.“

Der schmale Korrespondenzband ist ein den Leser bewegendes und in Bewegung versetzendes Zeitdokument von hoher menschlicher und politischer Qualität. Hier wird nicht rumphilosophiert, sondern Partei ergriffen. Der Einband des kleinen großen Buches ist in dunklem Rot gehalten und mit einem unaufdringlichen Muster versehen. Bei genauerem Betrachten erkennt man eine Vielzahl winziger Hammer- und Sichel-Symbole. Die Autoren greifen damit weit über das Private hinaus. Hacks und Müller sind nicht nur literarisch Klasse, sondern auch Teil der Klasse, deren beste Vertreter den Kampf niemals aufgegeben haben.

Klaus Steiniger

André Müller/Peter Hacks. Nur daß wir ein bischen klärer sind. Der Briefwechsel 1989 und 1990. Eulenspiegel Verlag 2002. ISBN 3-359-01437-5



Maxim Gorki – Arno Fleischer

## Über das Märchen von der „Harmonie“ imperialistischer Mächte

# Grundlagen auf schwachem Fundament

Mit der Veröffentlichung „Erster Grundlagen zur Diskussion und Erarbeitung eines Programmtextes“ hat sich der DKP-Parteivorstand positioniert. Das Material läßt erkennen, daß noch beträchtliche ideologische und theoretische Arbeit notwendig sein dürfte, um zu einem Programm auf gesicherten marxistischen Fundamenten zu gelangen.

Von besonderer Aktualität ist die Einschätzung des Imperialismus. Vor allem deshalb, weil noch immer Auffassungen vorherrschen, die zu einer Revision von der Geschichte bestätigter Erkenntnisse der Klassiker tendieren. Im Referat zur Vorstellung der „Ersten Grundlagen ...“ vertrat der DKP-Vorsitzende Heinz Stehr die Auffassung: „Es spricht wenig dafür, daß ein nächster Weltkrieg von deutschem Boden ausgeht ...“ Andererseits halte er es aber für gesichert, daß „die NATO weitere Völker ... überfallen wird“. Der erste Teil dieser Bemerkung verharmlost die Tatsache, daß deutsche Truppen – vorläufig noch als Junior-Partner der USA-Streitkräfte oder im Rahmen der NATO bzw. ihrer UNO-Variante – mittlerweile in mindestens zehn Ländern aufgetaucht sind. Sie kamen nicht von einem fremden Stern, sondern wurden von deutschem Boden aus entsandt. Es geht dabei nicht um „Herrschaftsausweitung“, wie in der „Grundlagen-Präambel“ behauptet wird, denn die Welt ist längst aufgeteilt. Es handelt sich um die Neuaufteilung von Einflußsphären, Rohstoffquellen und Märkten. Mit anderen Worten: Alle gegenwärtigen Kriege, auch die scheinbar religiösen Auseinandersetzungen, sind ihrem Wesen nach Vorherrschungskämpfe zwischen den imperialistischen Hauptmächten. Neu ist, daß sich diese selbst wieder direkt einschalten und ihre „Stellvertreter“ ablösen, weil sie – wie die rabiat antikommunistischen Taliban – plötzlich unerwünscht, da zu wenig „effektiv“ sind. Wie leichtfertig zu glauben, es gehe um „gemeinsame Aktionen“ der „kollektiven“ Imperialisten gegen „Terroristen“. Hier wird imperialistische Konkurrenz mit Waffengewalt ausgetragen, auch wenn man nicht aufeinander schießt.

Rudolf Hilferding schrieb schon 1910 (!): „Welche Illusion, in der Welt des kapitalistischen Kampfes, wo die Überlegenheit der Waffen allein entscheidet, an eine Har-

monie der Interessen zu glauben. ... Der Imperialismus ... begreift die ganze Politik als Geschäft miteinander kämpfender, aber auch miteinander sich vereinigender Syndikate.“ (Das Finanzkapital, Dietz-Verlag 1947, S. 465) Was soll sich an dieser Einschätzung geändert haben? Das Hertschwadronieren der Bush und Schröder über Gemeinsamkeiten und Solidarität ersetzt doch nicht die tatsächlichen ökonomischen Widersprüche! Die Niederlage der sozialistischen Revolution läßt diese ja gerade verstärkt aufflammen, nachdem das gemeinsame Band des Kampfes gegen die Sowjetunion zerrissen ist. Lenin warnte davor, sich von der Wirklichkeit abzuwenden: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Entwicklung in der Richtung auf einen einzigen ... alle Staaten verschlingenden Welttrust verläuft. Doch diese Entwicklung erfolgt ... in einem solchen Tempo, unter solchen Widersprüchen, Konflikten und Erschütterungen, keineswegs nur ökonomischen, sondern auch politischen, nationalen usw. ..., daß notwendigerweise, bevor es zu einem einzigen Welttrust, zu einer ‚ultraimperialistischen‘ Weltvereinigung der nationalen Finanzkapitale kommt, der Imperialismus unweigerlich bersten muß, daß der Kapitalismus in sein Gegenteil umschlagen wird.“ (LW 22/106) „Gemeinsame Interessen“ der Imperialisten ist nur ein anderer Ausdruck der „opportunistischen Theorie ... von der Abstumpfung der Widersprüche“. (LW 22/105) Diese Formel läuft letztlich auf Abschied von der sozialistischen Revolution hinaus.

Der Imperialismus will keineswegs die Welt neu ordnen oder, wie in den „Grundlagen ...“ behauptet wird, eine „neue Weltordnung durchsetzen“. Im Gegenteil, er will jede Ordnung mit blanker Gewalt außer Kraft setzen. Hierbei die Gefahr eines großen oder weiterer kleiner Kriege herunterzuspielen, untergräbt nur die Friedensbewegung. Die These von den gemeinsamen Interessen ist Baldrian, erzeugt die Vorstellung, es werde vorerst keinen Krieg zwischen Deutschland und einer anderen Macht geben. Dabei wird die Tatsache glatt negiert, daß dieser Krieg längst im Gange ist – auf fremden Territorien, vor allem mit ökonomischen Mitteln, mit viel Geld, ideologischer Aggression und keineswegs unbewaffnet. Selbst der Kampf gegen die

bestehenden sozialistischen Staaten wird nicht mehr von „gemeinsamen Interessen“ diktiert. Die Attacke der USA gegen Nordkorea ist zuallererst ein Schlag gegen den japanischen Imperialismus und das inzwischen aufgerückte südkoreanische Kapital.

Die Theorie von der Abstumpfung der Widersprüche wird in den „Grundlagen ...“ auf einen „Zwang zur Anpassung aller Verhältnisse an die neuen Produktionsbedingungen“ zurückgeführt. Aber für den Imperialismus ist nicht mehr die Konzentration und Verflechtung der Produktion charakteristisch, sondern die Konzentration des Finanzkapitals. Darin besteht ja gerade sein reaktionäres und parasitäres Wesen.

Erstausnlich verniedlicht wird das durch Berlusconi und Le Pen, Bush und Stoiber schlaglichtartig erhellte Wesen des aktuellen Imperialismus mit solchen Aussagen: „Denkbar sind Entwicklungen hin zu reaktionären faschistoiden Machtstrukturen.“ Reaktionär ist die Macht der Bourgeoisie seit einhundert Jahren, das ist nicht nur „denkbar“. Die BRD selbst stellt ein Musterbeispiel erreaktionärer Machtstrukturen dar. Faschistische Machtstrukturen zeichnen sich in der aggressiven Außenpolitik und brutalen Kriegführung imperialistischer Mächte immer deutlicher ab. Daß im Innern vorerst davon abgesehen werden kann, liegt vor allem an der momentanen Schwäche der revolutionären Arbeiterbewegung, die schärfere Repression verzichtbar erscheinen läßt. Und dennoch wird auch an dieser Schraube permanent gedreht.

Das Programm einer kommunistischen Partei muß sich geradezu die Aufgabe stellen, das Gefasel von „gemeinsamen Interessen“ und „Solidarität“ zu entlarven, damit die Menschen besser und schneller dessen Zweck und Ziel begreifen und nicht auf die Provokationen derer hereinfallen, die immer neue Gründe erfinden, um „in aller Welt präsent“ zu sein.

Es macht auch keinen Sinn, sich im Interesse dieser oder jener Großmacht gegeneinander hetzen zu lassen, sich um Hilfe an eine andere Großmacht zu wenden, um der Unterdrückung durch die eigene zu entgehen. Kommunisten müssen das schändliche Verbrechen der Kriege und der „Wiederaufbauhilfe“ für die ans Ruder gebrachten Quislinge transparent machen. Sie müssen ihren Völkern den imperialistischen Charakter und den wahren Hintergrund terroristischer Feldzüge im Namen des „Kampfes gegen den Terrorismus“ erklären, damit sie diese von Verzweiflungsaktionen anarchistischer oder extremistischer Kräfte der unterdrückten Nationen unterscheiden können.

Ohne eine exakte Analyse der ökonomischen Widersprüche des Imperialismus und den Nachweis nur zeitweiliger und scheinbarer Interessenübereinstimmung zwischen einzelnen Mächten, ohne die deutliche Kennzeichnung der ständigen Gefahr auch völkervernichtender Kriege und des Faschismus ist der Klassenkampf weder national noch international erfolgreich zu organisieren. **Norbert Pauligg**



Karikatur: Oliver Schopf, Der Standard Online

## Bewegende Autobiographie des Mediziners Prof. Kurt Franke

# Kenntnisse und Bekenntnisse

Der aus dem Wedding stammende und zur DDR „konvertierte“ Arzt Kurt Franke, einer der international bekanntesten Mediziner der Republik, hat seine von Bescheidenheit und Wärme, Aufrichtigkeit und Würde erfüllte Lebensgeschichte zu Papier gebracht. „Chirurg am linken Ufer der Panke“ ist ein spannendes und zugleich viel Wissenswertes vermittelndes Buch. Halb Tatsachenbericht, halb Fachlektüre auch für Laien. Ein ungewandeter, nicht zu Kreuze gekrochener Sozialist, ein Mensch mit großem Herzen und klarem kritischen Blick, schildert der Autor ohne Schönfärberei und nostalgische Verklärtheit Stärken und Schwächen des Gesundheitswesens der DDR, das dem profitorientierten Medizinbetrieb des Kapitalismus trotz materiell-technischer Unterlegenheit nicht nur moralisch Paroli zu bieten vermochte, sondern auch auf bestimmten Feldern fachlich überlegen war. Langjährig Leiter der Chirurgischen Klinik des Städtischen Krankenhauses Berlin-Pankow und dann von den Siegern der Konterrevolution als einer der ersten aus der Ärzteggarde der DDR auf die Abschußliste gesetzt, berichtet „Knie-Franke“ - der den Weltstandard mitbestimmende Chirurg und Sporttraumatologe führte u. a. mehr als 1 200 Operationen bei Kreuzbandrissen des Kniegelenks aus - von den enormen Möglichkeiten der modernen Wissenschaft, ohne dabei subjektives Versagen und die Grenzen der ärztlichen Kunst zu verschweigen.

Der Leser spürt gleichermaßen Engagement und Redlichkeit. Eindrucksvolle Episoden aus dem Alltag eines Mediziners und bisher wenig bekannte Tatsachen - so die vermutbare Mitschuld des umstrittenen Chirurgen Prof. Sauerbruch am Ableben des jungen Schauspielers Heinrich Greif - werden vermittelt. Respekt- und manchmal auch liebevoll porträtiert der Autor Kollegen und Freunde - keineswegs nur Ärzte. Wie er z. B. von Schwestern und Pflegern spricht, ist sehr beeindruckend. Ganz beiläufig erwähnt Kurt Franke, der als unsichtbarer ärztlicher Schatten vieler DDR-Olympioniken und anderer Leistungssportler zu 95 Prozent „normale“ Patienten behandelte, seine langjährige journalistische Tätigkeit als Chefredakteur der Zeitschrift „Medizin und Sport“. Auch seine Lehrtätigkeit als Professor an der DDR-Akademie für Ärztliche Fortbildung und die ihm hohe Anerkennung einbringende Monographie „Traumatologie des Sports“ werden nicht in den Vordergrund gerückt. Kurt Franke ist vor allem der Mann des Operationstisches, der Helfer beim Heilen Kranker. Den Leitspruch seines Lehrmeisters Prof. Klose hat er sich selbst zu eigen gemacht. „Chirurgie ist ein Handwerk und Kunst kommt von Können.“

Das hier zu rezensierende Buch ist ein ebenso unaufdringliches wie eindeutiges Bekenntnis zur DDR und zum Sozialismus. „Bei allem begründeten Ärger über Bürokratie und Kleinkariertheit“ habe er aus seinem „positiven Verhältnis zu den po-

litischen und sozialen Grundwerten der DDR nie ein Hehl gemacht“, schreibt Kurt Franke. Doch heute werde eine „nichtgewendete, mit anerkannten philosophisch-ethischen Normen begründete politische Haltung diskriminiert“. Auf die Frage des ND, was für ihn Heimat sei, antwortete er in der Ausgabe vom 1./2. Februar 1997: „Gibt es für mich seit 1990 nicht mehr.“ Und als er gefragt wurde, ob er Marx für überholt halte, sagte der Mann vom linken Ufer der Panke, der als Wissenschaftler 86 A- und B-Promotionen betreute: „Nein, denn auch die Mercedes-Karosserie tarnt das Manchester-Design der asozialen Marktwirtschaft nur wenig.“

Übrigens gehört auch beißender Spott zum mutmachenden Franke-Buch, das einen großen Leserkreis verdient. Als der Autor bereits zu Vorträgen und Kongressen in aller Welt eingeladen wurde, sinnierte Prof. W., dessen Westberliner Operationsaal Kurt Franke zu einer Hospitation betrat, nach der Vorstellung des „Gastes aus Pankow“: „Aus Bangkok san's, da sprechen's aber guat Deutsch.“ Der Operateur aus Bayern hatte einen Gast aus Thailand eher für wahrscheinlich gehalten als einen Berufskollegen aus der DDR.

Lieber Kurt, nach der Lektüre dieser Autobiographie bin ich noch stolzer darauf, Dein Patient gewesen zu sein.

**Klaus Steiniger**

*Kurt Franke. Chirurg am linken Ufer der Panke. Erinnerungen. Das Neue Berlin 2002, ISBN 3-360-00972-X*

## Prof. Dr. Ingo Wagner wurde Vorsitzender der Regionalgruppe Sachsen

# Ein neuer „RotFuchs“-Kessel

Am 3. April 2002 trafen sich im Leipziger Liebknecht-Haus, Wohnung der Familie Wilhelm Liebknechts und Geburtsstätte von Karl Liebknecht, 25 Genossen und Freunde, um die Regionalgruppe Sachsen des „RotFuchs“-Fördervereins aus der Taufe zu heben. Nach Hamburg, Berlin und Schwerin ist dies die vierte Gruppe, die sich anschießt, in ihrer Region eine rege, attraktive und wirksame marxistische Bildungsarbeit zu entwickeln. Der Vorsitzende des Vereins, Dr. sc. Gerhard Feldbauer, hatte in einem Grußschreiben betont, daß nunmehr in einem traditionsreichen Zentrum der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung ein weiterer Regionalverband entstehe, von dem neue Impulse für die Zusammenführung von Kommunisten, Sozialisten und anderen mit uns verbundenen Kräften ausgehen könnten. Dieter Itzerott aus Torgau, Mitglied des Vereinsvorstandes, griff diesen Gedanken in der Diskussion wieder auf: „Wir sind offen für alle Sozialisten, Kommunisten oder Sympathisanten mit und ohne Parteibuch, für alle, die an der Aneignung und Verbreitung von Wissen oder an der Auseinandersetzung über neue Fragen der Gesellschaftsentwicklung und der marxistisch-leninistischen Theorie interessiert sind.“

Prof. Dr. Ingo Wagner hielt zum Auftakt ein anspruchsvolles Referat zum Thema „Der Kommunismus ist modern - Lenin und die Epoche“. Die Gegenwart könne man nicht ohne Berücksichtigung der Leninschen Imperialismus-Theorie verstehen; nur vor diesem Hintergrund eröffne sich die Möglichkeit der Entwicklung in Richtung auf eine kommunistische Zivilisation. „Für mich gibt es keine nachvollziehbaren Gründe, unsere tradierte Auffassung (Epoche der sozialen Revolutionen und des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab) generell zu den historischen Akten zu legen und durch eine Version zu ersetzen, die nur in den Bahnen einer zeitlichen Gliederung des Imperialismus verbleiben.“ Natürlich könne man Erscheinungen, die unter dem Begriff Globalisierung zusammengefaßt würden, nicht einfach negieren. Wenn man den Epoche-Begriff jedoch darauf reduziere, werde jeder tieferen Einsicht in die Möglichkeiten neuer revolutionärer Ansätze der Boden entzogen. Mit der rasanten wissenschaftlich-technischen Entwicklung entstünden bereits im Rahmen des gegenwärtigen Kapitalismus wesentliche Bedingungen und Strukturelemente der kommunistischen Gesellschaft. „Ich sage ganz bewußt: Gerade aus dieser Sicht ist Kommunismus modern. Aber ohne

Lenin, ohne einen modernen Leninismus ist der erfolgreiche Kampf um die Aufhebung des modernen Kapitalismus und seine Ersetzung zunächst durch eine sozialistische Gesellschaft nicht zu haben.“ So sehr man dieser Schlußfolgerung auch zustimmen möchte, manche der im Vortrag entwickelten Gedanken und Argumentationen verdienten es, gründlicher beleuchtet und diskutiert zu werden. Sicher wurde bei nicht wenigen Teilnehmern dieser Wunsch geweckt.

Nach kurzer, lebhafter Diskussion beschloßen die Versammelten einstimmig die Bildung der Gruppe und wählten, ebenfalls einstimmig, Prof. Dr. Ingo Wagner, Karl-Heinz Buschmann und Werner Heilmann in die Leitung. Als nächste Veranstaltungen wurden ein Abend mit Botschafter a. D. Rolf Berthold zur sozialistischen Entwicklung in der Volksrepublik China sowie ein Gespräch mit Dr. sc. Gerhard Feldbauer zur Situation in der westeuropäischen Arbeiterbewegung angekündigt.

An der Beratung nahmen Frank Mühlefeldt, Sekretär des Fördervereins, und Armin Neumann, „RotFuchs“-Vertriebsleiter, beide aus Berlin, teil. Sie wünschten den Leipziger Genossen Erfolg bei der Verwirklichung ihrer Vorhaben.

**F. M.**

## Über kolonialistischen Zionismus und progressiven Antizionismus (2 und Schluß)

# Als Eichmann nach Palästina reiste

Machen wir einen Sprung in die 30er Jahre. Die unvereinbare Entwicklung von Zionismus und Antizionismus trat damals besonders drastisch zutage. Die verschiedenen politischen Kräfte waren mit dem Auslaufen der Weltwirtschaftskrise gerade im Begriff, sich neu zu positionieren. Schon 1931 hatte sich im Vorlauf der Machtübergabe an Hitler die als „Harzburger Front“ bezeichnete Verquickung von Konservativen und Nazis herausgebildet. Auffälligste Parole: „Juden, ab nach Palästina – ohne Rückfahrkarte!“ Das paßte ins Konzept des Zionismus. Antizionistische Juden versuchten demgegenüber, zur Bildung einer parteiübergreifenden Volksfront beizutragen.

Am 29. Juni 1933 erschien eine Denkschrift der „Zionistischen Vereinigung für Deutschland“ an Reichskanzler Hitler: „Juden werden nicht zum wurzellosen Kritiker der nationalen Grundlagen des deutschen Wesens“ werden. Diese Anbiederung übergingen die Nazi-Machthaber. Sie begannen vielmehr, eine über 12 Jahre anhaltende Flut immer unmenschlicher werdender Gesetze und Verordnungen zur Ausschaltung der Juden zu erlassen. Gleichzeitig wurden bis November 1938 zionistische Niederlassungen toleriert, so die Zentrale in der Berliner Meineke-Straße oder über das Reich verstreute Umschulungszentren für Auswanderer nach Palästina. Das ging so weiter, nachdem im Zusammenhang mit dem Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933 eine gewaltige Treibjagd gegen Linke begonnen hatte, von der auch unzählige antizionistisch eingestellte Juden, unter ihnen der anarchistisch-assimilatorische Dichter Erich Mühsam, betroffen wurden. Andererseits war am 1. März die Durchsuchung der Büros des nichtzionistischen „Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ (C. V.) erfolgt.

Vor Formulierung der an Hitler gerichteten Denkschrift hatte im Mai ein führender Vertreter der „Jewish Agency for Palestine“ (J. A.), des Organs der zionistischen Weltorganisation, Nazi-Deutschland besucht. Chaim Arlosoroff, Leiter ihrer politischen Abteilung, begann Verhandlungen zu einem Abkommen mit der Reichsregierung. Dieses wurde im August 1933 zwischen dem Reichswirtschaftsministerium und der „Zionistischen Vereinigung für Deutschland“ betont diskret unter dem mysteriös anmutenden Firmennamen „Ha-avarah“ (Transfer) abgeschlossen. Es hatte eine Doppelfunktion: Einerseits wurde wohlhabenden Juden gegen Superbesteuerung die Ausreise nach Palästina gestattet, andererseits flossen für das Reich über den Auslandsabsatz von Industriewaren Devisen, indem den Ausgereisten Vermögensreste in Form von Exportgütern überlassen wurden, die diese, um an Geld zu kommen, verkaufen mußten. Bis zur Auflösung der Firma, Ende 1938, konnten derart etwa 52 000 Besergestellte gen Nahost emigrieren. Der zur Aufrüstungsfinanzierung dienende Devisenrückfluß besaß einen Gegenwert von rund 140 Millionen RM.

Andererseits wurden so zwischen beiderseitigen Geheimdiensten Kontakte geknüpft, die noch während des 2. Weltkrieges über die Fronten hinweg funktionierten.

Zum Beispiel während des rechtszionistischen Aufstandes gegen die im Krieg mit Nazi-Deutschland befindlichen Briten, damals vom Völkerbund eingesetzte Mandatsmacht in Palästina. Darüber kann man Genaueres in B. Brentjes bei Edition Ost erschienenem Buch „Geheimoperation Nahost“ nachlesen. Dort ist auch die Fotokopie eines seitenlangen Berichts von Adolf Eichmann – er betrifft u. a. die Anwerbung eines israelischen Geheimdienstlers für das Reichssicherheitshauptamt – einzusehen.

Schon am 1. April 1933 kam es zu einem SA-Boykott jüdischer Geschäfte sowie freiberuflicher Praxen von Ärzten und Rechtsanwälten. Doch bereits am selben Abend wurde die Aktion abgeblasen. Unterdessen weiß man, daß deutsche Banken und Großindustrielle wegen der absehbaren Folgen im Ausland interveniert hatten. In Röhm SA munkelte man damals über eine „zweite Revolution“. Doch der auf das Wohlwollen der Konzernwirtschaft angewiesene Hitler, gestützt von der elitären SS-Schutzstaffel, die noch der SA-Führung unterstand, hielt aus „Staatsräson“ dagegen. Ein Jahr später ließ der „Führer“ Röhm und seine Umgebung ermorden, dazu potentiell gegenwärtige Konservative wie General von Schleicher. Das hieß Abservierung der SA und Aufstieg der SS.

Hier sei ein Hinweis auf eine Sondererscheinung der NS-Politik gestattet, die nicht wenige staunen lassen wird.

Anläßlich einer Ausstellung des renommierten „Deutschen Literaturarchivs Marburg“, die im Oktober/November 1985 in der Westberliner Staatsbibliothek über „Jüdische Verlage in Deutschland 1933 bis 1938“ stattfand, wurde im die Exposition begleitenden „Marbacher Magazin“ (25/38) auf den hochgebildeten Zionisten und Mäzen Salman Schocken hingewiesen, der im Rahmen seines Warenhauskonzerns auch den Schocken Verlag gegründet hatte. Dieser brachte bis zu seiner Auflösung 1938 insgesamt 225 sorgfältig editierte Titel in Auflagen von durchschnittlich 7 500 Exemplaren heraus. Schocken war bereits 1933/34 die Ausreise nach Palästina ermöglicht worden. Dorthin wurde auch seine wertvolle jüdisch-deutsche Bibliothek überführt, die heute als Kernjuwel der israelischen Nationalbibliothek gilt.

Aufschlußreicherweise berichtete die Wissenschaftlerin Dr. Ingrid Belke in dem erwähnten „Marbacher Magazin“ von einer seit 1935 „eingeschlagenen duldsameren Politik der Gestapo“, die auf die SS zurückzuführen sei. Diese habe auf „Dissimilation der Juden und Emigration nach Palästina hingearbeitet“. Weiter hieß es in dem Artikel von Ingrid Belke: „Inkonsequent erschien den Zeitgenossen auch einerseits die lautstarke antisemitische Propaganda von einzelnen Kulturfunktionären ... Auf der anderen Seite gab es die wohlwollende Förderung zionistischer Kulturpolitik, die wegen ihrer nationalen Grundhaltung einmal den Nationalsozialisten näher stand als die des ‚Central-Vereins‘ und zum anderen die letztlich intendierte Emigration nach Palästina förderte.“

Waren unter diesen Umständen einschneidende Veränderungen der nazistischen Ju-

denpolitik zu erwarten? Noch am 20. August 1938 hatte man den SD-Dezernenten für Fragen des Zionismus, Eichmann, im Anschluß an eine Erkundungs- und Agenten-Anwerberreise nach dem von Juden bewohnten Teil Palästinas und nach Ägypten zum Leiter der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ in Wien ernannt.

Vor dieser Beförderung war es ihm gelungen, den hochrangigen jüdischen Angehörigen des Informationsdienstes der rechtszionistischen Militärorganisation Haganah, Polkes, als Agenten für das Deutsche Reich zu verpflichten. (s. Brentjes) Nichts deutete also auf eine schroffe Abkehr von der bisherigen Abschiebestrategie hin. Weshalb erfolgte dann nur wenige Wochen später das Reichspogrom und, damit verbunden, der Totalumschwung zum Massenmord?

Inzwischen hatten sich gewichtige Dinge ereignet. Auf der Münchener Konferenz (29./30. September 1938) waren die Regierungschefs Englands und Frankreichs mit Hitler und Mussolini zusammengetroffen. Sie hatten das berichtigte Abkommen geschlossen, das das Schicksal der Tschechoslowakei besiegelte. Kein Jahr später erfolgte der Überfall des Reiches auf das an die UdSSR angrenzende Polen, dessen reaktive Regierung ein Verteidigungsbündnis mit Moskau zuvor abgelehnt hatte. Alles zielte darauf ab, den großen Angriff auf die Sowjetunion unmittelbar vorzubereiten.

Nur 39 Tage nach München, am 9. und 10. November 1938, organisierte die SA auf Anweisung Hitlers das als „Kristallnacht“ verharmloste Reichspogrom, mit dem auf die „Endlösung“, also die Massenvernichtung der Juden, umgeschaltet wurde. War das ein Zufall? Die Indizienkette für den Zusammenhang wiegt schwer, doch warum steht die dazu dringend erforderliche wissenschaftliche Untersuchung der Zusammenhänge noch immer aus?

Die Sowjetunion, in der Assimilation galt und von der mehr bedrohte Juden als sonst in der gesamten Welt, nämlich über zweieinhalb Millionen, gerettet wurden, wird auch durch die Hamburger Zeitschrift „Konkret“, deren Publikation zu Nahost ich im 1. Teil dieses Beitrags kritisiert habe, verurteilt. Die USA, Großbritannien und andere Mächte hatten die meisten der vor ihren Konsulaten um Asyl Flehenden abgewiesen und damit praktisch deren Abtransport in die Vernichtungslager ermöglicht. Das zu übergehen, wäre eine Todsünde.

Während all das in Europa geschah, erging sich die rechtszionistische und schwerbewaffnete Haganah in Palästina gegen die britische Mandatsmacht, deren Regierung sich nach langem Zögern der Anti-Hitler-Allianz mit der Sowjetunion anschloß, in Terroranschlägen und sonstigen feindlichen Aktionen. Unter den Terroristen von einst befand sich auch der heutige Ministerpräsident Israels, Ariel Scharon, der jetzt mit Staatsterrorismus gegen die Palästinenser vorgeht. Schon 1942 gelangte der zu jener Zeit in Israel lebende, damals noch prozionistische Schriftsteller Arnold Zweig zu der Erkenntnis: „Wir sind nicht hierher gekommen, um einem Faschismus zu entrinnen und dem anderen zu verfallen.“

Fritz Teppich



**Mikis Theodorakis: Palästina steht nicht allein**

# Israel ahmt Nazis nach

„Palästina steht nicht allein“, erklärte der Komponist Mikis Theodorakis in einer Stellungnahme, die Rizospastis, das Organ der KP Griechenlands, am 4. April 2002 veröffentlichte.

„Es ist gewiß, daß das Volk Israels einmal bereuen wird, daß es Sharon erlaubt hat, es in die Expansion des Beschämenden geführt zu haben, die in uns die Erinnerung an die Mordtaten der Nazis wachruft. Er behauptet, Israel befinde sich in der Situation eines Verteidigers. Wie kann man aber zwei Dinge vergleichen, die ganz unähnlich sind? Auf der einen Seite steht eine moderne Armee mit Luftwaffe, Panzern und Raketen - eine Armee mit unbegrenztem Vernichtungspotential. Auf der anderen Seite befindet sich eine Handvoll Bur-

schen und Mädchen, die ihr Leben opfern und blind zuschlagen. Die terroristischen Bombenanschläge werden zum Vorwand genommen, um den Frontalangriff auf die Palästinenser zu rechtfertigen, dessen Endziel in der militärischen Okkupation und der Vernichtung der Führung des Landes besteht. Dazu gehören die Einkerkung Tausender Kämpfer in Lagern und Gefängnissen, die Terrorisierung des unbewaffneten Volkes, angefangen mit dem Entzug des Wassers. Israel versucht, die palästinensischen Gebiete in ein riesiges KZ zu verwandeln. Es will seine Lösung durchsetzen. Damals bestand die Endlösung in der Vernichtung der Juden. Soll die Endlösung für die Palästinenser die gleiche sein?

Und all dies geschieht mit der Zustimmung der einzigen Supermacht sowie bei Duldung und Nichtstun der anderen. Wo sind die Araber, die Europäer, die Russen, die Chinesen? Wo sind die Völker? Wenn wir Palästina im Würgegriff der modernen Besatzer allein lassen, kann das Ganze zu einer biblischen Katastrophe führen.

Das griechische Volk steht wie ein Mann auf der Seite der Opfer, der heldenhaften Palästinenser, und verlangt, daß die Resolution des UNO-Sicherheitsrates durchgesetzt wird. Alle israelischen Truppen müssen sofort zurückgezogen werden. Das ist der einzige Weg, der die beiden Völker von der Qual des Krieges befreit.“

*Übersetzung:*

**Sokrates Papadopoulos, Thessaloniki**



**Die Kinder der Intifada**

**Politiker des Israelischen  
Kommunistischen Forums  
zu Gast**

## Ishai Kalmanovich beim „RotFuchs“

Der Komponist und Konzertmusiker Ishai Kalmanovich, Mitglied des ZK des Israelischen Kommunistischen Forums (IKF), der sich auf einer Europa-Reise befand, besuchte am 14. April 2002 - wie schon bei seinem letzten Aufenthalt in Berlin - die Redaktion des „RotFuchs“. Er wurde von Chefredakteur Klaus Steiniger herzlich willkommen geheißen. Bei dem mehrstündigen Gespräch mit dem Gast, der in seiner Partei die Pressearbeit übernehmen wird, stand der kolonialistische Terror der zionistischen Sharon-Peres-Regierung gegen die Palästinenser im Mittelpunkt. Die Beteiligten stimmten in der Bewertung der Situation völlig überein.

Ishai Kalmanovich berichtete von Fortschritten der israelischen Marxisten-Leninisten. Das IKF steht unter der Leitung von Genossen Micha Vilner, dem Sohn des langjährigen Generalsekretärs der KP Israels, Meir Vilner. Zu seinen führenden Persönlichkeiten gehört auch der international bekannte israelische Journalist Hans Lebrecht.

Vor seiner Berlin-Visite hatte Ishai Kalmanovich, der auch der „jungen Welt“ ein Interview gewährte, u. a. auf einer Veranstaltung der Marxistischen Blätter und des Arbeitskreises Seniorenpolitik der DKP Ruhr-Westfalen gesprochen, die im Essener Haus des DKP-Parteivorstands stattfand.

**R. F.**

**Dschenin und das Warschauer Ghetto**

## Ruhm der Intifada

Ein britischer Journalist nannte den Befehlsggeber der Mörder von Dschenin kürzlich satirisch Adolf Dabbelju Sharon. Es bleibt dem Leser überlassen, wie er diese Dreieinigkeit zu werten gedenkt.

Tatsache ist, daß auch seriöse Berichterstatte von Medien immer öfter faschistische „Leitbilder“ aufgreifen, wenn sie das Wüten der USA-gestützten israelischen Unterdrücker im Westjordanland schildern. Kürzlich erinnerte ein amerikanisches Blatt - das Massaker an den Verteidigern des palästinensischen Flüchtlingslagers Dschenin

vor Augen - an die Niederschlagung des Warschauer Ghetto-Aufstands durch SS und Wehrmacht. Die Intifada der in ihren Quartieren von israelischen Panzern umstellten Palästinenser ist wahrlich nur mit der heroischen Erhebung der jüdischen Ghetto-Kämpfer von Warschau vergleichbar, um die einst Antifaschisten in aller Welt gebangt hatten. Aus dieser Qualität ergibt sich der Ruhm eines nationalen Befreiungskampfes, der auch von den besten Kräften des israelischen Volkes unterstützt wird.

**S. R.**

## Wie man im volkreichsten Staat der Erde die internationale Lage beurteilt

# Zu Chinas Strategie

Zu den Fragen, in denen die Dominanz bürgerlicher Ideologie in den Medien viel Verwirrung, auch unter Linken, hervorgerufen hat, gehört nicht zuletzt die Einschätzung der internationalen Lage. Nach den Ereignissen vom 11. September 2001 wurde viel davon gesprochen, diese hätten die gesamte Weltsituation verändert usw. Inzwischen wird von seriösen Kommentatoren angesichts der seither eingeleiteten militär- und machtpolitischen Aktionen der Bush-Administration einer solchen Bewertung mit größerer Zurückhaltung begegnet. Die jüngsten Kernwaffendrohungen der USA gleich gegen sieben Staaten, darunter die VR China, belegen nur zu deutlich, dass es um Dinge geht, die mit dem zerstörten World Trade Center nicht das geringste zu tun haben. In einer Protestnote des chinesischen Außenministeriums an die USA fiel auch die Formulierung von einer Handvoll politischer Paranoiker, die zur Kenntnis nehmen müssen, daß sich China auch künftig keiner äußeren Bedrohung unterwerfen wird, einschließlich nuklearer Erpressung.

Chinesische Wissenschaftler haben in den letzten Jahren umfangreiche Diskussionen über die Einschätzung der internationalen Lage geführt. Sie sind zu der Feststellung gelangt, daß die tatsächliche Zäsur mit dem Zerfall der UdSSR, der Auflösung des Warschauer Vertrages, mit der Niederlage des Sozialismus in der UdSSR und den osteuropäischen Ländern eingetreten ist. Der ehemalige strategische Gegner der USA ist verschwunden, die USA leiteten eine Politik zur Erringung der alleinigen Weltherrschaft ein, sie treten als einzige Supermacht auf und wollen die frühere Bipolarität durch eine Unipolarität ersetzen. Mit der Beseitigung des Sozialismus in der UdSSR und den osteuropäischen Ländern ist die sozialistische Bewegung auf einen Tiefpunkt geraten, der Sozialismus als gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus hat eine schwere Niederlage erlitten. Aber der Sozialismus, so betonen chinesische Wissenschaftler, ist mit den Veränderungen in der früheren UdSSR und den osteuropäischen Ländern nicht vollständig zusammengebrochen. China mit einem Fünftel der Weltbevölkerung hält am sozialistischen Weg fest. Ebenso verhalten sich Vietnam, Kuba und andere Staaten. Anfang der 90er Jahre erklärte Deng Xiaoping: „Wenn Mitte des nächsten Jahrhunderts China wirklich entwickelt ist, dann hat es nicht nur der Dritten Welt mit drei Vierteln der Erdbevölkerung einen Weg geöffnet; was noch wichtiger ist, es hat der Menschheit gezeigt, daß der Sozialismus der einzig gangbare Weg ist, daß er dem Kapitalismus überlegen ist.“ Deshalb, so schlussfolgern chinesische Wissenschaftler, werden die politische Strategie der „Verwestlichung“ und „Zersetzung“ gegenüber China intensiviert. Vom Westen wird versucht, die führende Rolle der Kommunistischen Partei Chinas zu untergraben und die sozialistische Ordnung in China zu stürzen. Es geht ihm darum, die staatliche Wirtschaft, insbesondere die Finanzen, die Hochtechnologie und andere Bereiche von strategischer Bedeutung zu schwächen und zu kontrollieren, unter Nutzung der sogenannten Menschenrechts-, Nationalitäten- und Religionsfragen sowie der

Probleme mit dem Dalai Lama und mit Taiwan China Schwierigkeiten zu bereiten sowie dem Land seine bürgerlichen politischen Auffassungen und Wertvorstellungen aufzuzwingen.

Von den Wissenschaftlern wird betont, daß China keinen anderen Staat in der Welt bedroht. Für die USA ist es weder wirtschaftlich ein Kontrahent noch militärisch eine Gefahr, aber die USA beunruhigt der Aufschwung Chinas. Was ihnen „Kopferbrechen bereitet“ ist vor allem die erfolgreiche Gestaltung einer politischen und gesellschaftlichen Alternative. Daraus ergibt sich die Tatsache, daß in der Politik Washingtons gegenüber China die Elemente der Eindämmung und die Versuche, einen inneren Umsturz zu fördern, zunehmend ausgeprägt werden.

USA-Analytiker hatten erwartet, daß die marktorientierten Wirtschaftsreformen in China signifikante Veränderungen im politischen System hervorbrächten und daß die neue Generation sich enger an den Westen anschließen würde. Doch der leidenschaftliche Protest gerade junger Leute gegen die Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad und den militärischen Luftzwischenfall vor der chinesischen Küste sowie der Widerstand gegen die jüngsten atomaren Drohungen haben die Amerikaner eines anderen belehrt. Eine Einkreisungspolitik gegenüber China stößt auch auf Widerstand in den Vereinigten Staaten selbst und bei ihren Verbündeten. Allein die USA-Investitionen in China betragen über 30 Mrd. Dollar, es ist der viertgrößte Handelspartner der westlichen Hauptmacht. Ein neuer Kalter Krieg der USA würde zur Unterminierung der eigenen wirtschaftlichen Interessen in China führen. Deshalb erwarten die Analytiker, daß Washington auf dem Wege einer Konfrontation mit China nicht zu weit geht, es sei denn, die USA „verfielen in einen ernsthaften strategischen Fehler“.

Die erheblichen Veränderungen der internationalen Lage im letzten Jahrzehnt haben, so urteilen die chinesischen Wissenschaftler, zu keiner Veränderung des Charakters der Epoche geführt. Es handelt sich nach wie vor um die Epoche des Überganges vom Kapitalismus zum Sozialismus. Aber der Sozialismus befindet sich in seiner Anfangsphase, er steht noch nicht im Mittelpunkt der Epoche und nimmt noch nicht die entscheidende Position ein. Es stehe gegenwärtig auch nicht die Frage, daß weitere Länder den sozialistischen Weg einschlugen, sondern die existierenden sozialistischen Staaten müßten sich erfolgreich entwickeln. Der Hauptwiderspruch bestehe demzufolge in der jetzigen Phase auch nicht zwischen Sozialismus und Kapitalismus, obwohl dies ein grundlegender Widerspruch in der Welt ist; er dominiere gegenwärtig nicht die gesamte Weltlage. Als Hauptfragen werden Frieden und Entwicklung bezeichnet.

Die beiden Gesellschaftssysteme Sozialismus und Kapitalismus werden eine relativ lange historische Periode nebeneinander bestehen. Der Sozialismus kann zwar nicht, wie die antikommunistischen Kräfte erhoffen, beseitigt werden, er kann aber auch nicht schnell siegen. Deshalb ist die internationale Strategie Chinas darauf gerichtet, den sozialistischen Aufbau des Landes er-

folgreich durchzuführen; sie muß die internationale Gesamtsituation, die Lage der sozialistischen Weltbewegung, die Sicherheit des Landes und seiner Gesellschaftsordnung im Blickfeld haben. China muß die Überlegenheit des Sozialismus nachweisen, dem westlichen „friedlichen Wandel“ den Boden entziehen und die Beziehungen der Auseinandersetzung und der Zusammenarbeit mit den entwickelten kapitalistischen Staaten richtig gestalten. Der Kapitalismus muß für den Aufbau des Sozialismus genutzt werden.

Daraus leitet sich auch die strategische Linie Chinas auf internationalem Gebiet ab:

**Unabhängigkeit und Selbständigkeit:** China unterwirft sich keinem äußeren Druck. China legt seine Position entsprechend den grundlegenden Interessen des chinesischen Volkes und der Völker der Welt fest. China geht kein Bündnis mit anderen Staaten ein, weder politisch noch militärisch. China beteiligt sich nicht am Wettrüsten. Ziel der chinesischen Außenpolitik ist die Sicherung des Weltfriedens und die Schaffung eines friedlichen internationalen Umfeldes für den Aufbau des Landes.

China will auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz die Beziehungen mit allen Staaten entwickeln. Es strebt nach Geschlossenheit und Zusammenarbeit mit den anderen Entwicklungsländern, Solidarität mit ihnen ist Grundbestandteil der chinesischen Außenpolitik. Das Land strebt nach gutnachbarlichen Beziehungen mit seinen Nachbarstaaten.

**Kampf gegen Hegemonismus und Gewaltpolitik:** Der Supermacht darf nicht gestattet werden, in den internationalen Fragen zu kommandieren, Gewaltpolitik durchzuführen, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen, die Souveränität anderer Staaten zu verletzen und die eigene Gesellschaftsordnung und Ideologie anderen aufzuzwingen. China wird sein Gesellschaftssystem und seine Ideologie niemandem aufdrängen.

**Förderung der Multipolarisierung, Errichtung einer gerechten neuen politischen und ökonomischen internationalen Ordnung:** Es geht nicht an, daß eine Minderheit von Staaten die internationalen Angelegenheiten steuert und monopolisiert. Alle Staaten, unabhängig davon, ob sie groß oder klein, stark oder schwach, reich oder arm sind, müssen das Recht haben, gleichberechtigt an den internationalen Angelegenheiten teilzunehmen.

Die wirtschaftliche Globalisierung wird als objektiver Prozeß betrachtet, der angesichts der dominierenden kapitalistischen Produktionsweise kapitalistisch bestimmt ist. China wird sich aber nicht abschotten. Es wird keine von den westlichen Staaten angestrebte Übernahme des kapitalistischen Prinzips, daß schließlich das Privateigentum Hauptbestandteil der Wirtschaft ist, akzeptiert.

Die Auffassungen chinesischer Wissenschaftler gehen davon aus, daß die Durchsetzung der internationalen Positionen der VR China Prinzipienfestigkeit und Flexibilität erfordert. Ihre Autorität und ihr Gewicht in den internationalen Angelegenheiten wachsen sichtbar.

**Rolf Berthold**

Wie Putin Rußlands außenpolitische Interessen preisgibt

# Der Ausverkauf

Man spricht jetzt hierzulande von „Putins zehn Schlägen gegen Rußlands internationale Interessen“.

**Erster Schlag:** Die Hauptbedrohung für Rußlands Sicherheit kommt nicht vom „internationalen Terrorismus“, sondern von der NATO-Ostausdehnung. Im November 2002 wird der NATO-Gipfel in Prag offensichtlich eine Anzahl osteuropäischer Länder einschließlich Lettlands, Litauens und Estlands in die Allianz aufnehmen. Wenn sich dieses ereignet, werden wir NATO-Luftwaffenbasen in der Nähe von Moskau, St. Petersburg und anderen Zentren Rußlands bekommen. Das ist sehr gefährlich. Die üble Erfahrung Jugoslawiens bestätigt das ganz überzeugend. Aber der Kreml gibt nicht einmal ein Signal wirklicher Opposition zur NATO-Ausdehnung. Mehr als das, Herrn Putins Erklärungen während seines kürzlichen Besuchs in Helsinki wurden als Grünes Licht für die NATO-Mitgliedschaft nicht nur der baltischen Staaten, sondern auch Finnlands und Schwedens, die traditionell neutral sind, aufgefaßt.

**Zweiter Schlag:** Die Bedrohung für Rußlands Sicherheit wird zunehmend vom Süden aus spürbar und nicht von der moslemischen Welt. Es ist die NATO, welche Rußlands vitale Interessenssphären auf dem Balkan, in Transkaukasien und in Mittelasien durchdringt. Aber statt unsere südlichen Grenzen zu stabilisieren, zieht der Kreml russische Truppen aus Abchasien, Adsharien und der Region jenseits des Dnjestr ab, ungeachtet der Proteste der Bevölkerung, die eine Wiederherstellung der Allianz mit Rußland wünscht. Man hat den Eindruck, daß die kürzlichen Kämpfe in Abchasien für den Kreml ein langerwarteter Vorwand waren, den Abzug aus dieser strategisch wichtigen Region zu beschleunigen.

**Dritter Schlag:** Jugoslawien war Rußlands einziger Verbündeter in Europa. Herr Jelzin trug zu seiner Niederlage bei, indem er sich weigerte, Luftverteidigungswaffen zu liefern. Herr Putin lehnte politische und wirtschaftliche Hilfe für Jugoslawien ab, indem er die Gasversorgung Belgrads unmittelbar vor den Präsidentschaftswahlen 2000 abschnitt. Slobodan Milosevic, der sich zur Freundschaft mit Rußland bekannte, landete im Gefängnis. Die Macht in Belgrad wurde von Leuten übernommen, die voll vom Westen abhängig sind, besonders von Deutschland. Das gegenwärtige Deutschland erreichte, was Hitler verfehlte – die Eroberung Jugoslawiens. Und dann erklärt der Kreml „ein neues Stadium der Beziehungen mit Jugoslawien“. Absurd? Nein. Das widerspiegelt eine Strategie, die auf Rußlands Rückzug vom Balkan gerichtet ist.

**Vierter Schlag:** Im Nahen Osten stößt die unhaltbare Politik des Kreml im arabisch-israelischen Konflikt traditionell freundliche arabische Länder weiter ab, indem Israel gestattet wird, die „Russische Karte“ gegen die Araber und den Westen zu spielen, der Israel nicht länger bedingungslos unterstützt.

**Fünfter Schlag:** Die Öffnung des russischen Luftraums für die USA-Luftwaffe, die Übermittlung geheimdienstlicher Infor-

mationen sowie das stillschweigende Abkommen, Söldner in Rußland rekrutieren zu lassen, bedeutet, daß der Kreml in den USA-Krieg in Afghanistan direkt verwickelt ist. Die Amerikaner haben den Rückhalt des Kreml für eine ständige USA-Präsens in Zentralasien, d. h. in der Zone von Rußlands vitalen Interessen. Rußland ist von USA-Militärbasen umzingelt. Die vorzeitige und bedingungslose Unterstützung des russischen Präsidenten für die USA-„Vergeltungsaktion“ ist ein schwerer außenpolitischer Fehler, da die kurzfristigen Konsequenzen dieses Schrittes außer acht gelassen werden.

Unterdessen kommen die Hauptlieferungen von Drogen, die Rußland erreichen, nicht von den Taliban, sondern von der „befreundeten“ Nordallianz.

**Sechster und siebenter Schlag:** Ein weiterer grober Fehler ist Herrn Putins Absicht, die russische Marinebasis in Vietnam und das Elektronische Überwachungszentrum in Kuba zu schließen. Man kann sich kein größeres Geschenk für die USA vorstellen. Die russische öffentliche Meinung ist schockiert. Der Schaden für Rußlands Interessen ist so groß, daß selbst die dem Präsidenten nahestehenden Zeitungen es schwer finden, diese Entscheidungen zu erklären.

**Achter Schlag:** Man muß Herrn Putins nahezu religiöses Verlangen, Rußland in die Welthandelsorganisation (WTO) hineinzu-bekommen, hinzufügen. Dadurch werden die russischen Grenzen vollständig für die Expansion des mächtigen westlichen Kapitals geöffnet, was die russische Industrie und Landwirtschaft, die ohnehin im Ergebnis der Reformen Jelzins und Putins nur noch halb am Leben sind, total ruinieren wird.

**Neunter Schlag:** Es gibt keinen Zweifel, daß der Kreml jeglichen Widerstand gegen die Aufhebung des ABM-Vertrages durch die USA aufgeben wird. Er dürfte ganz einfach der Schaffung des Sternenkriegs-Systems zustimmen. Naive Versuche, eine gleichzeitige Verringerung der amerikanischen Kernwaffensprengköpfe zu erreichen, führen zu nichts. Die Führer der USA sind sich sehr wohl des jämmerlichen Zustandes der russischen Nuklear-Streitkräfte bewußt. Bald, selbst ohne irgendeinen Vertrag, wird Rußland nicht mehr dazu imstande sein, mehr als 1500 Sprengköpfe zu behalten. Warum sollten die USA ihr Nukleararsenal verringern, wenn das russische Arsenal ohnehin von selbst zusammenbricht?

**Zehnter Schlag:** Die russisch-chinesischen Beziehungen werden unvermeidlicherweise untergraben, da Rußland zuvor China versprochen hatte, eine feste Position in bezug auf die NATO und den ABM-Vertrag einzunehmen. China beobachtet offensichtlich mit tiefer Sorge Rußlands Kapitulation in diesen Fragen sowie das Auftauchen der U. S. Air Force nahe seiner Grenzen in Usbekistan, Tadshikistan und Kirgisien. So etwas vergißt man nicht leicht. Alles, was Herr Putin durch die spektakuläre Verbesserung der Beziehungen mit China, Indien, Vietnam, Kuba und einigen anderen Ländern erreichte, ist über Nacht fast zusammengebrochen. Was zum Vorschein kam, war Gorbatschows primitives Konzept der „gemeinsamen menschlichen Werte“ und die Unterordnung der Interessen Rußlands unter die des Westens.

Kürzlich besuchte Herr Putin Deutschland und Belgien. Wir haben seit langem kein so offenes Verlangen gesehen, den Westen zu erfreuen. Er ist eine Neuauflage Gorbatschows – auch dieser gab 1989 alles preis, zum Applaus von Mrs. Thatcher. Das ihn selbst beerdigende Verlangen des gegenwärtigen Hausherrn im Kreml, die Anerkennung des Westens zu erreichen, ist durch und durch schändlich.

Aus einem Artikel von Wjatscheslaw Teteikin, der bereits am 10. November 2001 in der „Sowjetskaja Rossija“ erschien.



Auf dem Weg der Reformen. Aus: „Sowjetskaja Rossija“.

## Was Dr. Tichauer beim Lesen fand

## Zahlen und Fakten

Wie der Journalist W. Tetekin über die Wahlen in Belorußland berichtete, wurde die Beobachtergruppe der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) durch den ehemaligen Chef des BND, Herrn Hans-Georg Wiecek, geleitet. Am 23. und 24. 2. 2002 führte die russische Stiftung „Öffentliche Meinung“ eine Umfrage in 100 Orten von 44 Gebieten durch. 32 % der Befragten verbrauchen ihr gesamtes Einkommen für Nahrungsmittel, weitere 44 % wenden dafür drei Viertel ihres Familienbudgets auf. Anhand offizieller Veröffentlichungen des Staatskomitees für Statistik der Russischen Föderation druckte die Zeitung „Na ruskom Rubeshe“ folgende von der „Sowjetskaja Rossija“ übernommene Tabelle über die Ergebnisse von zehn „Reform“-jahren

Erzeugnis	Maßeinheit	1989	2001	entspricht dem Jahr
Erdöl	Mio. t	552	337	1972
Steinkohle	Mio. t	410	269	1957
Stahlrohre	1 000 m	12 510	5 404	1965
Eisenbahnwaggons	Stück	28 000	7 385	1910
Werkzeugmaschinen	Stück	64 600	8 288	1931
Traktoren	1 000 St.	235	15,2	1931
Rundfunkempfänger	1 000 St.	5 561	273	1947
Fernsehgeräte	1 000 St.	4 465	1 004	1958
Chemiefasern u. Garne	1 000 t	731	158	1959
Holzausfuhr	Mio. m <sup>3</sup>	351	87,2	1929
Stoffe aller Arten	Mio. m <sup>2</sup>	8 707	2 617	1910
Schuhe	Mio. Paar	377,7	32,2	1900
Fleisch	1 000 t	6 621	1 233	1953
Rinderbestand 31. 12.	Mio. St.	58,8	27,1	1885
Schweinebestand 31. 12.	Mio. St.	40	15,5	1936
Schafe u. Ziegen 31. 12.	Mio. St.	61,3	15,2	1750

## Kalter Krieg und kein Ende

Politische Verfolgung in den Anfängen der Bundesrepublik Deutschland – ein Thema, das vergessen werden soll. Solchen unermüdlichen Streibern wie Lutz Lehmann, später Heinrich Hannover und heute Rolf Gössner ist es – neben den Aktivitäten der Betroffenen selbst – zu verdanken, daß das nicht gelingen wird. (Siehe auch RotFuchs Nr. 13, S. 10, u. Nr. 15, S. 20.) Mehr als 200 000 Ermittlungsverfahren wegen „Staatsgefährdung“ hat es gegeben, mehrere 1000 Menschen waren inhaftiert, wurden zum Teil zu bis zu 36 Monaten Zuchthaus verurteilt, haben in Oldenburg ebenso eingesperrt wie im ehemaligen „Moorlager“ Lingen (Quelle: „Die verdrängte Schuld der BRD – Eine Denkschrift“, herausgegeben von der Initiativgruppe für die Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges). Sie waren Kommunisten, sie haben gegen die Demontage der Hochöfen Salzgitter demonstriert und gegen die Bombardierung Helgolands. Sie wurden verurteilt, auch von Richtern, die mitverantwortlich waren für die Verbrechen der NS-Justiz. Heute verlangen die ehemals politisch Verfolgten Rehabilitierung. Sie fordern Entschädigung, für die Monate im Gefängnis und für entgangene Rentenansprüche. Doch ums Geld geht es nur sekundär: Vergangenheitsaufarbeitung und Wiedergutmachung werden ebenso gefordert wie eine kritische Auseinandersetzung mit den 50er Jahren in Westdeutschland, abseits von Nierentischromantik und „Wirtschaftswunder“. Und das

bald: Sämtliche Betroffenen sind schon im Ruhestand, einige sind bereits verstorben. Schon bald sollten Gespräche folgen, und die Chance, Antworten von Zeitzeugen zu bekommen, sollte genutzt werden.

Die Initiative zur Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges hat gemeinsam mit dem „offenen kanal Oldenburg“ eine dreiteilige TV-Reihe „Kalter Krieg und kein Ende“ produziert. Jede Sendung dauert etwa 55 Minuten. Die einzelnen Teile der Sendereihe haben verschiedene inhaltliche Schwerpunkte:

1. Spuren deutsch-deutscher Politik – politisches Engagement und Justiz
2. Betroffene kommen zu Wort – Sippenhaft, Berufsverbote, verlorene Karrieren
3. Die Rehabilitierung: die Initiative zur Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges.

■ In Berlin werden die Sendungen vom „Offenen Kanal“ (SK 8 im Kabelnetz) am **21. 5., 28. 5. und 4. 6.** ausgestrahlt: jeweils ab 19 Uhr. Kein RotFuchs sollte sich diese Geschichtsstunden (mit W. Gerns, R. Steigerwald, K. Baumgarte, G. Schröter, K. Fritsch u. a.) entgehen lassen!

Die dreiteilige Serie ist außerdem vollständig als Videokassette erhältlich – dazu gibt's noch das Buch „Kalter Krieg in Niedersachsen“. Die Kosten für Kassette, Buch und Versand betragen 18 €. Bestellungen an Heinz Rescheleit, Telefon 0441-52367, oder an Günter Thöne, Telefon 05136-82398.



„Herr Ministerpräsident Kasjanow, wie steht es um unsere Wirtschaft?“ „Die Wirtschaft ist im Aufschwung, Herr Präsident, sie gewinnt an Tempo!“ Aus: „Sowjetskaja Rossija“.

**Revisionistischer Einbruch bei Italiens Kommunisten?**

# Zwiespältiges Bild der PRC

Vom 4. bis 7. April 2002 tagte in Rimini der 5. Kongreß der italienischen Partei der Kommunistischen Neugründung (Partito della Rifondazione Comunista - PRC). Das dort verabschiedete Aktionsprogramm geht in Grundfragen von revolutionären linken Positionen für den Kampf gegen Berlusconi mit Faschisten und Rassisten gebildete Regierung aus. Auf internationaler Ebene steht der Widerstand gegen die von Bush und den USA angeführte Kriegs- und Expansionspolitik im Vordergrund. Eckpunkte sind Antikapitalismus, Betonen des revolutionären Charakters gesellschaftlicher Umwandlungsprozesse und der Rolle des Klassenkampfes, Bekenntnis zur sozialistischen Perspektive und zur internationalen Solidarität mit den Befreiungskämpfen in der Dritten Welt, darunter leidenschaftliches Engagement für den Kampf des palästinensischen Volkes. Die PRC soll „kommunistische Massenpartei“ werden. Gegen Berlusconi will sie die Aktionseinheit einer „pluralistischen alternativen Linken“ herstellen und ein breites Bündnis mit der bürgerlichen Mitte schließen. Den Kern soll die „Allianz mit den Linksdemokraten“ der DS bilden, deren Partei über Etappen aus der früheren IKP hervorgegangen ist. Bereits zu den Kommunalwahlen Ende Mai, zu denen 13 Millionen Italiener aufgerufen sind, soll das Bündnis stehen, um der rechtsextremen Koalition eine Niederlage zu bereiten.

Daneben muß man den widersprüchlichen, auch zweideutigen Charakter nicht weniger Beschlüsse und die schwerwiegenden Kompromisse sehen, die angesichts einer Bilanz erfolgreichen Kampfes paradox anmuten. Die PRC steht mit rund 100 000 Mitgliedern in den antiimperialistischen Klassenauseinandersetzungen an der Spitze. Bei den Parlamentswahlen im Mai 2001 durchkreuzte sie das offen verkündete Ziel ihrer Gegner, sie als parlamentarische Kraft zu liquidieren, und behauptete sich mit über 5 % Wählerstimmen, errungen nur auf der proportionalen Parteienliste, über die lediglich 25 Prozent der Mandate vergeben werden, da zu 75 Prozent das reaktionäre Mehrheitswahlrecht gilt. Im Kampf gegen den rechtsextremen Regierungskurs und bei der Formierung des Widerstandes gegen einen in der Nachkriegsgeschichte beispiellosen Sozial- und Demokratieabbau steht die PRC als Initiator der meisten Aktionen in der ersten Reihe. Beim überwiegenden Teil der in Italien Hunderttausende Anhänger zählenden Antiglobalisierungsbewegung ist sie als Partner mit hoher Kompetenz und großem Einfluß in der Gesellschaft anerkannt. Ihre enorme Mobilisierungskapazität wurde erneut beim Generalstreik am 16. April sichtbar, der in erster Linie das Verdienst ihrer Basisarbeit - vor allem auch in den Gewerkschaften - war. Die PRC ist so gesehen auf gutem Weg, die Spitze der Massenbewegung zu übernehmen. Das erfordert bekanntlich, auf der Grundlage der Lehren unserer Klassiker und der Erfahrungen solch hervorragender italienischer Revolutionäre wie Antonio Gramsci, Palmiro Togliatti und Luigi Longo dem Proletariat das für den revolutionären Kampf erforder-

liche sozialistische Bewußtsein zu vermitteln. Anders ausgedrückt, die Einheit zwischen Theorie und Bewegung herzustellen. Das schließt ein, sich ständig mit der bürgerlichen Ideologie auseinanderzusetzen. Genau hier hat die PRC nun in entscheidenden Punkten revisionistischem Einfluß nachgegeben. In der Substanz kommt das vor allem in einer Absage an den Marxismus-Leninismus zum Ausdruck. Nicht nur Lenin, sondern auch Marx werden nur noch im historischen Kontext und unter bestimmten Gesichtspunkten erwähnt. Darunter fällt die Leninsche Imperialismus-Analyse, die als „unangemessen zur Interpretation der Herrschaftsform des neuen Kapitalismus“ gesehen wird. Die PRC verzichtet bewußt auf die führende Rolle der Partei. Dieser Schritt in Richtung Revisionismus bewirkte zwangsläufig die Reduzierung der Bedeutung Gramscis als Theoretiker der Hegemonie der Arbeiterklasse auf ebenfalls historische Aspekte, was den besonders erbitterten Widerstand linker Opponenten dieser als „Wende nach links“ ausgegebenen Rechtsschwenkung hervorrief. Das Ganze wurde komplettiert mit der Übernahme des bürgerlichen Terminus „Stalinismus“, mit dem das sozialistische Gesellschaftsmodell in der UdSSR etikettiert wird.

Ohne diese „Öffnung“, so die Argumente der Revisionisten, wäre es der PRC nicht möglich, in der „Bewegung“ (worunter die Globalisierungsgegner, auch „Bewegung der Bewegungen“ genannt, verstanden werden) anerkannt und aktiv zu sein. Die Führerrolle wird der „Bewegung“ zugeschrieben, in der die PRC „Gleiche unter Gleichen“ sein will. Auch Aktionseinheit und Mitte-Links-Bündnis erforderten diesen Schritt. Daß der revisionistische Einbruch zugleich in anderen theoretischen Fragen zu Verwässerung und Verschwommenheit führt, kann hier nur am Rande erwähnt werden. So wird es für möglich gehalten, daß aus der „Bewegung“ eine neue Arbeiterbewegung hervorgehen könne, an anderer Stelle aber eingeräumt, daß sie „keine ausgesprochen antikapitalistische Bewegung ist oder noch nicht ist, es aber werden kann“. Negiert wird im Prinzip der Grundwiderspruch von Arbeit und Kapital, was zur Einschätzung einer „unipolaren Welt“ führt. Von der besonderen Empfänglichkeit dieser heterogenen Bewegung für den Einfluß der bürgerlichen Ideologie war keine Rede.

Die im Dezember 1991 nach der Umwandlung der IKP in eine Partei sozialdemokratischen Typs (die heutige DS) entstandene PRC sollte eine Neugründung und ein Bruch mit dem Opportunismus sein, der zum Untergang der IKP geführt hat. Aber die Auseinandersetzung darüber wurde verschleppt. Zwei reformistische Abspaltungen hätten Warnung sein müssen, die letzte 1998 unter dem damaligen Parteivorsitzenden Armando Cossutta, mit dem etwa 20 000 Mitglieder die PRC ver-

ließen, um in Anlehnung an die frühere IKP (PCI) die Partei der Kommunisten Italiens (PdCI) zu gründen, welche in die Mitte-Links-Regierung eintrat und dort die NATO-Aggression gegen Jugoslawien mit absegnete. Die Furcht vor einer neuen Spaltung, welche die Partei zu „Ohnmacht“ verurteilt hätte (Bertinotti), bewirkte jetzt, daß sich die revisionistische Strömung auf dem Kongreß durchsetzen konnte.

Die marxistisch-leninistische Tendenz, zu welcher auch der Philosoph Prof. Domenico Losurdo gehört, hat „strategischen Dissens“ angekündigt. Sie gibt das Monatsbulletin „Aginform“ heraus und will in der Tradition Gramscis als Sammelpunkt eine kommunistische Zeitung schaffen. Daß es ihr gelang, die Umbenennung der PRC und die Beseitigung des Parteisymbols mit Hammer und Sichel zu verhindern, wertet sie als eine empfindliche Schlappe der Revisionisten. Auch daß der mit 87 % als Sekretär wiedergewählte Fausto Bertinotti (der gern mit August Bebel verglichen wird) die Frage der Umwandlung für „offen“ erklärte, wird als positiver Ansatzpunkt betrachtet. Des weiteren das in den „politischen Thesen“ festgeschriebene Bekenntnis zur „kommunistischen Identität“, zu dem Bertinotti betonte: „Eine große Idee stirbt nicht.“ Auch wenn sich darin, wie in anderen Fragen, so der Bekräftigung der Kontinuität des Kampfes der Partei, Kompromißcharakter und Zwiespältigkeit ausdrücken, wird das als eine Möglichkeit gesehen, den revisionistischen Einfluß auf zu halten, zurückzudrängen und schließlich zu überwinden. Dabei setzt der linke Flügel auch auf das revolutionäre Aktionsprogramm, dessen Verwirklichung zwangsläufig zu den Lehren der Klassiker zurückführen müsse.

**Gerhard Feldbauer**



**Berlusconi Forza Italia hat den Faschisten Fini im Gepäck.**  
Aus: „Solidaire“, Brüssel

## Schlechtestes Wahlergebnis in der Geschichte der FKP

# Abfuhr für Robert Hue

Aus den französischen Präsidentschaftswahlen, bei denen der „kommunistische“ Bewerber, der Rechtsopportunist Robert Hue, mit 3,37 % auf dem 11. Platz unter 16 Anwärtern landete, während die beiden trotzkistischen Kandidaten Arlette Laguiller (Lutte Ouvrière) und Olivier Besancenot (LCR) zusammen auf mehr als 11 % kamen, ist die faschistische Ultrarechte von Le Pen gestärkt hervorgegangen. Während sich sogar die gemäßigeren Kräfte der Bourgeoisie der von ihnen mit heraufbeschworenen Gefahr bewußt zu sein scheinen, wird das Desaster der Sozialisten Jospins und der von ihnen seit 1997 in eine sogenannte Regierung der pluralistischen Linken mit eingebundenen FKP von den Medien nur noch am Rande erwähnt. Doch zwischen beiden Ereignissen – dem bedrohlichen Aufstieg der Faschisten, der einen geschworenen Reaktionär wie Jacques Chirac jetzt in die Rolle des Retters der Republik drängt, und dem Absturz der in einer glücklosen Koalition des Krieges und des Sozialabbaus vereinigten Sozialisten, Grünen und Kommunisten – besteht ein enger Zusammenhang.

Die FKP, für die 1946 nicht weniger als 28,6 % der Franzosen votierten und die jetzt ihr historisch schlechtestes Ergebnis einfuhr, wurde unter Hue und dessen inzwischen gespaltenem Nationalkomitee buchstäblich zugrunde gerichtet. Die Rechtsopportunisten sind im wahrsten Sinne Totengräber der Partei. Selbst in deren letzten Hochburgen, den Départements Nord (ihr Anteil sank hier von 12 % im Jahre 1995 auf 5 %) und Pas-de-Calais (14 %/5 %) war die Katastrophe total.

Zweifelloso hat der Abstieg der erstmals ersten Partei Frankreichs schon viel früher – spätestens unter Georges Marchais, einem der Väter des Eurokommunismus – begonnen. Bereits 1976 verabschiedete man sich auf einem Parteitag von der Marx'schen Diktatur des Proletariats und anderen theoretischen Prämissen. In der Folge ging die FKP immer stärker auf Distanz zur Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern. Nach dem Sieg der Konterrevolution in Europa gab es dann kein Halten mehr. Als Nationalsekretär der FKP entsorgte Robert Hue die Partei völlig vom Marxismus-Leninismus, an dessen Stelle er die selbstverstümmelnde „Mutation“ setzte, mit der die Sozialdemokratisierung ihren Lauf nahm. Systematisch wurden die Betriebszellen liquidiert, deren Zahl innerhalb des letzten Jahrzehnts von 2 800 auf 200 sank. Der 30. Parteitag im Oktober 2001 zog dann die Bilanz der völligen Entwaffnung einer einst ruhmreichen Partei, die in den Jahren der Volksfront, während der antifaschistischen Résistance und im Nachkriegsfrankreich eine prägende Rolle gespielt hatte.

Doch massiver Widerstand gegen den Hue-Kurs baut sich auf. Am 27. Januar 2002 wurde die „Nationale Föderation der Vereinigungen für die Kommunistische Wiedergeburt“ (FNARC) geschaffen. Selbst noch keine Partei, sondern eine Übergangsorganisation, die beim Entstehen einer wahren kommunistischen Massenpartei ganz natürlich verschwinden wird, vereinigt die FNARC auf gleichem Fuße Mitglieder der FKP, ehemalige Genossen dieser Partei und Junge, die noch nie ein Dokument besessen haben.

Man muß zur Kenntnis nehmen, daß viele Ex-Wähler der Kommunisten inzwischen entweder der sozialen Demagogie der Nationalen Front Le Pens zum Opfer gefallen oder den revolutionären Phrasen der Trotzkisten auf den Leim gegangen sind. Von den zuletzt Genannten ist keine fortschrittliche Alternative zu erwarten. So radikal ihre Losungen auch klingen mögen. Sie sind und bleiben Gegner der revolutionären Arbeiterbewegung. Als Reaktion auf die Preisgabe der gesicherten



**Robert Hue: „Aber was machen wir jetzt mit diesen Werkzeugen?“**

Aus: „Solidaire“, Brüssel.

Staatsgrenze in Berlin applaudierte die trotzkistische IV. Internationale, zu der auch Besancenots LCR gehört, dem sich abzeichnenden Sturz des europäischen Sozialismus mit den Worten: „Nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion eröffnet sich eine neue Epoche. Wir haben das Ende der bürokratischen Diktaturen, die wir von Anfang an bekämpften, ohne Bedauern begrüßt.“ Nur einen Monat später gab auch Arlette Laguillers „Lutte Ouvrière“ ihr konterrevolutionäres Bekenntnis ab: „Die Arbeiterklasse hat durch die aktuelle Entwicklung in der DDR nichts verloren, und selbst wenn sich die deutsche Wiedervereinigung gänzlich unter der Ägide des Kapitalismus vollziehen sollte, gibt es für die Revolutionäre keinen Grund, sich ihr entgegenzustellen.“

Die Tatsache, daß ausgerechnet sich rot und revolutionär gebärdende pseudolinke Parteien dieses Zuschnitts zum Auffangbecken für Millionen einstmalig kommunistischer Stimmen geworden sind, widerspiegelt deren Rolle im System bürgerlicher Machtausübung ebenso wie den ideologischen Zersetzungsprozeß der FKP, die diese linken Wähler zum Positionswechsel gebracht hat

R. F., gestützt auf  
„Initiative Communiste“, Paris

### Indiens Kommunisten wirken für linke Einheitsfront

## Die Reaktion gemeinsam schlagen!

Die beiden großen kommunistischen Formationen des zweitvolkreichsten Landes der Erde – die KP Indiens (Marxistisch) und die KP Indiens – haben unlängst im Abstand nur weniger Tage Parteikongresse abgehalten. Ihre anfängliche Gegnerschaft war eine Folge des tragischen und desaströsen Konflikts zwischen der Sowjetunion und China. Auch der Grenzkrieg zwischen Indien und China spielte da hinein. Während die KPI als „prosojettisch“ galt, bezeichnete man die KPI (M) zunächst als „prochinesisch“. Später kam es – bei weiterbestehenden Unterschieden in ideologischen und taktischen Fragen – zu einer Annäherung, aus der sich schließlich Beziehungen der Solidarität und Aktionseinheit entwickelten.

Die 750 Delegierten des 17. Parteitages der KPI (M) traten vom 19. bis 24. März Hyderabad zusammen. Sie stammten aus allen 26 Unionsstaaten Indiens und vertraten 700 000 Kommunisten. Hier wie auf dem 18. Parteitag der schon 1925 gegründeten KPI, der am 26. März in Keralas Hauptstadt Trivandrum seine Beratungen aufnahm, ging es in den Berichten der Generalsekretäre Harkishan Singh Surjat und A. B. Bardhan, die jeweils auch bei der anderen KP Grußansprachen hielten, um ein gemeinsames Projekt: die breite Linke Front, die als Alternative zur Rechtsaußen-Position der Regierungspartei BJP entstehen soll. Während die KPI taktische Bündnisse mit der Kongreßpartei offenbar nicht ausschließt, verhält sich die KPI (M) hier reservierter und beschränkt sich darauf, diese jetzt ebenfalls in die Opposition verwiesene großbürgerliche Formation als „sekuläre (weltliche) Kraft“ zu bezeichnen.

Wichtig ist die Einschätzung des Charakters der gegenwärtigen Macht. Die KPI (M) geht davon aus, daß die regierende BJP von Premier Vajpajee faschistoide Gruppierungen fanatischer Hindu-Fundamentalisten umschließt, lehnt aber zugleich die Vorstellung ab, der Faschismus stehe bereits vor Indiens Haustür. Dennoch wird von beiden Parteien die latente Gefahr weiterer Faschisierung nicht unterschätzt. Die jüngsten Ausschreitungen gegen Moslems in Gujarat, wo es zu regelrechten Pogromen kam, nachdem Hindu-Extremisten an der Stelle einer zerstörten Moschee ihren Tempel zu errichten versucht hatten, seien in diesem Sinne ein warnendes Signal gewesen.

Die anlässlich des 18. Parteitages der KPI ganz in rotes Fahnenrot gehüllte und mit zahlreichen revolutionären Kunstwerken und Bildern kommunistischer Märtyrer ausgestattete Hauptstadt des südindischen Staates Kerala, wo die Kommunisten schon 1957 an die Macht gekommen waren, stand im Zeichen großer Errungenschaften, von denen einige nach der jüngsten Wahlniederlage in dieser Region akut bedroht sind. Das Jahrzehntelang von der KPI regierte Kerala kennt nämlich kein Analphabetentum und keine soziale Diskriminierung im Bildungswesen; es verfügt über vorbildliche Gesundheitseinrichtungen und vermeldet die niedrigste Kindersterblichkeit in Indien sowie eine weit höhere durchschnittliche Lebenserwartung, als sie andere Unionsstaaten ausweisen. An der Abschlußkundgebung des 18. Parteitages der KPI nahmen 150 000 Menschen teil.

R. F., gestützt auf „People's Weekly World“, New York und „The Guardian“, Sydney

## Warum die NATO den Milosevic-Prozeß ausblenden läßt

# Das Debakel der Carla del Ponte

Die Methode ist hier im Westen seit den Prozessen gegen Angehörige militanter anti-imperialistischer Gruppen bekannt. Sie wurde nach der Konterrevolution von 1989/90 auf Offiziere und Soldaten der Grenztruppen, Tschechisten, Richter, Staatsanwälte und Politiker der DDR ausgedehnt: Einer Anklage folgen präparierte „Zeugen“, auch „Opfer“ genannt, die das unterstellte „Verbrechen“ beweisen sollen. Jegliche Legitimität des Handelns der Angeklagten wird von vornherein in Abrede gestellt. Sprachregelungen der gleichgeschalteten Medien, deren Inszenierungen den von Sender zu Sender, von Zeitung zu Zeitung durchgereichten „Opfern“ den gewünschten Showeffekt zu garantieren haben, gehören zum Ritual. Die Konstruktion einer „Befehlskette“ oder einer „kriminellen Vereinigung“ ermöglicht die Verallgemeinerung der Vorwürfe bei Ausschluß individueller Schuldbeweise. Ziel dieser Methode ist die vorgespiegelte Entpolitisierung und die gezielte Reduzierung auf „gewöhnliche Kriminalität“.

Nach genau dieser Methode, perfektioniert durch langjährige Erfahrungen, soll der Haager Schauprozeß gegen Slobodan Milosevic über die Bühne gehen. Mit einem Unterschied: Hier stören die Medien. Deshalb erfolgte der rasche Abbruch der Direktübertragung des Anklageplädoyers gegen den NATO-Terrorismus, das der Angeklagte zu Beginn der „Hauptverhandlung“ hielt. Danach fand kaum noch ein kompletter Satz von Milosevic Eingang in die Medien – eine Widerspiegelung des moralischen Sieges, den er mit seinem Auftreten errungen hatte. Um aus dem Schlamassel wieder herauszukommen, begrenzte das Tribunal überdies die Redezeit des gefangenen Antiimperialisten.

Dann ließ man eine lächerliche Riege von „Zeugen serbischer Unterdrückung“ und „Opfern des Milosevic-Regimes“ aufmarschieren. Dabei wurde die hierzulande übliche Praxis, Kronzeugen mit einstudierten Aussagen in Aktion treten zu lassen, ebenfalls angewandt. Doch sobald die Sprüche aufgesagt waren, trieb Milosevic die von der Anklägerin beschafften „Belastungspersonen“ mit glasklaren Fragen in die Enge. Übrig blieben durchschaubare Lügen. Auch die Interventionen des Gerichts retteten die „Opfer“ nicht. Unter ihnen befanden sich – wie so oft im Klassenkampf – auch Renegaten. Der „ehemalige Kommunist“ Bakali, ein Albaner aus dem Kosovo, war einer davon. Er wollte Milosevics berühmte Amselfeld-Rede vom 29. 6. 1989 als eine Direktive zur „Beseitigung der Autonomie“ und Aufruf zur Repression auslegen. Tatsächlich hatte der Präsident an die Jugoslawen appelliert, ihren Vielvölkerstaat gegen die sich abzeichnende Zerstückelung zu verteidigen. Die NATO aber behauptete, bei der Ansprache sei es um die Unterdrückung der Albaner gegangen. Sie benutzte die Amselfeld-Rede als Rechtfertigungsargument für ihre Aggression und legte sie der Haager Anklage zugrunde. Nachdem Milosevic den „Zeugen“ mit dem tatsächlichen Wortlaut konfrontiert und so der Falschaussage überführt hatte, sank Herr Bakali förmlich in sich zusammen. Der Angeklagte wies ihm nach, daß der betreffende Beschluß über die angebliche „Aufhebung der Autonomie“ bereits drei Monate vor der Rede, am 29. 3.

1989, gefaßt worden war. Und zwar vom Parlament des Kosovo, also auch den albanischen Parteien. Mit ihm war keineswegs die Autonomie der Provinz, sondern lediglich die Gleichstellung mit einer Bundesrepublik aufgehoben worden, was begreiflicherweise jene im NATO-Lager empörte, die diesen Landesteil gerade von Serbien abtrennen wollten. Ein anderer „Zeuge“ war Lord Ashdown aus Großbritannien, 1998 „OSZE-Beobachter“ im Kosovo. Er hatte die „unangemessene Reaktion“ der jugoslawischen Sicherheitsorgane auf den UCK-Terrorismus zu bekunden. Auf Milosevics Fragen, ob sich an den betreffenden Orten tatsächlich UCK-Leute befunden hätten, mußte der noble Herr das schließlich zugeben. Der angeklagte Ankläger erinnerte Ashdown daraufhin an den Blutsonntag, der sich vor 30 Jahren im nordirischen Derry ereignet hatte, bei dem die britische Armee 19 unbewaffnete Demonstranten erschoss. Ob das auch eine „unangemessene Reaktion“ gewesen sei, fragte er den Lord. Dieser wies das zurück. Damals sei es um den Kampf gegen den Terrorismus gegangen. Das Londoner BBC-Fernsehen sparte diese Szene bei seiner Übertragung aus. Milosevic blieb nur noch die Feststellung, Jugoslawiens Polizei und Armee hätten im Kosovo nicht gegen Zivilisten, sondern gegen schwerbewaffnete Terroristen gekämpft.

Ein weiterer Albaner wollte beweisen, welche Schäden Operationen der Jugoslawen in seinem Heimatdorf angerichtet hätten und wie viele Opfer es gegeben habe. Mit hervorragender Ortskenntnis ausgerüstet, wies Milosevic ihm nach, daß die ums Leben gekommenen entweder von NATO-Bomben getötet oder erfunden worden seien. Er überführte den Mann als Schwindler, da er sich in seinem angeblichen Ort tatsächlich überhaupt nicht auskannte. Den Gipfel des Lächerlichen bildete der Auftritt des Kosovo-Präsidenten



Rugova – einer weiteren NATO-Marionette. Auch ihm erteilte Milosevic eine Abfuhr.

In Den Haag wird die Story der Carla del Ponte von „Zeuge“ zu „Zeuge“ immer dünner. Die Absurdität der Anklage tritt zutage. Das Ansehen von Slobodan Milosevic aber wächst in dem gleichen Maße, in dem die Konstruktion seiner Verfolger zusammenbricht. Vor allem in Jugoslawien selbst ist sein Prestige außerordentlich gestiegen. Deshalb wies der Belgrader BND-Agent und Regierungschef Zoran Djindjic das serbische Fernsehen an, die Übertragungen aus Den Haag einzustellen. Die Vaterlandsverräter, die Milosevic den Feinden Jugoslawiens ausgeliefert haben, scheuen jetzt die Öffentlichkeit. Die Stimmen jener unter den NATO-Freunden mehren sich, die nach einer raschen Beendigung des Prozesses rufen – so oder so. Was das bedeuten könnte, ist in diesem Land seit den Stammheimer Toten vom 18. Oktober 1977 bekannt. Auch die auf physische und psychische Schwächung abzielenden Haftbedingungen, denen Milosevic unterworfen wird, sind alarmierend. Von Anfang bis Mitte April mußte der Prozeß bereits einmal wegen seines schlechten Gesundheitszustandes unterbrochen werden. Da gilt es, die Solidarität mit dem unbeugsamen antiimperialistischen Kämpfer im NATO-Gefängnis entschieden zu verstärken.

Werner Hoppe

### Protest gegen Landesverrat

Nach dem neuen Angriff der Vertreter des Belgrader kolonialen Regimes auf die Verfassung, nationale Souveränität und Würde der Völker Jugoslawiens – gemeint ist das rechtswidrige „Gesetz zur Zusammenarbeit mit dem Gericht in Den Haag“ – beging Vljako Stojiljkovic, ehemaliger Innenminister der Serbischen Republik und Abgeordneter der Sozialistischen Partei Serbiens (SPS) im Föderalen Parlament, der zusammen mit Präsident Milosevic wegen „Kriegsverbrechen“ angeklagt ist, auf den Stufen des Parlamentsgebäudes Selbstmord. In einem Abschiedsbrief, den er an seine Kollegen verteilen ließ, erklärte er seinen „Protest gegen das derzeitige Marionettenregime aus DOS und montenegrinischer „Koalition für Jugoslawien“. Er klagte Djindjic, Kostunica und weitere „führende Repräsentanten“ der gegenwärtigen Macht direkt an, für seinen Tod verantwortlich zu sein und rief die Bürger Jugoslawiens auf, Vergeltung für die an ihm und anderen Patrioten begangenen Verbrechen zu üben. ■

## Argentinens Fußballstar spendet Bucheinahmen

# Maradona: Kuba ist ein Beispiel

Die argentinische Fußball-Legende Diego Maradona - der Sportler befand sich längere Zeit zu ärztlicher Behandlung auf der Karibikinsel - hat anlässlich der Internationalen Buchmesse von Havanna bekanntgegeben, er spende die Tantiemen einer dort erschienenen Ausgabe seines autobiographischen Berichts „Ich bin jedermanns Diego“ dem kubanischen Volk und Fidel.

„Ich will nicht lange reden. Ich verstehe mich aufs Fußballspielen, Fidel weiß, wie man spricht“, sagte Maradona. Er wolle sich für Freundschaft und Hilfe in schwierigen Augenblicken seines Lebens bedan-

ken. „Ich bewundere dieses Land“, fügte er hinzu. In Kuba gebe es etwas, dem man in den meisten Ländern der Welt nicht begegne: Achtung vor allen Menschen.

Zum Schluß seiner kurzen Rede wandte sich Maradona der Lage in Argentinien zu: „Mein Land ist explodiert. Dort gibt es weder Bildung noch Gesundheitsfürsorge noch Zukunft, nichts dergleichen. Deshalb habe ich immer davon gesprochen, daß Kuba ein Beispiel ist, das geschützt werden muß.“

R. F.

(gestützt auf Straight Left, London)

# !Presente!

■ Am 27. März verstarb nach langer schwerer Krankheit unser Freund und Genosse **Klaus Croissant**. Zur Erinnerung an den von der BRD-Klassenjustiz voll Haß verfolgten Rechtsanwalt zwei Zitate, die klarmachen, woher dieser Haß rührte. In seinem „Brief aus einem deutschen Gefängnis“ schrieb Croissant Anfang 1993:

„Tabula rasa durch Spurenvernichtung steht auf dem Programm. Ausgelöscht aus dem Gedächtnis der Menschen soll alles werden, was daran erinnern könnte, daß es – allen Schwierigkeiten und Fehlern zum Trotz – vierzig Jahre lang ein anderes Deutschland gab, das den Versuch unternommen hat, ein sozialistisches Gesellschaftsmodell zu verwirklichen. Nichts, was in der DDR an das sozialistische Staatsziel ihrer Verfassung erinnern könnte, darf vor der siegreichen BRD bestehen bleiben. Keine Gedenkstätten und Denkmäler, keine Namen von Straßen und Plätzen, die an die Geschichte der Arbeiterbewegung und des antifaschistischen Widerstandes erinnern, sind vor dem Versuch sicher, Geschichte nicht nur zu verfälschen, sondern sie einfach auszulöschen. Die Namen von Bersarin und Babeuf, von Ho Chi Minh und der Pariser Commune sind aus dem Straßenbild Berlins verschwunden, Lenin ist vom Sockel gestürzt. Ehrenbürger Berlins sind in einem gemeinsamen Festakt Kohl, Reagan und Gorba-tschow geworden.

Was die alte BRD nie geleistet hat und nie leisten wollte, mit der nazistischen Hinterlassenschaft im Staat und seinen Institutionen wenigstens personell zu brechen und die Henker – einschließlich derer in Robe – zur Rechenschaft zu ziehen, soll in der neuen Bundesrepublik durch neue Berufsverbote und Strafprozesse exemplarisch an jenen Menschen nachgeholt werden, die nach 1945 das Wagnis auf sich genommen haben, ein anderes – sozialistisches – Deutschland aufzubauen. Damit sich niemals wieder jemand traue.“

Und in seinem Schlußwort vor dem Berliner Kammergericht erklärte Croissant am 3. 3. 1993:

„Ich bekenne mich nach wie vor zu dem Ziel einer sozialistischen Gesellschaft, in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist. Schon vor meiner Inhaftierung und verstärkt während meiner Moabiter Haftzeit habe ich mich mit dem Gedanken beschäftigt, wie der völligen Niederwalzung von allem, was mit der DDR und ihrer Geschichte verbunden war, entgegengewirkt werden kann. Ich meine, daß es an der Zeit ist, der seit dem Untergang der DDR auf Hochtouren laufenden

Kampagne entgegenzutreten, die unterlassene Auseinandersetzung mit dem NS-Staat nun an der DDR zum Nachteil aller Menschen nachzuholen, die nach der Befreiung vom Faschismus den schließlich gescheiterten Versuch unternommen haben, ein anderes – sozialistisches – Deutschland aufzubauen.

Die Zeit erscheint reif, durch ein Schwarzbuch zu dokumentieren, daß und weshalb die Politik der gezielten Vernichtung aller Spuren der Geschichte der DDR vor keinem gesellschaftlichen Bereich haltmacht. Tausende und Zehntausende von Bürgerinnen des in der BRD aufgegebenen Staates DDR sollen im Rahmen dieser Spurenvernichtung durch Strafverfahren, Kündigungen von Arbeits- und Mietverhältnissen, neue Berufsverbote und selbst durch Kürzung von Sozialrenten gesellschaftlich ausgegrenzt werden. Ziel des Schwarzbuches muß es deshalb sein, Tatsachen, Gründe und Ziele des Scherbengerichtes offenzulegen, das die BRD über die DDR, das siegreiche über das besiegte Gesellschaftssystem veranstaltet. Das Schwarzbuch soll die überfällige breit angelegte Diskussion über die beschleunigte Beendigung dieser Art von Vergangenheitsbewältigung anfangen.“

(Siehe dazu die inzwischen vorliegenden sechs „Weißbücher“ der GBM; RotFuchs Nr. 39, S. 18.)

■ Im letzten „RotFuchs“ hatte ich an den 50. Todestag Philipp Müllers erinnert, den 11. Mai 1952 – fast genau 15 Jahre später starb erneut ein junger Mann durch Kugeln aus einer Polizeipistole: **Benno Ohnesorg**. Ohnesorg, Jahrgang 1941, war Dekorateur und kam über den zweiten Bildungsweg zum Studium der Germanistik und Romanistik. Der Pazifist und aktive Angehörige der Evangelischen Studentengemeinde nahm am 2. Juni 1967 in Westberlin zum erstenmal an einer Demonstration teil. Er erlebte die Prügellaktion zu Ehren Reza Pahlawis, des Schahs von Persien, der damals die BRD und Westberlin besuchte. Ein Kriminalbeamter versuchte, Ohnesorg festzunehmen. Dieser riß sich los, wurde aber gleich darauf von einigen Polizisten überwältigt und zusammengeschlagen. In diesem Moment kam Kriminalobermeister Karl-Heinz Kurras mit entschärfter Dienstpistole in der Hand hinzugelassen. Aus kurzer Entfernung schoß er Ohnesorg in den Kopf. Der Student starb wenig später auf dem Operationstisch. Polizei und Ärzte versuchten zunächst, die Angelegenheit zu vertuschen: Als Todesursache gaben sie Schädelbruch an. Als sich die wahren Umstände nicht länger verheimlichen ließen, wurde die Schuld den Studenten angelastet. Bürgermeister Albertz billigte zunächst das Verhalten der Polizei „ausdrücklich und mit Nachdruck“. Am nächsten Tag schrieb die BZ: „Was gestern in Berlin geschah ..., das war kriminell. Das

war kriminell in übelster Weise. Diese Leute können von der Bevölkerung kein Verständnis mehr erwarten.“ Gemeint waren (natürlich) die Demonstranten – nicht die Polizisten ...

Die Proteste der Studenten waren gerichtet gegen die Unterdrückung des iranischen Volkes, gegen den schreienden Gegensatz zwischen der Armut breiter Bevölkerungsschichten und dem pompösen Reichtum einiger herrschender Familien in diesem Land, die zudem mit dem internationalen Kapital eng verbunden waren. Die Ermordung Ohnesorgs löste die bis dahin größten Protestaktionen der oppositionellen Bewegung der BRD und Westberlins aus.

**Buch-Tips:** *Bedingungen und Organisation des Widerstandes*. Voltaire-Verlag, Westberlin 1967, 156 S.

K. Nevermann: *Der zweite Juni 1967*. Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1967, 152 S.

■ Vor 60 Jahren, am 9. Juni 1942, traf in Prag ein Fernschreiben ein, dessen Inhalt über die Zukunft des Dorfes **Lidice** und seiner 483 Einwohner entschied.

„... auf Grund einer Führerbesprechung (ist) die Ortschaft Liditz folgendermaßen noch am gleichen Tag zu behandeln:

1. Alle männlichen Erwachsenen sind zu erschießen, 2. alle Frauen sind in Konzentrationslager zu überstellen, 3. die Kinder zu sammeln und, soweit eindeutschungsfähig, an SS-Familien ins Reich zu geben ... 4. die Ortschaft ist niederzubrennen und dem Erdboden gleichzumachen ...“

Mit der Ausführung dieser Anordnung sollte der Tod des Reichsprotectors Reinhard Heydrich „vergolten“ werden, der fünf Tage zuvor in Prag den Folgen eines Attentates erlegen war. Noch am Abend desselben Tages kamen sie. Die Frauen trieben sie zusammen mit ihren Kindern in die Dorfschule, die Männer auf einen nahe gelegenen Hof. Als man tags darauf pünktlich um 7 Uhr daranging, die Männer zu erschießen, waren ihre Kinder und Geschwister bereits auf dem Weg nach Lodz. Die Frauen von Lidice trafen am 14. Juni in Ravensbrück ein. Nachdem Lidice auf diese grausame Weise entvölkert worden war, rückte am 11. Juni 1942 der Reichsarbeitsdienst mit täglich hundert Mann an und schaffte „Ordnung“. Am Nachmittag des 1. Juli meldete man den Abschluß des Zerstörungswerkes. Bis auf die Grundmauern und den Schutt zeugte nichts mehr von der Existenz des Dorfes Lidice.

### Literaturhinweis:

Rostislav Kocourek: *Lidice*, Orbis-Verlag, Prag 1972, m. Abb., 68 S.

Vladimir Konopka: *Lidice*, Prag 1983

Dusan Hamsik/Jiri Prazak, *Eine Bombe für Heydrich*, Buchverlag Der Morgen, Berlin 1964, 368 S.

Heinrich Mann: *Lidice. Roman. Aufbau-Verlag Berlin 1984, 294 S.* **W. M.**



## Leserbriefe an **RotFuchs**

Den Solidaritätsaufruf der DKP mit dem Volk Palästinas finde ich ganz ausgezeichnet, aktuell und zur richtigen Zeit. Dennoch habe ich eine Bemerkung zu dem historischen Hintergrund des israelisch-palästinensischen Konflikts. Im dritten Absatz des Aufrufs heißt es u. a.: „Selbst die von der Sowjetunion geführten sozialistischen Länder verfolgten hier ihre Ziele, als sie glaubten, gestützt auf eine sozialistisch orientierte Kibbuzim-Bewegung, einen stabilen Vorposten im arabischen Raum installieren zu können.“

Wo kommt denn dieser Unsinn her?

Wie liegen die Dinge wirklich? Auf der Grundlage einer auf Lassalle gestützten, von Berl Borochow (1881–1917) für zionistische Ziele entwickelten Konzeption war die Kibbuz-Bewegung entstanden, die sich für „sozialistisch-kooperative Inseln in einer kapitalistisch orientierten Gesellschaftsordnung“ einsetzen wollte. Es handelt sich dabei um eine vom Marxismus abgelehnte ideologische Synthese von Zionismus und Sozialismus; es geht um die Errichtung von landwirtschaftlichen Kooperativen im kapitalistisch ausgerichteten „Jüdischen Nationalheim“, über die man die Gesellschaftsordnung in eine sozialistische Ordnung hinüberwachsen lassen wollte.

Niemals hatten die Sowjetunion oder andere sozialistische Länder ihre Position gegenüber Israel in irgendeiner Weise von den Kibbuzim abhängig gemacht. Tatsache war doch – und in der Sowjetunion wußte man dies sehr gut –, daß die Kibbuzim in der Praxis schon in der Zeit vor und nach dem Ersten Weltkrieg die Stoßtruppen für die Durchsetzung der zionistischen Parole der „Eroberung des Bodens“ von den einheimischen Arabern bildeten. Waren sie doch immer die ersten, welche auf „erworbenem“ arabischen Territorium ihre kooperativen „Turm- und Mauer“-Wehrdörfer errichteten und die vorher den Boden bearbeitenden Fellachen und Bauern, oft mit Hilfe der britischen Polizei, vertrieben.

Auf keinen Fall stützten sich die Sowjetunion oder die Volksdemokratien 1948 auf eine angeblich „sozialistisch orientierte Kibbuzim-Bewegung“. Obwohl ich sehr gut über die Geschichte der Entstehung des Staates Israel, auch über die sowjetische Haltung dazu, informiert bin, lese ich ein solches, meiner Meinung nach unsinniges und irreführendes Argument in einem Dokument einer Kommunistischen Partei zum ersten Mal – und dazu noch der DKP, der ich mich besonders nahe fühle.

Der Anlaß zur sowjetischen Anerkennung und anfänglichen Unterstützung des Staates Israel war doch ein ganz anderer: Die Sowjetunion und die jungen sozialistisch orientierten Volksdemokratien in Europa unterstützten den Unabhängigkeitskampf des am 14. Mai 1948 ausgerufenen israelischen Staates und seiner Verteidigungskräfte wegen seines antiimperialistischen Charakters. Das junge Israel – und ich, ein bewußter Kommunist, war ja einer der Soldaten in diesem Kampf – setzte sich für die Durchführung des Beschlusses der UNO-Vollversammlung vom 29. November 1947 ein, welche das Ende des kolonialistischen Mandatsregimes von Großbritannien in Palästina und die Aufteilung des Landes in zwei Staaten, einen jüdischen und einen arabisch-palästinensischen, empfohlen hatte. Großbritannien veranlaßte damals die militärische Einmischung der Armeen der unter seiner Führung geschaffenen Liga der Arabischen Staaten in Palästina mit dem Ziel, den UNO-Beschluß

rückgängig zu machen und seine direkte oder indirekte Macht über Palästina zu erneuern. Im März 1948, also zwei Monate vor der Ausrufung des israelischen Staates, zogen die USA ihr Einverständnis mit der UNO-Resolution zurück und belegten den Nahen Osten, damit vor allem Israel, mit einem Waffenembargo. Daher kamen die Sowjetunion und die jungen Volksdemokratien zu dem zu diesem Zeitpunkt richtigen Schluß, daß der gegen die Einmischung der von den Briten gelenkten arabischen Armeen gerichtete Kampf Israels einen antiimperialistischen Charakter trage. Objektiv gesehen war es damals ja auch so.

Darin liegt der Grund, daß die Sowjetunion als erster Staat Israel anerkannte und mit ihm sofort diplomatische Beziehungen aufnahm. Durch Vermittlung der UdSSR setzten gleich Waffenlieferungen aus der Tschechoslowakei ein, ohne welche der israelische Staat nur wenig Aussicht gehabt hätte, im Kampf gegen die britisch-arabische Intervention siegreich standzuhalten. Was hat denn in diesem Zusammenhang eine angeblich „sozialistisch orientierte Kibbuzim-Bewegung“ zu suchen?

**Hans Lebrecht, Kibbuz Beit-Oren, Israel**

Den Ausführungen von Fritz Teppich in seinem Artikel „Ein konkretes Verwirrspiel“ (Nr. 51) kann ich nur zustimmen; am Rande aber noch eine kleine Literaturempfehlung: „Geheimoperation Nahost“ von Burchard Brentjes, Edition Ost, ISBN 3-360-01023-X. Der Untertitel läßt spannende Fakten erwarten: „Zur Vorgeschichte der Zusammenarbeit von Mossad und BND“. Ich möchte an dieser Stelle nicht mehr verraten, als das es zwischen Nazi-Faschismus und zionistischem Rassismus mehr Berührungspunkte gibt, als es sich die berühmte Tagespresse träumen läßt. (...) **Gunnar R. Vogel, Ober-Ramstadt**

Das hier Geschilderte habe ich am 11. Mai 1952 selbst erlebt.

Über 35000 Mitglieder westdeutscher Jugendorganisationen – Pfadfinder, Naturfreunde, Mitglieder der FDJ, Angehörige kirchlicher Organisationen, junge Gewerkschafter, Falken, Sozialdemokraten und Kommunisten – waren am Morgen dieses Tages nach Essen gekommen. Sie wollten an der großen Protestkundgebung der Jugendkarawane gegen die Wiederaufrüstung Westdeutschlands auf dem Gruga-Platz teilnehmen. (...) Dort versammelten sich nach und nach die Demonstranten und warteten auf die Rede von Pastor Martin Niemöller, Kirchenpräsident, Pazifist, Antifaschist und bis zu seinem Tod aktives Mitglied der Friedensbewegung. Plötzlich ertönte die Stimme eines Polizeisprechers: „Die Kundgebung ist verboten! Gehen Sie auseinander!“ Man verfuhr nach der bekannten Masche und log die Jugendkarawane kurzerhand zu einer kommunistisch gesteuerten Aktion um. (...) Gleich darauf kam das Polizeikommando „Knüppel frei!“. Schlägertrupps der Bereitschaftspolizei waren aus der ganzen BRD zusammengezogen worden. Man wollte der Friedensbewegung eine Lektion erteilen. (...) Mit schweren Gummiknüppeln schlug die Adenauer-Polizei auf die Köpfe der Demonstranten ein. Etlche fielen bewußtlos zu Boden. Ihre Kameraden schulterten sie und brachten sie in Sicherheit. Dann hörte man mehrere Schüsse. Zwei Jugendliche, Bernd Schwarze, ein Sozialdemokrat aus Münster, und der parteilose Gewerkschafter Albert Bretthauer aus Kassel brachen schwer verletzt zusammen. Der Jungkommunist Philipp Müller aus Bayern wurde durch Schüsse in den Rücken eiskalt ermordet. (...)

Der Polizeiterror wütete noch bis in die späten Abendstunden in ganz Essen. Die Stadt befand sich de facto im Belagerungszustand. Mit ein paar Jungen von den Falken und der FDJ war

ich von der Polizei verfolgt und in die Nähe des Bahnhofs getrieben worden.

Tags darauf wurden Schauermärchen verbreitet. Selbst der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, mußte im Landtag die Behauptung dementieren, es habe ein Feuergefecht mit FDJlern gegeben. Er bestätigte, daß „ausschließlich die Polizei von der Schußwaffe Gebrauch gemacht“ habe. (...) Demgegenüber erklärte der Polizeichef von Essen, Knocher, der während der Nazi-Zeit Gestapo-Abwehrchef in einem Solinger Großbetrieb war, die Polizei habe „in Notwehr handeln und auch schießen“ müssen. Tatsache ist, daß sie uns hin und her jagte bzw. einkreiste, um dann blindlings auf die nach allen Seiten Flüchtenden einzudreschen. Wie kann von einer Notwehrsituation gesprochen werden, wenn fliehende Menschen von hinten durch Polizeikugeln getroffen werden?

**Eberhard Urbainczyk, Recklinghausen**

(...) Da erschießt ein Gymnasiast seine Lehrer und Mitschüler, eine Wahnsinnstat. In Erfurt! Nicht in Texas. Mir tut der Junge leid, trotz seines Verbrechens. Die Schule hat seine Eltern nicht informiert, daß er verwiesen wurde und sein Abitur futsch war. (...) Da gibt es eine Bestimmung in Thüringen, daß, wer das Abitur nicht ablegt, keinen ordentlichen Schulabschluß vorweisen kann, z. B. die 10. Klasse. Welcher Pädagogik- oder Staats-Bürokrat hat das erfunden? Das gab es in der DDR nicht. Dem Jungen werden vom Schützenverein gemeingefährliche Waffen ausgehändigt und hunderte Schuß Munition. Der Junge putscht sich auf mit kriminellen Computerspielen und mit mörderischer Musik und keiner merkt es. Nicht einmal die Eltern, die zwar zu Hause, aber getrennt leben. (...) Wo hat sich der Junge die Wahnsinnstat abgeschaut? In den USA, wo sich solche Taten häufen? Bei Sharon in Dschenin? Im Fernsehen und Internet? Keiner will es gewesen sein, weil die Einsichtigen eh wissen, daß das System des Späzeitkapitalismus insgesamt die Schuld trägt und jede seiner Institutionen getrennt. Dieses System ist krank, ablösungsbedürftig. Der Irrsinn eines verfallenden Bildungssystems kann einen jungen Mann in den Selbstmord treiben, in den Tod. Haben wir unseren deutschen Dichter Hermann Hesse vergessen, seine Erzählung Unterm Rad? Bücher haben mir in einer ausweglos erscheinenden Zeit immer Kraft gegeben. Ich habe Hans Giebenraths Schicksal neu gelesen. Ein sehr modernes Buch. (...)

Es wird kaum einen geben, der in Deutschland das System verantwortlich macht für die Tragik des Robert Steinhäuser und den sinnlosen Tod von Menschen in dieser Erfurter Schule, im Osten. Noch schlimmer, sie mißbrauchen solche Ereignisse, die sie mitverschulden, für den Wahlkampf. Dieses System hat keine Moral mehr, es heuchelt Moral. Ob wir alle so oder so seine Opfer werden, hängt auch von uns ab, solange wir es dulden. Macht Euch keine Hoffnung, daß sie den Dingen auf den Grund gehen. Da müßten sie sich ja selbst abschaffen, die Bourgeoisie das Kapital. Das wird nicht passieren.

**Klaus E. Schneider, Hönow**

Ich hatte null Ahnung vom „RotFuchs“. Bei der Thälmann-Feier in Ziegenhals kam ich zum ersten Mal mit ihm in Kontakt. Um so größer die angenehme Überraschung, daß es doch noch eine Menge Menschen von „unserer Sorte“ gibt. Darüber will ich mich nicht in Einzelheiten verlieren. Nur so viel: Es ist schon irgendwie irre: seit Jahren grübeln, grübeln, grübeln; die Ohnmacht, nichts tun zu können; sich die ganze Drecksbrühe der bundesrepublikanischen Informationspolitik reinziehen zu müssen; (...) niemandem mehr richtig vertrauen zu können – selbst gute „Freunde“ hatten sich nach der sogenannten Wende

plötzlich „geoutet“. (...) Von den in „Wendezeiten“ zu „Herrengenossen“ gewordenen Verrätern und Verleumdern sowie den verlogenen machtgeilen PDS-Chefs ganz zu schweigen usw. usw.

Der Leserbrief von Gottfried Fleischhammer in der April-Ausgabe des „RotFuchs“ trifft so in etwa meine Gedanken, wie vieles andere. Kann ja auch bei Gleichgesinnten, die es, wie ich nun leider sehr spät feststelle, noch gibt, gar nicht anders sein. (...) Was kann ich tun, wie helfen? Ich bin ein erfahrener Polygraph.

Vielleicht wird daraus sogar, was mein Freund Heine einst schrieb: „Ich hab ein neues Schiff bestiegen, mit neuen Genossen.“

**Klaus Hesse, Berlin**

Einige wenige Gedanken zur Programmdiskussion. (...) Seit nunmehr fast 49 Jahren organisierter Kommunist, glaube ich, meine Auffassungen und Überzeugungen darlegen zu dürfen. Das um so mehr, als manche Gegenwartskommunisten in einer ganzen Reihe von Fragen m. E. noch mehr Verwirrung stiften, als uns die letzten 12 Jahre schon gebracht haben. (...)

Rosemarie Müller-Streisand hat mir mit ihrem Artikel (Weißenseer Blätter 1/2002) aus dem Herzen gesprochen: „Es dürfte in kaum einer Gegend der Welt mehr parteilose Kommunisten geben als dort, wo sich einst der Staat DDR befand.“ (...) Viele dieser Kommunisten werden im Brief des Gen. Robert Steigerwald an den „RotFuchs“ zu (dümmlichen oder sturen?) „Traditionalisten“ erklärt. Dient das ihrer Gewinnung für den gemeinsamen Kampf? Ist da etwa jemand dabei, die kommunistische Bewegung in „Traditionalisten“ und „Modernisierer“ zu spalten? Das kommt mir – dem Wesen nach – irgendwie bekannt vor. (...)

Bei der „Polemik mit dem Freund“ sind wissenschaftlich richtige Antworten zu suchen und zu geben, damit alle sie verstehen, die sie in ihrem eigenen Interesse verstehen sollen und müssen. (...)

Eingedenk der Erfahrungen und Erlebnisse aus meinem eigenen Kommunist-Sein und angesichts der zersplitterten Vielfalt bisheriger Veröffentlichungen zu programmatischen Themen ergibt sich für mich eine Reihe von Fragen zu den „Ersten Grundlagen ...“, deren Veröffentlichung der PV der DKP beschloß. (...) Nehmen wir nur die Haltung der Mehrheit der Programmkommission zur Geschichte der kommunistischen Bewegung. Es ist für mich nicht akzeptabel und entspricht auch nicht der historischen Wahrheit, daß es aus der Sicht dieser Kommission offenbar eine erfolgreiche KPdSU und SED, UdSSR und DDR nicht gegeben hat. Die wenigen positiven Aussagen im Abschnitt VI betrachte ich als bloßes Feigenblatt.

Auch die Eingrenzung der Ursachen der Konterreolution 1989/90 in der DDR vor allem auf „innere Faktoren“ ist schlicht undialektisch und geht an der Realität vorbei. Aber der Begriff Konterreolution kommt in diesem Dokument ja auch gar nicht vor. Innere und äußere Ursachen gehören untrennbar zusammen, wobei m. E. in der entscheidenden Phase die äußeren dominant waren. Ich kenne keinen ernst zu nehmenden ostdeutschen Kommunisten, der diese Ursacheneinheit je in Zweifel gezogen hätte.

Demokratie und Staat werden weitgehend klassenindifferent behandelt. Das aber ist eine eindeutige Abkehr von der marxistisch-leninistischen Staatstheorie und folglich auch von der Diktatur des Proletariats. Ohne Bekenntnis zu diesem Herzstück der Marxschen Lehre aber ist „Partei der Arbeiterklasse“ nur eine leere Worthülse!

Was die Beschreibung des Sozialismus betrifft, erscheint mir manches nebulös, wenn nicht gar revisionistisch. Stellenweise werden unhaltbare Positionen der PDS-Führung übernommen. Das

ist m. E. mit Entschiedenheit zurückzuweisen. (...)

Die Leninsche Imperialismus-Theorie wird verklausuliert und erkennbar relativiert, aber man muß schon genau aufpassen, um das Spiel zu durchschauen. (...)

Was wird auf diese Weise vielen „unprofessionellen“ Basiskommunisten ohne gründlichere marxistisch-leninistische Bildung vermittelt?

Die positiven Erfahrungen gesellschaftlicher Entwicklungen und die Erfolge des realen Sozialismus werden heruntergespielt oder verschwiegen! Devise: „Eure inneren Faktoren waren schuld an dem Desaster. Stalin, die KPdSU, die SU, die SED und die DDR haben bewiesen, daß es so nicht geht.“ Und damit ist vieles andere Geschwafel für den Sankt-Nimmerleins-Tag. Die Verfassungsschützer werden sich, milde lächelnd, amüsiert zurücklehnen. Für mich aber kommt in dieser Haltung der Programmkommission eine spezifische Form der „Delegitimierung“ der DDR zum Ausdruck.

„Die DDR war nicht das ‚bessere Deutschland‘, sie war das gute Deutschland“, sagte unser verstorbener Genosse Rolf Vellay. Das ist auch meine Position.

**OMR Dr. med. Günther Lange, Neuenhagen**

Ich möchte noch einmal auf den März-„RotFuchs“ zurückkommen, der wieder mit Ideen gespickt war, die zum Mit- und Nachdenken auffordern. So soll es auch sein, denn deshalb wird die Zeitung ja gemacht. Den Aussagen von Klaus Steiniger über die „Polemik mit dem Freund“ stimme ich im großen und ganzen zu. Die Probleme fangen jedoch dort an, wo man zwischen Freund und Gegner unterscheiden muß. Oft ist die Grenze hier fließend und manche Freunde vertreten bisweilen – sicher oft ungewollt – auch gegnerische Auffassungen. Wenn uns Genossinnen und Genossen aus der DDR immer wieder unterstellt wird, wir würden von uns begangene Fehler (die wir besser kennen als jeder andere) leugnen oder Defizite wegwetuschieren, dann fällt es mir schwer, das als Freundschaftsbeweis zu betrachten. In Wirklichkeit geht es manchmal unserer Kritiker gar nicht um die Feststellung von Fehlern, sondern um die Behauptung, im Prinzip sei alles im Sozialismus – bis auf wenige Ausnahmen – falsch gewesen. Das ist z. B. eine gegnerische Position.

Noch zu einer anderen Frage möchte ich mich äußern: Oft habe ich gehört – ob im Berliner DKP-Bezirksvorstand, von Parteivorstandsmitgliedern oder jetzt auch von Genossen Steigerwald in seinem Brief an den „RotFuchs“ –, es müsse doch möglich sein, über politisch-ideologische Fragen miteinander zu streiten. Ich kenne niemanden, nicht in der DKP-Gruppe Berlin Nordost, der ich angehöre, und schon gar nicht beim längst parteiunabhängigen „RotFuchs“, der da anderer Meinung wäre.

Im Statut der DKP werden alle Genossen aufgefordert, frei ihre Meinung zu äußern. Es steht dort aber nicht, daß diese Meinung mit der des Parteivorstandes übereinstimmen muß. Die weder von Weisheit noch von Weitsicht getragene Entscheidung gewisser Funktionäre, den „RotFuchs“ aus der DKP hinauszudrängen, was ihm übrigens ausgezeichnet bekommen ist, zeugt von diktatorischen Gelüsten Einzelner, die der Partei offensichtlich ihre Meinung aufzwingen wollen. Ist das innerparteiliche Demokratie? Da gehen unsere Vorstellungen sicher weit auseinander. Man kann den Gedanken des Genossen Steigerwald schon nachvollziehen, wenn er schreibt, bestimmte Komponenten paßten einfach nicht zueinander ...

Ich bleibe jedoch dabei, daß Kommunisten und Sozialisten als Gemeinschaft von Gleichgesinnten den Kampf um gesellschaftliche Veränderungen zusammen führen können und müssen. In

diesem Sinne werden wir über den „RotFuchs“ wirken; deshalb ist er eine Publikation, die gerade in diese Zeit paßt. **Jürgen Thiele, Berlin**

Im „RotFuchs“ Nr. 44 (September 2001) äußerte sich Branko Kitanovic, Generalsekretär der Neuen Kommunistischen Partei Jugoslawiens, u. a. zum nicht spannungsfreien Verhältnis seiner Partei zur Sozialistischen Partei Serbiens und zu Slobodan Milosevic. Bei dieser Gelegenheit erklärte er: „...Wir schätzen Slobodan Milosevic und die SPS als Antiimperialisten ...“ (...)

Mir scheint es sinnvoll, den antiimperialistischen Charakter der Politik der SPS und der Regierung unter Slobodan Milosevic zu erklären, gerade weil so vielen Menschen unser Imperialismus-Begriff völlig fremd ist.

**Daniel Hohnerlein, Saarbrücken**

(...) Das Massaker am Erfurter Gutenberg-Gymnasium ist nur die Fortsetzung der Amokläufe in Littleton und anderswo in den USA. (...)

Etlliche gutbezahlte politische Steigbügelhalter des Systems, das die Schuld trägt, gestikulieren jetzt jammernd, während die Medien das Ereignis entsprechend vermarkten. Zu Recht sagen einige, daß sich Schulen nicht in Festungen vor der Realität, in diesem Falle der kapitalistischen, verwandeln lassen.

Die Brechen des kapitalistischen Systems schleichen sich auch in die Schulen ein. Zu ihnen gehören Perspektivlosigkeit und Zukunftsangst. Hat nicht auch die PISA-Studie bei den „Gewinnern“ Japan und Südkorea ausgemacht, daß es dort unter Schülern und Abiturienten eine besonders hohe Zahl von Selbstmördern gibt? Ist nicht die Göltzschtal-Brücke im Vogtland durch spektakuläre Todessprünge junger Selbstmörder auf traurige Weise ins Gerede gekommen? Selbstmord und Amoklauf – soll das die Perspektive der Jugend sein?

Wohin die Fahrt im Kapitalismus geht, ist vielen jungen Menschen klar. Unklar aber ist die einzige Menschheitsperspektive. Woher sollen die jungen Leute außer Verzerrungen etwas vom Marxismus-Leninismus wissen?

Das ist die wirkliche Tragik der Erfurter Ereignisse. Um so mehr dürfen Kommunisten die Flinte nicht ins Korn werfen. Sagte doch schon Käthe Kollwitz, wenn auch in einem anderen Zusammenhang, daß die Saat nicht zermalmt werden darf. **Anton Heinrich, Bad Langensalza**

Eine Debatte um die Begrifflichkeiten der sogenannten Wende hat natürlich programmatischen Charakter. Worum geht es im eigentlichen? Sind es innere Gründe des Sozialismus, die die Voraussetzung für diese Entwicklung boten? Hier gibt es die Position der völligen Zustimmung und die der völligen Ablehnung, dazwischen ein breites Spektrum mit Hinwendung jeweils zu dem einen oder anderen Pol.

Was meine Position betrifft, so lehne ich die Erklärung der russischen „Wende“ mit inneren Gründen des Sozialismus, d. h. aus den Verhältnissen des Sozialismus, selbst seinen unterstellten Widersprüchen, völlig ab. Die „Wende“ ist so, aus dem Sozialismus heraus, unerklärt und unerklärbar. Insofern ist die Zurückweisung auch aller „sozialistisch erklärenden“ Begrifflichkeiten, wie man sie heute in Dokumenten der sich weiterhin zum Sozialismus bekennenden politischen Kräfte reihenweise findet, logisch. Daher die Zurückweisung solcher Begriffe wie Frühsozialismus, Staatssozialismus, bloße Verstaatlichung – keine wirkliche Vergesellschaftung, Anonymität des Volkseigentums, zentralistische Planung, Demokratie-Defizit, Parteienmonopol usw. Sie drücken Unverständnis der Gesellschaftlichkeit des Sozialismus-Kommunismus aus und unterstellen in der Konsequenz, daß der reale Sozialismus nicht wirklicher Sozialismus war, und die

Debatte dahin geleitet werden muß, eine neue, den Sozialismus bisheriger Form selbst kritisierende Auffassung herauszubilden. Künftiger Sozialismus schlösse Kritik zweier Gesellschaften ein: des realen Kapitalismus und des realen Sozialismus. Das nenne ich Rückverwandlung des Sozialismus in eine Utopie. Was wir zurückweisen, ist nichts als der dem Reformismus oder dem Übergang zu ihm dienende Teil der zeitgenössischen Debatte. (...) Nur der Sozialismus (nur er!) hätte seine Probleme im Rahmen seiner inneren Verhältnisse lösen können. Die Selbstaufgabe aus inneren Gründen war falsch; sie war als Gesellschaft falsch und sie ist als Partei, als wissenschaftliche Person falsch. Allein mit dieser Kampfansage kann es weitergehen!

P. S.: Zu Herbert Münchow: Daß im Staatssozialismus Bismarckscher Prägung gerade der Sozialismus falsch war, versteht sich, und daß im Leninschen Staatssozialismus erst der Staat sozialistisch war, noch nicht das ökonomische Verhältnis, auch; aber der Staatssozialismus, der den realen Sozialismus meint, war natürlich ein Staat realer Aufhebung des Privateigentums, also wirklicher Vergesellschaftung. Der Begriff ist diffamierend, weil er einen anderen Vergesellschaftungsbegriff unterstellt als den sozialistisch-staatlich realisierten. Und das führt eben zurück zur Utopie. **Hermann Jacobs, Berlin**

Bitte schickt mir ab jetzt regelmäßig den „RotFuchs“. Angesichts der DKP-Theorie-Wüste ist er ein wichtiger Beitrag.

**Michael Tiedemann, Wedel**

Noch eine Bemerkung – wenn auch etwas verspätet – zum Beitrag „Salz in die Wunden“, der im März-RF erschien. Es ist richtig, daß entstandene und aufgeworfene Probleme unter Kommunisten zu kritischen, aber auch sachlichen Auseinandersetzungen führen müssen. Meine Zustimmung zu dem gelungenen und ausgewogenen Artikel. **Hans-Georg Vogl, Zwickau**

Habe wieder mit großem Vergnügen den RF 51 gelesen. Bin mit geringen Ausnahmen mit allem einverstanden. Besonders gut finde ich den, auch nach meinen persönlichen Erfahrungen, absolut wahrheitsgemäßen Artikel von Gen. Warynski aus Warschau. (...)

**Dr.-Ing. Peter Tichauer, Berlin**

Die „Freiheitstropfeter“ des Westens, allen voran wieder einmal das ZDF, bestätigten Mitte April erneut ihren fatalen Ruf, eifrige Diener des „großen Geldes“ zu sein. Da gingen beim Generalstreik der italienischen Gewerkschaften 13 Millionen auf die Straße, um gegen die Verschlechterung des Kündigungsschutzes zu kämpfen. Was aber zeigte die ideologische Klassenkampfzentrale des Kapitals? Seiner eigenen, sonst immer propagierten „Informationspflicht“ spottend, rückte das ZDF einen kleinen weiterarbeitenden 15-Mann-Betrieb in das Blickfeld des Betrachters; in diesem Beitrag kein Bild demonstrierender Massen unter einem Meer von roten Fahnen. Aber wenn der alte Herr im Vatikan Tausende in Rom versammelt, dürfen wir minutenlang gläubige Massen sehen. Die Millionen mit den roten Gewerkschaftsfahnen stachen den Machern der Sendung offenbar unangenehm in die Nase. **Wolfgang Wallenwein, Düsseldorf**

Mit großem Interesse und Zustimmung habe ich im RF Nr. 51 den Bericht von der Gründung der Regionalgruppe Schwerin des „RotFuchs“-Fördervereins gelesen. Ich glaube, dies ist der richtige Weg. Auch bei uns gibt es großes Interesse und Zustimmung zum „RotFuchs“. (...)

Seit mehreren Jahren kämpfen wir in Sachsen vergeblich um die Realisierung eines Beschlusses des PDS-Landesparteitages zur politischen

Strafverfolgung. Ich wundere mich nicht mehr darüber, daß dieser Punkt regelmäßig verschoben wird.

Mit dem Vorschlag, Herrn Florian Havemann für die PDS in den Bundestag zu schicken (der PDS-Landesvorstand erfüllte prompt den Befehl von Gysi), hat sich der LV deutlich positioniert, wobei er Herrn H. zwei Plätze vor Tave Schur auf die Liste setzte. (...) All das dürfte unmittelbare Auswirkungen auf das Engagement vieler Genossen im BT-Wahlkampf und die Wahlentscheidung am 22. 9. 2002 haben.

**Andreas Krämer, Amtierender Landessprecher der KPF Sachsen**

Vor 60 Jahren schrie einer: „Wollt ihr den totalen Krieg? Wollt ihr ihn, wenn nötig, noch totaler und radikaler, als wir ihn uns heute überhaupt vorstellen können?“ Der Berliner Sportpalast hallte wider vom frenetischen „Sieg-Heil“-Gebrüll.

Am 31. März 2002 verkündete Israels Scharon den „totalen Krieg gegen den Terrorismus“. Er meinte die Palästinenser.

Deutsche Siedler zogen einst in die „deutschen Ostgebiete“, um dort Land zu besetzen und zu bebauen. Israelische Siedler zogen in die Palästinensergebiete und taten dort das Gleiche.

Wehrmacht und SS gingen schonungslos gegen Bewohner vor, die sich – als Partisanen bezeichnet – zu wehren wagten. Männer, Frauen, Kinder fanden den Tod.

Israelisches Militär und bewaffnete Siedler handeln wie jene gegen Männer, Frauen und Kinder, die sie Terroristen nennen. (...)

Die Medien stellen die Reihenfolge auf den Kopf. Schwerebewaffnete Israelis verüben Terrorakte und Palästinenser wehren sich mit einfachen, z. T. selbstgebauten Waffen. Die Frage muß doch lauten: Wer ist in wessen Heimat eingedrungen und wer wehrt sich gegen Terroristen?

**Günther Werzlau, Schwedt**

Die Hefte 50 und 51 enthalten wertvolle Beiträge zum Verständnis der politischen Situation in unserem Land und in der Welt. Man spürt zugleich, wie widersprüchlich die Auffassungen innerhalb der PDS und anderer linker Parteien sind. Doch

ideologischer Meinungsstreit führt zu neuen Erkenntnissen.

Sehr gut finde ich den Erfahrungsaustausch über die DDR und ihre Menschen, wie er im Beitrag Siegfried Jochs aus Plauen zum Ausdruck kommt. Die Artikel über China halte ich für besonders wertvoll. Ich selbst höre oft Radio China International um 21. 00 Uhr auf der Mittelwelle (1440) und kann mir so ein gewisses Bild über das Leben dort machen. Der Empfang ist sehr gut und in einwandfreiem Deutsch. (...)

Die Beiträge über Polen verdeutlichen, wie dort Antikommunismus und Antisowjetismus funktioniert haben. Viele Fakten über die Entwicklung der KP Polens waren mir neu.

**Günter Bauch, Fraureuth**

Zwei Artikel im RF 51 zu unterschiedlichen Themen haben mich diesmal besonders interessiert: „Antisemit Scharon“ und „Stoiber schlagen!“. Klaus Steiniger benutzt beim ersten Artikel für den Chef des imperialistischen Vorpostenstaates Israel sogar den Begriff „Antisemit“. Darauf wäre ich nicht gekommen, obwohl meine Gedanken und Empfindungen für diesen Mann die gleichen sind. Die Bezeichnung ist bei näherem Hinsehen durchaus richtig.

In der bürgerlichen Presse und im Fernsehen (etwas anderes gibt es ja seit der Konterrevolution kaum noch) wird der israelische Präsident als Verteidiger der Freiheit gepriesen, der gegen den Terror scharf durchgreift. Würde Arafat den Herrn Scharon so demütigen, wäre er ein Verbrecher. Aber alles, was dem Imperialismus nützt, ist gut.

S. R., der Verfasser des Artikels „Stoiber schlagen!“, bringt ebenfalls meine Gedanken zum Ausdruck, wenn er schreibt, daß sich Deutschlands Ausbeuterklasse am liebsten die Kapitalpartei CDU/CSU an die Macht wünscht, die dann die Faschisierung des Landes begünstigen würde. Stoiber ist für die Herrschenden der richtige Mann. Durch raffinierte „demokratische“ Tricks wird er den Wählern schmackhaft gemacht. In bürgerlichen Wahlen wird es schwer sein, ihn zu besiegen, da sich die Wähler der aufgebotenen Manipulation nicht erwehren können.

**Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf**

## An alle Bezieher des „RotFuchs“ und alle Mitglieder des RF-Fördervereins

Bei Überweisungen und Daueraufträgen auf das Vereinskonto bitte immer den **Verwendungszweck**

– **Spende** bzw.

– **Beitrag** (u. entspr. Zeitraum – z. B. 04 bis 06/2002 oder 2. Qu./2002) angeben.

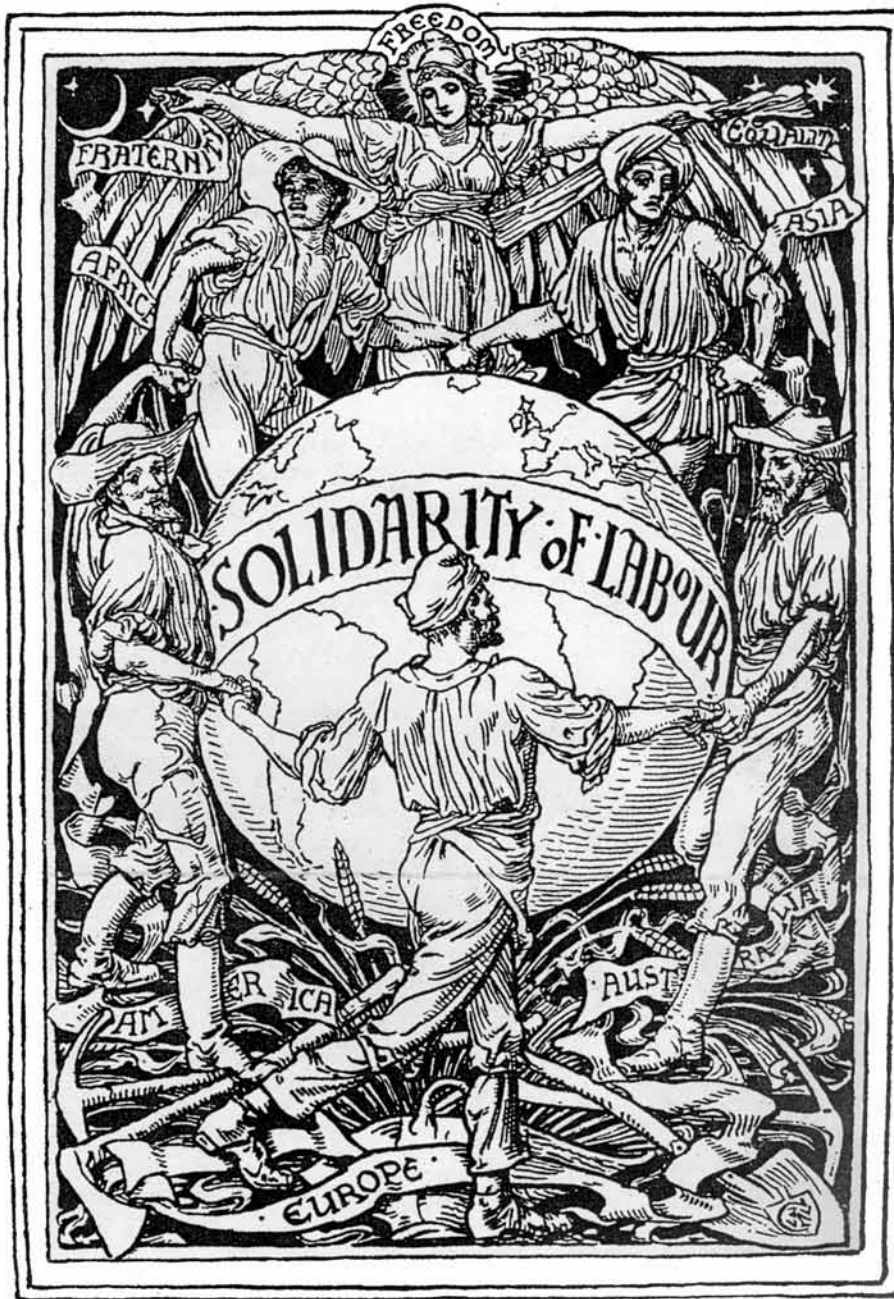
Leider wird das häufig vergessen.

Bitte alle noch in **DM** erteilten Daueraufträge auf -Beträge umstellen (soweit nicht schon geschehen).

Neue Bezieher bzw. Mitglieder geben bitte bei der ersten Überweisung ihre vollständige Anschrift an, später genügt der Name.

Wir bedanken uns ganz herzlich für die Beachtung dieser dringenden Bitten und für alle in den ersten Monaten dieses Jahres bereits solidarisch geleistete materielle Hilfe.

„RotFuchs“-Redaktion und Vorstand des RF-Fördervereins



## Zur Rolle der Deutschen Bank in Vergangenheit und Gegenwart

Am Dienstag, dem **11. Juni 2002**, um **15.30 Uhr** findet im Klub der Volkssolidarität, **Torstraße 203–205** (früher Wilhelm-Pieck-Str.), eine Lesung und Diskussion mit dem bekannten Autor **Dr. Eberhard Czichon** statt. Veranstalter ist die Regionalgruppe Berlin des RF-Fördervereins. Wir laden alle Mitglieder und Freunde herzlich ein.

Noch einmal erinnern wir unsere Leser an die Zusammenkunft mit dem international bekannten Berliner Arzt

**Prof. Dr. sc. med. Kurt Franke**

der am **30. Mai 2002**, um **16.30 Uhr** – ebenfalls im Klub Torstraße aus seinem unlängst erschienenen Buch

## Chirurg am linken Ufer der Panke

liest und sich für ein Gespräch zur Verfügung stellt. Auch hier ist die Berliner Regionalgruppe der Gastgeber.

Bei beiden Veranstaltungen wird ein „Stuhlgeld“ von 1 Euro erhoben. Ein kleiner Imbiß wird angeboten.

Aus einer deutschen kommunistischen Zeitung des Jahres 1923;  
Proletarischer Internationalismus – wie ihn ein Zeichner des  
19. Jahrhunderts sah.

### I M P R E S S U M

Gegründet im Februar 1998  
als Zeitung der Gruppe Berlin-Nordost  
der Deutschen Kommunistischen Partei

Herausgeber:

RotFuchs-Förderverein e. V.

**Chefredakteur:** Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)

Teterower Ring 37, 12619 Berlin,  
Tel. 030/561 34 04, Fax 030/56 49 39 65  
(Redaktionsadresse, an die bitte auch alle  
Post zu richten ist)

**Layout:** Egon Schansker

**Herstellung:** Druckerei Bunter Hund

Internet: [www.rotfuchs.net](http://www.rotfuchs.net)

E-Mail-Adresse: [rotfuchs.berlin@t-online.de](mailto:rotfuchs.berlin@t-online.de)

**Redaktionschluß ist der 5. eines Monats**

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

#### Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki  
Rolf Berthold  
Isolda Bohler (Valencia)  
Dr. Vera Butler (Melbourne)  
Wolfgang Clausner  
Dr. sc. Gerhard Feldbauer  
Walter Florath  
Peter Franz  
Dr. sc. Kurt Gossweiler  
Dr. Ernst Heinz  
Werner Hoppe

Konto für Spenden und Beiträge: W. Metzger / RotFuchs  
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 000), Konto-Nr. 220 160 759

Prof. Dr. Ulrich Huar  
Dieter Itzerott  
Gerda Klabuhn  
Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)  
Wolfgang Metzger  
Dr. Annemarie Mühlefeld  
Frank Mühlefeldt  
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)  
Dr. Norbert Pauligk  
Rainer Rupp  
Dr. Hartwig Strohschein  
Fritz Teppich  
Herbert Thomas

Dr. Ing. Peter Tichauer  
Stefan Warynski, (Warschau)

#### Künstlerische Mitarbeit:

Arno Fleischer  
Heinz Herresbach  
SHAHAR

#### Versand und Vertrieb:

Armin Neumann  
Salvador-Allende-Straße 35  
12559 Berlin  
Telefon 030/654 56 34  
[arminneumann@web.de](mailto:arminneumann@web.de)  
Marianne Ahrens  
Sonja Brendel, Bruni Büdler  
Monika Kauf, Bernd Koletzki